

Demokratie ganz nah –

16 Ideen für ein gelebtes
Grundgesetz

70 Jahre Grundgesetz – 16 Bundesländer – 16 Initiativen Die Teilnehmer am Ideenwettbewerb

l**pb**

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit



Landeszentrale
für politische Bildung
Bremen



Landeszentrale
für politische Bildung
Hamburg



Niedersächsische
Landeszentrale für
politische Bildung



Sächsische Landeszentrale
für politische Bildung



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung

Schirmherrschaft: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
unterstützt durch die Bundeszentrale für politische Bildung / bpb



Berliner Landeszentrale
für politische Bildung



Brandenburgische
Landeszentrale
für politische Bildung

Hessische Landeszentrale
für politische Bildung



Landeszentrale
Politische Bildung
Rheinland-Pfalz

Landeszentrale für
politische Bildung

SAARLAND



LANDESBEAUFTRAGTER
FÜR POLITISCHE BILDUNG
SCHLESWIG-HOLSTEIN



Landeszentrale für
politische Bildung
Thüringen

Impressum

Bonn 2019

© Bundeszentrale für politische Bildung / bpb

Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de

Redaktion bpb: Andreas Pankratz (verantwortlich), Josephine Evens,
Johannes Kröger

Redaktion Bundespräsidialamt: Gundula Heinen

Korrektorat: Dirk Michel

Grafische Konzeption und Gestaltung: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln

Druck: Silber Druck oHG, Niestetal

Bestellungen und weitere Pocket-Ausgaben: www.bpb.de/pocket

Bestellnummer: 2.559

ISBN 978-3-8389-7189-6

Diese Publikation stellt keine Meinungsäußerung der bpb dar.

Für die inhaltlichen Aussagen tragen die jeweiligen Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Bundeszentrale für politische Bildung / bpb ist ausschließlich für ihre eigenen Internetseiten verantwortlich; für alle anderen gilt Haftungsausschluss.

Demokratie ganz nah –

16 Ideen für ein gelebtes
Grundgesetz

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	04
Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Schirmherr der Initiative „Demokratie ganz nah – 16 Ideen für ein gelebtes Grundgesetz“	
Politische Bildung auf Suche	14
Thomas Krüger Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung	
Baden-Württemberg	30
Läuft bei Dir! Werte. Wissen. Weiterkommen.	
Bayern	50
Gütesiegel Demokratie – Verantwortung (er)leben!	
Berlin	64
Demokratisch kommunizieren und diskutieren – in Gemeinden, Gruppen und Vereinen	
Brandenburg	78
Raum für Gedanken – ein gesellschaftspolitisches Kunstprojekt auf Reisen	
Bremen	92
Mein Herz für Grundrechte – ein Diskussionsangebot	
Hamburg	106
#VielfältigeNachbarschaft für ein multiperspektivisches Miteinander	
Hessen	122
Fair Play Hessen gegen Diskriminierung und Gewalt im Fußball	

Mecklenburg-Vorpommern	134
Demokratie auf Achse – ein mobiles Projekt- und Beratungsangebot	
Niedersachsen	146
Spot on – Demokratie auf der Spur eine Handy-App	
Nordrhein-Westfalen	160
Demokratiewerkstätten im Quartier – jede Menge positive Energie	
Rheinland-Pfalz	178
Theater in der politischen Bildung. Mitmachen erlaubt!	
Saarland	192
Demokratie? Ei Jo! – #JUGENDMISCHTAUF	
Sachsen	206
#wtf?! Wissen, Thesen, Fakten	
Sachsen-Anhalt	222
Säulen des Grundgesetzes – Engagement mit Wirkung	
Schleswig-Holstein	234
New Ways for Newcomers – Integration ab der ersten Stunde	
Thüringen	254
Thüringen 19_19 und DemokratieDialog: 70 Jahre Grundgesetz	
Bildnachweis	268



Vorwort

*Bundespräsident
Frank-Walter Steinmeier,
Schirmherr von „Demokratie
ganz nah – 16 Ideen für ein
gelebtes Grundgesetz“*

Liebe Leserinnen und Leser,

zum 70. Geburtstag des Grundgesetzes wären viele Formen von Buchgeschenken denkbar gewesen: eine klassische Festschrift, ein bunt illustriertes Erklärstück für Schulen oder ein Sammelband mit akademischen Thesen. Dies hier ist – ganz bewusst – ein Werkstattbericht. Genauer, es sind gleich 16 davon an der Zahl, denn erfreulicherweise haben die 15 Landeszentralen und der Landesbeauftragte für politische Bildung meine Einladung zu einem Ideenwettbewerb angenommen, dessen Überschrift nicht so leicht einzulösen ist: Demokratie ganz nah.

Im Alltag erleben wir ja leider oft das genaue Gegenteil: Distanz, mal mit Fakten, mal mit Gefühlen begründet. Die repräsentative Demokratie, wie sie das Grundgesetz definiert, ist unter Druck geraten, weil sich viele Menschen in unserem Land nicht wahrgenommen oder nicht als Teil von ihr empfinden. Die Analyse der Ursachen füllt inzwischen ganze Bibliotheken und stellt politisch Verantwortliche, auch Akteure der politischen Bildung, vor neue inhaltliche und methodische Fragen.

Wenn jeden Freitag tausende junge Leute einen „Friday for Future“ ausrufen, wer baut dann Brücken zu den politischen Entscheidungsträgern? Wenn Eltern kein Vertrauen haben, dass es ihren Kindern einmal besser oder zumindest genauso gut gehen wird wie ihnen selbst, wer diskutiert dann über angst-besetzte Themen wie internationale Sicherheit, Migration oder Digitalisierung? Wenn sich Männer, Frauen, schon Jugendliche aus Frust über „die Politik“ enttäuscht oder verächtlich abwenden, wer fühlt sich dann zuständig, sie für die Mitte unserer Gesellschaft zurückzugewinnen, sich dafür nötigenfalls sogar bis an die Ränder zu bewegen?





Natürlich kann politische Bildung allein solche vielschichtigen Aufgaben nicht bewältigen, aber sie kann gezielt dorthin gehen, wo (mehr) Debatte und Beteiligung nötig sind. Die sogenannten „aufsuchenden“ Initiativen, wie sie in den folgenden Kapiteln vorgestellt werden, verdienen zweifellos größere Aufmerksamkeit – und größere Verbreitung.

Ich begrüße es sehr, dass die Projektverantwortlichen der Länder dabei einen sehr offenen Methodenbegriff zugrunde gelegt haben, denn so wird deutlich, auf wie viele Arten man Distanz überwinden und Nähe herstellen kann. In Krefeld beispielsweise habe ich erlebt, wie politische Bildung und Sozialarbeit zusammentreffen, wie Menschen mit und ohne Obdach nicht nur ins Gespräch kommen, sondern neue Gemeinschaften bilden, ein Quartier verändern und vorleben, was die Achtung der Menschenwürde in Artikel 1 des Grundgesetzes ihnen bedeutet. In Halle-Neustadt haben Auszubildende diesen Artikel sogar in Beton gegossen, um im Stadtbild buchstäblich ein „Denkmal“ zu setzen.

Solche Erfahrungen der Selbstwirksamkeit sind unschätzbar wertvoll für das demokratische Miteinan-

der, denn sie vermitteln – und sei es auch nur im Kleinen: Ich kann etwas zum Besseren verändern.

Aktion statt Agonie! Wenn politische Bildung es schafft, jenseits ihrer klassischen Formate Bürgersinn zu stiften, dann profitiert unsere Gesellschaft im breiten Sinne, etwa auf Fußballplätzen, wie der Beitrag aus Hessen zeigt, oder auf Theaterbühnen, wo das Grundgesetz in Rheinland-Pfalz einen Reflexionsort gefunden hat. Einige Initiativen eröffnen auf recht überraschende Weise „Raum für Gedanken“, siehe Brandenburg und Baden-Württemberg, andere setzen offensiv auf Emotionen, wie „Mein Herz für Grundrechte“ in Bremen.

Gemeinsam ist den meisten Ansätzen eine Philosophie, von der auch Kommunalpolitik vielerorts etwas lernen könnte: Niedrigschwellig soll es sein. So rollt der Demokratiebus auf Marktplätze in Mecklenburg-Vorpommern. So fördert der Landesbeauftragte in Schleswig-Holstein Kurse zur „Integration ab der ersten Stunde“ von Geflüchteten für Geflüchtete – in ihren Muttersprachen. Und so bahnen die Landeszentralen in Sachsen, Niedersachsen und im Saarland digitale Wege für und mit neuen Zielgruppen.





Wer diese Beiträge liest, wird neben konkreten Projektberichten auch Konzepte zur Qualitätssicherung finden, etwa am Beispiel des Bayerischen Gütesiegels Demokratie, bei den Hamburger Modellen des „strukturierten Dialogs“ oder den Berliner Multiplikatorenseminaren zur Debattenkultur.

Wenn ich die dortige Liste von Fishbowl bis Redekette mit einem Punkt erweitern könnte, dann wäre es die Bitte, so oft wie möglich die Teilnehmerkreise zu variieren. Denn eines der größten Defizite aktueller Diskussionen ist die mangelnde Mischung ihrer Stimmen. Was inzwischen online wie offline als „Echokammer“ kritisiert wird, entwickelt sich zunehmend zum Problem für unsere gesamtgesellschaftliche Kompromissfähigkeit. Die Bereitschaft, mit Menschen anderer Herkunft, anderer Prägung und anderer Meinung zu sprechen, ist bekanntlich existenziell für die Demokratie. Und unverzichtbar ist auch die Einsicht, dass nicht 82 Millionen Deutsche gleichzeitig Recht haben können. Programme, die eine solche Debattenkultur fördern, sind derzeit mehr als wünschenswert, sie sind dringlich.

Besonders danken möchte ich den Autorinnen und Autoren für ihre Randnotizen zu allem, was noch nicht gelingt oder ausgebaut werden soll in den nächsten Jahren. Gerade solche Werkstatteinblicke machen einen Erfahrungsaustausch fruchtbar. Und gerade solche Passagen sind es vielleicht, die neben den Best Practices zu einem breiteren Diskurs über neue Methoden in der politischen Bildung führen.

Dass der Band mit einem Thüringer Text schließt, ist dem Alphabet geschuldet, passt aber in doppelter Hinsicht, denn er thematisiert ein weiteres großes Jubiläum, das wir 2019 feiern: 30 Jahre Friedliche Revolution. Die kritischen Zeilen dazu werden ihre Wirkung für eine kontroverse Debatte wohl nicht verfehlen. Ich wünsche dieser Publikation jedenfalls, dass sie im besten Sinne informiert, auch provoziert und damit die politische Bildung mit tausenden Engagierten bundesweit in ihrer wichtigen Arbeit bestärkt. Nicht zuletzt wünsche ich uns allen: Möge die Demokratie den Menschen in unserem Land nah bleiben oder werden. Denn genau das ist der Geist unserer Verfassung, die wir im Alltag wirksam und lebendig brauchen.



Politische Bildung auf Suche

Thomas Krüger

*Präsident der Bundeszentrale
für politische Bildung*

Demokratie ist Arbeit! Sie ist kein Erbgut, das von Generation zu Generation weitergegeben wird. Der Auftrag politischer Bildung, Verständnis für politische Prozesse zu fördern, demokratisches Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur Teilhabe zu stärken, verdeutlicht diesen essenziellen Umstand.

Demokratie lebt von Kontroversen und Aushandlung, von Vielfalt an Perspektiven und der politischen Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern. Demokratie ist nicht statisch, sie ist ein kontinuierlicher, dynamischer Lernprozess, der immer wieder aufs Neue beginnt. Diese Dimension verlangt von

der politischen Bildung eine selbstkritische Reflexion der eigenen Inhalte und Formate und ein stetiges Überprüfen des eigenen Selbstverständnisses.

Demokratie ist Arbeit!

In einer global verflochtenen Welt müssen gesellschaftspolitische Herausforderungen im Hinblick auf ihre Ursachen und Umgangsstrategien transnational und aus unterschiedlichen Blickwinkeln bedacht werden. Der souveräne nationale Rahmen bleibt gesetzt – doch ohne multilaterale Zusammenarbeit und stetigen Dialog wird es zunehmend schwierig, die vielfältigen Konflikte und Interessen in Einklang zu bringen. Globale Machtverschiebungen stellen politische Weichen neu, die Folgen des Klimawandels offenbaren sich in verschiedenen Lebensbereichen, der Zusammenhang von Armut, Migration und Konflikten ist allgegenwärtig, drängende Gerechtigkeitsfragen aufgrund sozialer Ungleichheiten manifestieren sich, diskriminierende Ressentiments, oftmals gepaart mit autoritären Herrschaftsphantasien, sind wieder (oder immer noch?) ein Thema, eklatante Repräsentationslücken an-

gesichts einer sich ausdifferenzierenden Bevölkerung werfen Fragen auf, die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt erfordert neue Ansätze und eine älter werdende Gesellschaft braucht zukunftsfähige Lösungen für die Alterssicherung und Pflege. Wir sehen eine enorme Bandbreite anstehender Aufgaben und Transformationsprozesse, die präzise Analysen erfordern.

Das Grundgesetz setzt den rechtlichen und politischen Rahmen unserer Gesellschaft und ist die konsensuelle Basis des Miteinanders, das auch Ambiguitäten aushalten können muss. Umso mehr trifft dies im Angesicht komplexer Herausforderungen auf nationaler und internationaler Ebene zu, die nicht nur die Entwicklung neuer Strategien und nachhaltiger Lösungen verlangen, sondern auch ein immer wieder zu erneuerndes, offensives Bekenntnis zu den Grundpfeilern der Demokratie einfordern. Das schließt durchaus auch kontroverse Debatten um normative Standards ein als einen Wesenszug der Demokratie selbst. Eine grundsätzliche Infragestellung dieser Errungenschaften und des historisch gewachsenen Wertekonsenses

dahinter gilt es jedoch klar davon zu unterscheiden. Antidemokratische Bewegungen haben eine zunehmend laute Stimme und versuchen, den kulturellen und politischen Diskurs unter dem Deckmantel von Kritik zu verschieben und die Legitimität demokratischer Institutionen strategisch in Zweifel zu ziehen.

Politische Bildung kann dabei an vielen Punkten ansetzen unter der Prämisse, dass nicht alle Menschen von all diesen Herausforderungen in gleichem Maße betroffen sind. Nicht immer erschließt sich die unmittelbare Verbindung zur eigenen Lebenswelt, und so sind die gefühlten und gelebten Realitäten in ein und derselben Gesellschaft so vielfältig, wie sie es selbst ist. Und doch sind all diese Themen dauerhafter Bestandteil öffentlicher Diskurse und Debatten. Die politische Bildung muss immer wieder Wege finden, Verbindungen zwischen individueller Wirklichkeit und gesellschaftlichen Strukturen zu verdeutlichen, um den Bedürfnissen, Interessen und Fähigkeiten von Menschen gerecht zu werden und gleichzeitig Gestaltungspotenziale aufzeigen zu können. Auf diese Art und Weise

kann Handlungsfähigkeit und Motivation entstehen, sich als aktiver Teil des Politischen und der Gesellschaft zu verstehen.

Die Zielgruppen, die politische Bildung erreichen muss, haben sich stark diversifiziert.

Die Zustimmung zur Demokratie ist in Deutschland ungebrochen hoch. Seit Jahren allerdings zeigen sich soziale Unterschiede: Tendenziell ist die Unzufriedenheit mit der Demokratie in sozial- und bildungsbenachteiligten Milieus höher. Verhaltene Skepsis bis hin zu aktiv manifestierter Ablehnung gegenüber der politischen Praxis, insbesondere den politischen Eliten, ist zwar in allen Milieus anzutreffen; jedoch korrelieren sie tendenziell mit prekären Lebenslagen. Dies zeigt sich u. a. am Zusammenhang zwischen sozialem Status und Wahlbeteiligung.

Dies ist nicht der einzige Konfliktherd: Die Zielgruppen, die politische Bildung erreichen muss, haben sich stark diversifiziert. Ein besonderes Handlungs-

feld besteht in der wachsenden kulturellen, religiösen, sozialen und habituellen Pluralisierung der Gesellschaft. Anerkennung und Teilhabe in einer sich immer stärker differenzierenden Gesellschaft zu organisieren, ist anspruchsvoll. Sie fordern Institutionen heraus, ihre Routinen und Praktiken einer kritischen Reflexion zu unterziehen.

Tun sie es nicht, zeigt dies Konsequenzen: Nicht nur verblassen ganze Interessenlagen im Aushandlungssystem demokratischer Entscheidungsfindung; auch sinken Erwartungshaltungen an die etablierten Parteien und Institutionen – an das, was landläufig als „die Politik“ bezeichnet wird. „Die Politik“ wird weder als Teil der eigenen Lebenswelt verstanden, noch ist sie Adressat von Problemen der eigenen Lebenslage. Dies heißt keineswegs, dass die Welt unpolitisch wahrgenommen würde – im Gegenteil: Die eigenen Lebenslagen führen tagtäglich das politisch zu Gestaltende vor Augen. Politisches Interesse ist durchaus vorhanden; allerdings ist es oftmals anders codiert – anders als die Begrifflichkeiten, Diskussionen und Praktiken, die in der „großen Politik“ bedient werden.





Repräsentationsdefizite formen politische Ungleichheiten aus.

Demokratische Institutionen legitimieren sich durch den Anspruch, Beteiligung für alle zu ermöglichen. Bilden sich gesellschaftliche Realitäten auf der repräsentativen Ebene der Macht (wie Behörden, Gremien, Räte, Parlamente und Parteien) nicht adäquat ab, kann dies Vertrauensverlust in demokratische Institutionen zur Folge haben. Wenn Positionen im öffentlichen Diskurs nicht vorkommen oder als vermeintliche Minderheitenposition oder Einzelinteressen zurückgestellt werden, können sie nicht in politischen und gesellschaftlichen Entscheidungs- und Aushandlungsprozessen relevant werden. Repräsentationsdefizite formen politische Ungleichheiten aus, und es entstehen politische Entscheidungen ohne die Berücksichtigung der Perspektiven ganzer sozialer Gruppen.

Einer demokratischen Gesellschaft dürfen solche Phänomene nicht egal sein. Sie muss sensibel sein für die Perspektiven, die nicht vorkommen, und sich auf die kritische Suche nach den Ursachen begeben. Für die politische Bildung erwächst hieraus eine be-

sondere Verantwortung. Will man einer exklusiven Zuschauerdemokratie auf Dauer vorbeugen, kann die Antwort nicht einfach nur „mehr politische Bildung“ lauten; es geht um „andere“ politische Bildung, mit neuen Formaten, neuen Partnern, an neuen Orten.

Adressaten der politischen Bildung werden zu Koproduzenten ihrer eigenen Bildungsprozesse.

Politische Bildung muss entsprechende Angebote zur aktivierenden Teilhabe an politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen bereitstellen. Wenn sich abzeichnet, dass bestimmte soziale Gruppen objektiv schlechtere Ausgangs- bzw. Zugangsbedingungen haben, dann muss es Aufgabe der politischen Bildung sein, sich besonders diesen Gruppen zuzuwenden – im Sinne einer aufsuchenden politischen Bildungsarbeit. Es geht darum, die Distanz zwischen Lehrenden und Lernenden aufzuheben, indem wechselseitige Bildungsprozesse initiiert werden. So werden Adressaten der politischen Bildung zu Koproduzenten ihrer eigenen Bildungsprozesse.

Ein erster Schritt besteht darin, Barrieren zu identifizieren, Ausschlüsse zu benennen und Angebote zu kreieren, die einen inklusiven Ansatz verfolgen. Politische Bildung kann an Stellen, an denen Ausgrenzung stattfindet, Wissen und Fähigkeiten vermitteln, um den Folgen von nicht selbst gewählten Ausschlussmechanismen entgegenzuwirken und Erfahrungsräume der Selbstwirksamkeit zu schaffen. Sie kann zu einem kritischen Blick auf gesellschaftliche Strukturen beitragen, um eingeschriebene Diskriminierungen infrage zu stellen und auf die Entwicklung von Handlungsoptionen für Öffnung und Demokratisierung hinzuwirken.

**Es geht darum, dorthin zu gehen,
wo die Menschen sich in ihrem Alltag
aufhalten.**

Politische Urteile sind für die demokratische Auseinandersetzung unverzichtbar und es ist wichtig, den Blick dafür zu schärfen, wo sich überall Orte des Politischen im Alltag und in der individuellen Lebenswelt zeigen. Hierzu trägt politische Bildung bei, wenn

sie Menschen in ihrer Lebenswelt aufsucht, sei es der Nachbarschaft, dem Kiez oder Veedel, der Gemeinde, dem Verein. Um möglichst viele Menschen erreichen zu können, muss sich die politische Bildung hinausbewegen und neue Aktionsräume erschließen. Dies gilt für Menschen in strukturschwachen Regionen ebenso wie für Menschen in sogenannten abgehängten Stadtteilen, für reale Umgebungen ebenso wie für die virtuellen Weiten im Netz.

Dies bedeutet auch, dass Arenen für politische Aushandlungsprozesse erzeugt werden müssen, in denen Menschen sich mit ihren Positionen einbringen und auch im Ringen um Deutungshoheiten und Lösungswege durchsetzen können. Dies setzt Anerkennung und Umsetzung des gleichberechtigten Zugangs zu politischen und gesellschaftlichen Strukturen voraus und darf nicht auf der Ebene des Anhörens verbleiben, sondern Menschen müssen als Akteure und politische, handlungsfähige Subjekte betrachtet werden. In diesem Kontext eröffnet politische Bildung mit Menschen vor Ort Perspektiven für Zugang, Beteiligung und Gestaltung von Gesellschaft.

Politische Bildung darf dabei nicht den Eindruck vermitteln, dass sie „von oben“ kommt und „für oben“ gemacht wird.

Dabei muss sich die Profession viele Fragen stellen: Was sind die relevanten Debatten und Themen? Wie können lebensweltliche Bezüge und Relevanz für Menschen erzeugt werden? Wie sind wir selbst im Hinblick auf Repräsentation und Diversität aufgestellt? Welche Perspektiven fehlen? Wie schaffen und öffnen wir Räume, in denen Menschen wirkmächtig sein können? Und auf welchem Weg sprechen wir die an, die wir bislang nicht erreicht haben? Wer sind unsere Allianzpartnerinnen und Allianzpartner? Wer sind unsere „Brückensmenschen“, die uns bei der Beziehungsarbeit unterstützen können und helfen, Vertrauen (wieder) aufzubauen?

Politische Bildung darf dabei nicht den Eindruck vermitteln, dass sie „von oben“ kommt und „für oben“ gemacht wird. Und sie darf es natürlich erst recht nicht sein. Den Allianzpartnerinnen und

Allianzpartnern der politischen Bildung kommt in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle zu, um auf einem breiten gesellschaftlichen Feld agieren zu können. Die Herausforderung besteht darin, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um stärker in die Lebenswelten hineinwirken zu können. Hierbei kommen Vermittlungsansätze der kulturellen Bildung ins Spiel, die es schaffen, auch über eine emotional-künstlerisch-ästhetische Ansprache Bildungsprozesse zu initiieren, oder anderer Disziplinen wie der sozialen, Jugend- und Frauenarbeit.

Alternativlos ist die Zusammenarbeit mit „Brückensmenschen“, die bei den jeweiligen Zielgruppen ein gewisses Ansehen genießen. Die Zusammenarbeit mit verschiedenen Influencerinnen und Influencern ist hierfür ein Beispiel. Durch sie ist nicht nur ein Zugang zu Zielgruppen möglich, an die die politische Bildung so nicht herankommen würde. Sie schaffen durch die Identifikation der Zielgruppen mit ihnen als Person auf einer emotionalen Ebene auch einen direkteren Zugang zu den Inhalten. Diese Identifikation funktioniert besonders gut, da sie von den Zielgruppen als Teil der eigenen Lebens-

wirklichkeit und der eigenen Community gesehen werden und nicht als jemand oder etwas, was von außerhalb/oben an sie herangetragen wird.

Menschen sollten wieder das Gefühl vermittelt bekommen, dass Demokratie von ihrem Engagement lebt.

Demokratische Aushandlungsprozesse müssen gerade dort, wo sie (noch) nicht stattfinden, immer wieder erlernt und gepflegt werden. Vor dem Hintergrund einer komplexen und globalisierten Welt, in der das Gefühl vermittelt wird, die eigene Gestaltungsmacht spiele keine Rolle mehr, geht es vor allem darum, Partizipationsmöglichkeiten auszubauen. Die Menschen sollten wieder das Gefühl vermittelt bekommen, dass Demokratie von ihrem Engagement lebt und sie einen aktiven Beitrag zur Gesellschaft leisten können.

Aufsuchende politische Bildung kann so einen Beitrag dazu leisten, Demokratie und das Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes erfahrbar zu machen. Auch wenn an dieser Stelle betont werden muss,

dass politische Bildung nicht das einzige Mittel bleiben kann und darf, um demokratische Prinzipien zu schützen und weiterzuentwickeln. Vertrauen entsteht nicht kurzfristig oder durch Einzelmaßnahmen. Es ist harte Arbeit und basiert auf einer politischen Kultur des gesellschaftlichen Austausches und des offenen, demokratischen Streits unter Gleichen.

Projektpartner:

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg, Stiftung Weltethos,
Baden-Württemberg-Stiftung

Laufzeit:

August 2017 bis Juli 2020

Aktionsorte:

beispielsweise Ausbildungsbetriebe,
berufsvorbereitende Maßnahmen,
Kommunen oder Berufsschulen,
auf Anfrage überall in Baden-Württemberg

Zielgruppen:

Auszubildende, Jugendliche in berufs-
vorbereitenden Maßnahmen

Homepage:

www.lpb-bw.de/projekt_laeuftbeidir.html



Baden-Württemberg

Läuft bei Dir!

Werte. Wissen. Weiter-
kommen.

Auszubildende und solche, die es bald werden wollen, untersuchen, wie ihr Alltag mit politischen und gesellschaftlichen Aspekten verbunden ist, und schaffen in der Öffentlichkeit Räume, um sich darüber mit ihren Mitmenschen auszutauschen.

Läuft bei Dir! Werte. Wissen. Weiterkommen. ist ein Projekt, das Angebote werteorientierter Demokratiebildung entwickelt. Das Projekt richtet sich an junge Erwachsene, die nach Abschluss der Schule mit einer Berufsausbildung angefangen haben oder an berufsvorbereitenden Maßnahmen teilnehmen. Die Lebensphase am Übergang von der Schule in das Berufsleben ist gekennzeichnet von vielen Aufgaben und Umbrüchen: die eigene Rolle im Betrieb finden, mit Hierarchien und Beteiligungsmöglichkeiten umgehen, die erste eigene Wohnung, Volljährigkeit, Ablösung von der Herkunftsfamilie.

Für einige erfüllen sich nach Abschluss der Schule Träume oder zumindest Erwartungen. Der gewünschte Ausbildungsplatz wird Realität. Alles läuft wie geplant. Viele junge Erwachsene werden mit Abschluss der Schule aber auch mit einer Realität konfrontiert, auf die sie sich so nicht vorbereitet haben: Die beliebten Ausbildungsplätze gehen an Konkurrentinnen und Konkurrenten mit besseren Schulabschlüssen. Es wird nichts mit der Ausbildung zur KFZ-Mechatronikerin oder zum Bankkaufmann. Stattdessen müssen sie sich mit einem Ausbildungsberuf anfreunden, der sie bisher nicht so sehr interessiert hat, oder werden in berufsvorbereitenden Maßnahmen bis zur Volljährigkeit beschult.

Läuft bei Dir! Werte. Wissen. Weiterkommen. macht jungen Erwachsenen in dieser Lebensphase begleitende Angebote, die sie dabei unterstützen, sich mit ihrer neuen Rolle als Erwachsene in der Gesellschaft und der Demokratie zurechtzufinden. In den Angeboten des Projekts werden daher, ausgehend von den Lebensthemen junger Erwachsener, gesellschaftliche und politische Sachverhalte

diskutiert. Gleichzeitig bieten die Formate Raum für die Reflexion und Entwicklung eigener Lebenspläne und Ressourcen. Neben klassischen wissensfokussierten Methoden kommen vielfältige kreative Methoden zum Einsatz.

Das Demokratietraining ist eines von mehreren Formaten, die im Rahmen des Projekts *Läuft bei Dir!* entstanden sind. Der Untertitel *Werte. Wissen. Weiterkommen.* steht für drei methodische Zugänge, die das Demokratietraining prägen:

- *Werte* steht für einen persönlichen Zugang, bei dem es darum geht, die eigene Beobachtungsfähigkeit und Empathie zu stärken und Bewusstsein über die eigene Identität, eigene Wünsche, Ziele, aber auch eigene Stereotype und Grenzen zu erlangen.
- *Wissen* steht für einen sachlichen Lernzugang. Ziele sind in diesem Bereich das Verstehen gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge, Utopiedenken und Perspektivübernahme.
- *Weiterkommen* beschreibt einen erlebenden Lernzugang, in dem Kompetenzen wie Konflikt-

fähigkeit und Teamfähigkeit, Verantwortungsbereitschaft und die Bereitschaft, sich im Sinne der Gemeinwohlorientierung in der Gesellschaft einzubringen, gestärkt werden.

BW

Als roter Faden durch das Programm zieht sich das Spannungsfeld von Selbstbestimmung und Eingebundensein in die Gesellschaft. Die Teilnehmenden werden darin bestärkt, selbstbewusst eigene Wege zu gehen, ihre persönliche Freiheit zu nutzen und sich für ihre Belange einzusetzen. Gleichzeitig üben sie soziale Verhaltensweisen wie Kompromissfindung, Kooperation und Konfliktlösungsstrategien ein.

**Am Ende des Programms
verschwimmen die Rollen:
Die Teilnehmenden machen
mit einer Intervention im öf-
fentlichen Raum ein eigenes
Angebot politischer Bildung.**

Das Training besteht aus drei Seminarblöcken, die jeweils zwei Tage dauern. Die Blöcke werden in einem zeitlichen Abstand von vier bis zwölf Wochen umgesetzt. Am Ende des Programms verschwimmen bei der Methode „1 m²“ die Rollen: Die Teilnehmenden werden selbst zu Anbieterinnen und Anbietern aufsuchender politischer Bildung – mit ihrer eigenen Intervention im öffentlichen Raum.

Block 1 „Ich arbeite, also bin ich?“

Im ersten Seminarblock beschäftigen sich die Teilnehmenden damit, welche Arbeitsrealitäten es in der Gesellschaft gibt. Sie fragen sich, was überhaupt Arbeit ist und wer darüber entscheidet, welche Tätigkeiten als Arbeit verstanden werden und welche nicht. Die Seminargruppe untersucht geschlechts- und milieuspezifische Rollen und Zuschreibungen. Dabei wird das Training ganz praktisch: Was im Seminar diskutiert wird, soll im öffentlichen Raum durch Kontakte zu Mitbürgerinnen und Mitbürgern ergänzt werden.

Ein Beispiel: Bei der Methode „Berufe-Bingo“ werden die Teilnehmenden aufgefordert, in der Stadt Menschen zu finden und zu befragen:

Finde jemanden, der oder die ...

- nachts arbeitet,
- von Klischees über den eigenen Beruf genervt ist,
- einen Minijob hat,
- schon einmal mit dem Gedanken gespielt hat, den Beruf zu wechseln,
- auch am Wochenende arbeiten muss,
- eine leitende Position hat,
- im Moment keine Arbeit hat.

Diese Methode soll Teilnehmende motivieren, soziale Räume zu erkunden, zu denen sie sonst keinen Zugang haben oder suchen. So haben Kleingruppen unter anderem eine Polizeiwache, ein Versicherungsbüro, ein Hotel oder eine Parkhausaufsicht aufgesucht. Dabei erfahren die Teilnehmenden etwas über die Vielfalt von Berufsbiografien, die es in Deutschland gibt, und nehmen einen Perspektivwechsel vor.

Block 2 „Wohn(t)räume“

Im zweiten Seminarblock beschäftigt sich die Gruppe mit ihrer (Wunsch-)Wohnsituation und mit aktuellen Problemen auf dem Wohnungsmarkt. Neben privaten Räumen geht es auch um den öffentlichen Raum: Wem gehört er? Wo wird der öffentliche Raum kommerzialisiert? Welche Zugangsbarrieren gibt es? Ausgehend von diesen Fragen, beschäftigt sich die Seminargruppe mit Diskriminierung in Deutschland: ein Thema, das häufig leidenschaftlich diskutiert wird, weil zum einen viele eigene Diskriminierungserfahrungen vorliegen und die Teilnehmenden sich zum anderen fragen müssen, wo sie mit ihrem Verhalten andere diskriminieren. So berichtete beispielsweise eine Auszubildende von wiederholten Heiratsanträgen eines Lehrers, die ihr sehr unangenehm waren. Gleichzeitig bemerkte sie auch Unterschiede im eigenen Verhalten, zum Beispiel zwischen Menschen mit hohem oder niedrigem sozialen Status.

In einer theaterpädagogischen Methode bearbeitet die Gruppe fiktive oder selbst erlebte Situationen, in denen es Ungerechtigkeit oder Diskriminierung

gab, und erprobt unterschiedliche Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten. In einer Seminargruppe wurden zum Beispiel die Möglichkeiten von Auszubildenden zum Umgang mit übergriffigen Patienten in einer Arztpraxis untersucht.

BW

Block 3 „In guter Gesellschaft?“

Der dritte und abschließende Seminarblock behandelt die Frage, wo und wie der oder die Einzelne mit der Gesellschaft und auch mit der Politik verbunden ist. Anhand von Fallbeispielen mit Alltagshandlungen werden Verbindungen vom Alltagsleben der Auszubildenden in die Politik und umgekehrt gezogen. Dabei wird diskutiert, welche Auswirkungen eine Handlung auf das direkte Umfeld, auf die Gesellschaft und auf die Politik haben könnte. Die Teilnehmenden sammeln dazu Ideen, zum Beispiel:

Ein Mann macht jeden Samstag im Pflegeheim Musik.

- Der Mann macht (vermutlich ehrenamtlich) ein Angebot für die Bewohnerinnen und Bewohner des Pflegeheims.
- Das Pflegeheim bietet als gemeinnützige Organisation eine Dienstleistung an, die wichtig für die Gesellschaft ist.
- Das Pflegeheim ist vielleicht mit anderen Pflegeheimen in einem Verband organisiert, der auf die Wichtigkeit der Tätigkeit hinweist und politische Arbeit macht.

Eine Bankkauffrau führt ein Beratungsgespräch.

- Die Frau bietet (im Rahmen ihrer Anstellung) eine Dienstleistung an.
- Gleichzeitig trägt sie über die Steuer, die sie für ihr Einkommen abführt, zu einem funktionierenden Gemeinwesen, zum Unterhalt der Institutionen, zum Straßenbau ... bei.
- Auch die Bank, für die sie arbeitet, führt unter anderem Gewerbesteuern ab, die wiederum der Kommune vor Ort zur Verfügung stehen, um beispielsweise Spielplätze zu bauen oder Gebäude zu sanieren.

Eine Frau fährt ihre Mutter zweimal pro Woche zum Arzt.

- Die Frau kümmert sich um ihre Mutter. Für diese hat die Tätigkeit auch den offensichtlichsten Nutzen.
- Aber auch die Gesellschaft profitiert davon. Für diese Art von Fürsorgearbeit gibt es zwar meistens keine Bezahlung, die Gesellschaft würde ohne sie aber gar nicht funktionieren.

Im Anschluss diskutieren die Teilnehmenden mit- und untereinander, welche Fähigkeiten und Stärken sie aneinander wahrnehmen und in welchen wichtigen Rollen für die Gesellschaft sie sich einander vorstellen könnten.

1 m²

Am Ende des sechstägigen Trainings *Läuft bei Dir!* werden die Teilnehmenden selbst zu Anbieterinnen und Anbietern von Bildung. In der aufsuchenden Bildungsmaßnahme 1 m² präsentieren die Teilnehmenden sich mit einem Thema in der Öffentlichkeit. Dabei wird an einem belebten öffentlichen Platz für jede Person 1 m² mit Klebeband abgeklebt. In ihrem eigenen 1 m² präsentiert nun jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer ein Anliegen, das ihm oder ihr wichtig ist. Die einzelnen 1 m² werden im Vorfeld der Aktion mit Unterstützung der Seminarleitung vorbereitet. Dabei orientieren sie sich an zwei Fragestellungen:

- Das möchte ich in die Gesellschaft geben
(z. B. eine Frage, ein offenes Ohr, ein gutes Gespräch, eine Diskussion, etc.).
- Das braucht die Gesellschaft meiner Meinung nach (z. B. Visionen, Respekt, Austausch, etc.).

Die Seminargruppe wird animiert, ihre Komfortzone zu verlassen und die Methode als Chance wahrzunehmen, die eigenen Ideen in die Öffentlichkeit zu tragen. Denn: Nur, wer sich in die Auseinander-

setzung begibt und eigene Themen einbringt, kann Einfluss nehmen. Bei 1 m² üben die Teilnehmenden, sich zu zeigen, und setzen ein Zeichen dafür, dass allen Menschen ein Platz in der Gesellschaft zusteht.

Die Quadratmeter aller Teilnehmenden bilden gemeinsam eine Ausstellung im öffentlichen Raum, die Passantinnen und Passanten zum Verweilen, zum Austausch und zum Mitmachen einlädt. Begleitet und erklärt wird die Intervention von einem Schild:

„Gesellschaft – das kann vieles heißen: Wir bleiben im Gespräch. Wir geben und nehmen. Jede und jeder hat einen Platz. Als Symbol für diesen Platz nehmen wir heute 1 m² ein und geben in die Gesellschaft, was uns jetzt gerade wichtig ist. Nutze uns!“



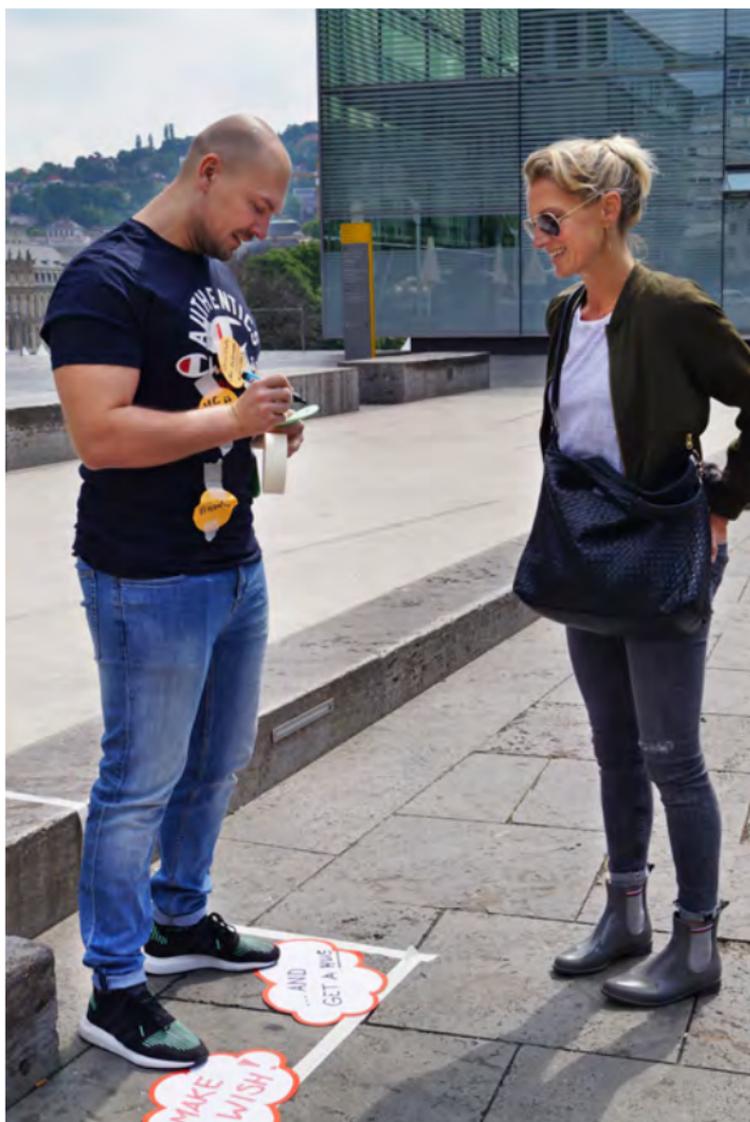
*Läuft bei Dir! Werte. Wissen. Weiterkommen:
Teilnehmerinnen in ihrem Quadratmeter.*



BW



*Interaktion mit Passantinnen und Passanten
bei der Methode 1m².*



BW

Die Intervention löst bei Passantinnen und Passanten vielfältige Reaktionen aus: Irritation, zögerliches Interesse, Begeisterung, Abwehr. Einige kommen sofort in Kontakt, andere suchen nicht das Gespräch und beobachten stattdessen nur. Unabhängig davon, welche Begegnungen zustande kommen, ist der Ort für die Dauer der Ausstellung verändert.

Nachdem die Ausstellung wieder abgebaut ist, werden die Teilnehmenden mit den Erkenntnissen aus ihrem 1 m² aus dem Seminar verabschiedet:

- Sich mit einem Angebot oder Thema, das einem wichtig ist, zu präsentieren, erfordert Mut.
- Man weiß vorher nicht, was passiert – löst man Zustimmung oder Abwehr aus?
- Die Reaktion von anderen sagt nicht unbedingt etwas über das Angebot aus: Für manche Themen haben Menschen jahrzehntelang gegen die gesellschaftliche Meinung gekämpft, bevor sie zum Mainstream wurden.
- Verhalten hat einen Einfluss. Veränderung ist möglich. So, wie die Aktion den Raum verändert hat, haben auch andere Handlungen Einfluss auf Gruppen, Orte und das Zusammenleben.

Für die Gestaltung ihres 1 m² benötigen die Teilnehmenden Fähigkeiten aus allen drei oben skizzierten Lernzugängen: Sie beschäftigen sich mit ihren Werten, Wünschen, Zielen und artikulieren diese. Sie adressieren eine gesellschaftliche Problemlage, die sie momentan wahrnehmen. Sie bieten mit ihrer Intervention eine Lösungsmöglichkeit an und haben den Mut, sich in der Gesellschaft sichtbar zu machen und mit anderen ins Gespräch zu kommen.

Die Methode 1 m² dient als Sinnbild für die Gesellschaft: Viele Menschen mit unterschiedlichen Prioritäten und einem unterschiedlichen Blick auf die Welt leben in der Gesellschaft zusammen. Die Vielfalt der verschiedenen 1 m² macht den Reiz der Gesamtausstellung aus. Die bewusste Gestaltung des eigenen Raums – auch wenn er klein und begrenzt ist – verändert etwas.

Lothar Frick

*Direktor der Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg*

Stefanie Beck

Projektleiterin



Bayern

Gütesiegel Demokratie – Verantwortung (er)leben!

Projektpartner:

Bayerische Landeszentrale für
politische Bildungsarbeit, Schulen

Laufzeit:

2017 bis 2019

Aktionsorte:

Zehn Mittelschulen in der Oberpfalz (Pilotprojekt)

Zielgruppen:

Schulgemeinschaften inkl. Eltern

Methoden:

Wettbewerb mit Gütesiegelvergabe

Homepage:

www.blz.bayern.de

Das Gütesiegel Demokratie – Verantwortung (er)leben! soll Schülerinnen und Schüler dazu ermutigen, sich in ihrem schulischen Alltag mit politischen Fragestellungen auseinanderzusetzen und für gesellschaftliche Belange zu engagieren.

Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit würdigt in einem Pilotprojekt besonderes Engagement von Mittelschulen im Bereich der politischen Bildung. Schulen, die die Werte- und Demokratieerziehung in den Mittelpunkt ihrer



Arbeit stellen, werden mit dem *Gütesiegel Demokratie – Verantwortung (er)leben!* ausgezeichnet. Dadurch, dass Erfolge sichtbar gemacht werden, bietet das Gütesiegel einen Anreiz für die Schulen,

im Rahmen der Schulentwicklung politische Bildung und demokratische Entscheidungsfindung nachhaltig zu stärken.

Vorrangiges Ziel ist es, das politische Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler, ihre demokratische Kompetenz sowie die Bereitschaft, in Schule und Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen, zu fördern. So sollen die Jugendlichen beispielsweise zu politischem und ehrenamtlichem Engagement und zur Teilhabe an politischen Prozessen ermutigt werden. Durch die Mitgestaltung in der Schulgemeinschaft sammeln die Jugendlichen wertvolle demokratische Erfahrungen, die sie auf ihr Leben außerhalb der Schule übertragen können. Indem dieses Engagement durch öffentliche Anerkennung gewürdigt wird, entstehen weitere Impulse, sich für demokratische Werte einzusetzen.

In die Aktivitäten eingebunden ist die ganze Schulgemeinschaft – Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie externe Partnerinnen und Partner und Unterstützerinnen und Unterstützer der Schule. Darüber hinaus eröffnet das Projekt durch handlungsorientierte Angebote den Jugendlichen

die Möglichkeit, Demokratie praktisch zu „erleben“ und Verantwortung zu übernehmen. Partizipation wird hautnah erfahrbar gemacht.

Wissen erwerben durch Engagement

Zunächst konnten sich die Mittelschulen bis Oktober 2017 für die Teilnahme am Projekt bewerben. Dazu reichten sie einen Konzeptvorschlag ein, der bereits etablierte Projekte sowie geplante Vorhaben umfasste. Das Pilotprojekt startete mit zehn Schulen, die im ersten Jahr den Titel „Projektschule demokratische Verantwortung (er)leben!“ erhielten. Im weiteren Verlauf dokumentierten sie den Projektverlauf bis März 2019 auf unserer Homepage.

So kam eine enorme Bandbreite an beeindruckenden Projekten zusammen. Die Angebote umfassen etwa an der Doktor-Eisenbarth-Mittelschule Oberviechtach Theateraufführungen über Rechtsextremismus, Workshops gegen Cybermobbing, Vorträge der Polizei, Gespräche mit Geflüchteten oder einen Pro-

jekttag mit „2schneidig“, dem bekannten deutschen Aktivisten und Musiker mit nigerianischen Wurzeln.

Im Rahmen eines Projekts aller 7. Klassen der Mittelschule Waldsassen präsentieren die Schülerinnen und Schüler täglich zu Beginn der ersten Stunde in einem etwa 5-minütigen Vortrag die Nachrichten des Vortags. Die fortdauernde Beschäftigung mit aktuellen politischen Ereignissen soll das Interesse der Jugendlichen wecken und sie in die Lage versetzen, Nachrichten einzuordnen und sich eine eigene Meinung zu bilden.

Darüber hinaus finden an dieser Schule Projekte im Rahmen des „Service Learning“ statt. Hierbei handelt es sich um eine Methode, bei der Jugendliche Wissen erwerben, indem sie sich gesellschaftlich engagieren. So besuchen etwa einige Schülerinnen und Schüler einmal in der Woche ein Alten- und Pflegeheim, um dort mit den Senioren zu spielen, ihnen aus der Zeitung vorzulesen, Einkäufe zu erledigen oder Gymnastik zu machen. Eine andere Gruppe kümmert sich wöchentlich um einen gesunden Pausenverkauf an der Schule. Eine dritte Gruppe bietet einen Computer- und

Handykurs für ältere Menschen an. Die Jugendlichen bringen ihren „Schülern“ beispielsweise den Umgang mit neuen Medien oder die Bildbearbeitung am Smartphone bei.

Vorurteile abbauen und voneinander lernen

An der Grund- und Mittelschule Pressath beschäftigte sich die Arbeitsgemeinschaft „Streitschlichter“ mit sogenannten Stammtischparolen. Die Jugendlichen entwickelten Strategien im Umgang mit rechtsradikalen Sprüchen und Tipps zum richtigen Verhalten in konfrontativen Situationen.

Die Schwarzachtal-Schule Berg kooperiert mit dem örtlichen Gymnasium, um gegenseitige Vorurteile abzubauen und voneinander zu lernen. Die Projektgruppen beider Schulen treffen sich regelmäßig, zum Teil finden sogar mehrtägige Seminare statt. So entwickelten die Schülerinnen und Schüler in einem Workshop gemeinsam Visionen für eine „menschenfreundliche Schule“. Ein weiteres Beispiel für die gelungene Zusammenarbeit ist der

Schülerinnen und Schüler entwickeln in einem Workshop gemeinsam Visionen für eine „menschenfreundliche Schule“.

BY

„Mobbing-Präventionstag“ für die 5. Klassen beider Schulen, der von gemischten Teams gestaltet wird.

Die Einführung des Klassenrats an der Mittelschule Neunburg vorm Wald fördert das Miteinander. In dem demokratischen Forum beraten, diskutieren und entscheiden die Jugendlichen in wöchentlichen Sitzungen über selbstgewählte Themen wie das Zusammenleben in Klasse und Schule, die Gestaltung des Lernens in der Klasse, aktuelle Probleme und Konflikte oder gemeinsame Projekte und Aktivitäten. Wichtig ist hierbei die Einhaltung selbstverfasster Regeln im Sinne einer demokratischen Kommunikation.

An der Mittelschule Laaber findet in regelmäßigen Abständen ein „Politischer Donnerstag“ statt. Hierfür bereiten die Mitglieder der Schülermitverwaltung, kurz SMV, mit Unterstützung einer Jugendsozialarbeiterin Vorträge und Aktionen zu einem bestimmten Thema vor und präsentieren ihre Ergebnisse der gesamten Schulgemeinschaft in einer Vollversammlung. Behandelt werden Themen wie Rassismus, Fluchtursachen, der Brexit, die Bundestagswahl 2017 oder die gleichgeschlechtliche Ehe.

Ein weiteres, sehr gelungenes Beispiel ist der „Blaulichttag“ der Erich-Kästner-Grund- und Mittelschule in Postbauer-Heng, der die Bedeutung von Partizipation und sozialem Engagement in der demokratischen Gesellschaft hervorhebt. Hier durchlaufen die Schülerinnen und Schüler einen Vormittag lang Stationen der verschiedenen teilnehmenden Organisationen wie Freiwillige Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Rotes Kreuz, Rettungshundestaffel oder Verkehrswacht. So erhalten sie Einblicke in die vielfältigen Aufgaben ehrenamtlicher Helfer und werden durch den direkten Kontakt motiviert, sich selbst zum Wohl der Allgemeinheit einzusetzen.

Die Otto-Schwerdt-Mittelschule in Regensburg verleiht der Wahl der drei Schülerinnen und Schüler durch intensive Vorbereitung und professionelle Durchführung mehr Bedeutung, um die erste Erfahrung, die Jugendliche mit demokratischen Wahlen machen, auch entsprechend würdevoll zu gestalten.

Weitere Projekte umfassen Diskussionsveranstaltungen mit Politikerinnen und Politikern, einen Schüleraustausch mit Tschechien, ein dreitägiges Seminar zum Thema „Hate Speech“, Besuche im Rathaus der eigenen Stadt oder einen „Flashmob für Zivilcourage“, bei dem über 1.000 Schülerinnen und Schüler in einheitlichen T-Shirts mit der Aufschrift „respect.“ vor ihr Rathaus zogen.

Schulfamilie lebt Demokratie!



„Hey Du, hör’ mal zu, geh’ mal mit, Demokratie Schritt für Schritt“ – unter diesem Motto machen auch die Schülerinnen und Schüler der Grundschule und Mittelschule Mühlhausen beim Gütesiegel mit.



BY

Enger Austausch mit den zertifizierten Schulen

Die Schulen wurden mit dem *Gütesiegel Demokratie* zertifiziert und erhalten einen Demokratie-Projekttag, zum Beispiel mit Workshops und Planspielen für die gesamte Schulfamilie, organisiert und finanziert von der Landeszentrale.

Während des gesamten Projekts und auch noch im Anschluss stehen wir in engem Kontakt mit den teilnehmenden Schulen und unterstützen die Koordinatorinnen und Koordinatoren mit einem breiten Spektrum an Vermittlungsangeboten und Kommunikationsmitteln. Beispielsweise bieten wir Hilfe bei der Organisation von Schülerseminaren an oder versorgen die Schulen mit Moderatorenkoffern. Außerdem besuchen wir jede Schule und überzeugen uns vor Ort von den Fortschritten.

Abgesehen von der praktischen Unterstützung, profitieren die Projektschulen von der Verankerung des Gütesiegels im eigenen Schulprofil und von der Vernetzung untereinander. Die im Projekt gesammelten Ideen und Erfahrungen werden darüber

hinaus auch anderen interessierten Schulen zur Verfügung gestellt. Insbesondere auf der Homepage können sich Interessierte von den zahlreichen kreativen Ideen inspirieren lassen. Nach der Evaluation des Pilotprojekts soll das Projekt *Gütesiegel Demokratie – Verantwortung (er)leben!* auf weitere Regierungsbezirke in Bayern ausgeweitet werden.

BY

Dr. Harald Parigger

*bis Ende 2018 Leiter der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit*

Uta Löhner

Projektverantwortliche

Projektpartner:

Berliner Landeszentrale
für politische Bildung und
Fatma Erol-Kılıç

Laufzeit:

seit September 2017

Aktionsorte:

in der Berliner Landeszentrale für
politische Bildung, bei Partnern an
anderen Orten Berlins

Zielgruppen:

zivilgesellschaftlich engagierte Menschen aus
verschiedenen Vereinen, Gruppen und Gemeinden

Methoden:

Qualifizierung in Workshops
und Erfahrungsaustausch

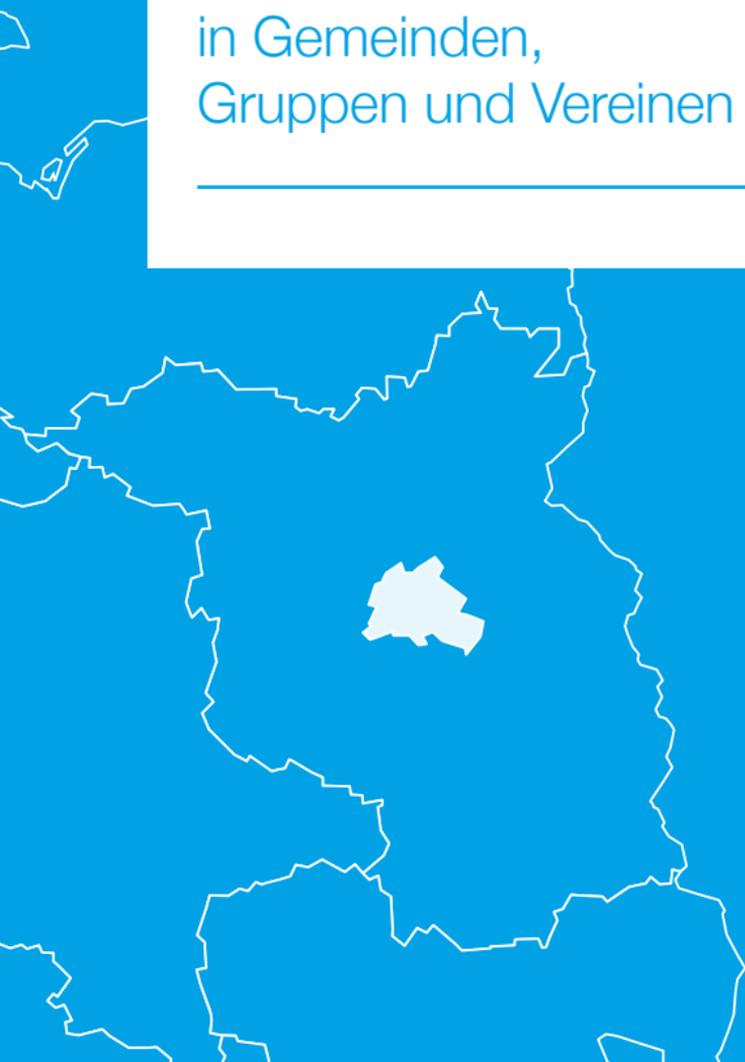
Homepage:

www.berlin.de/politische-bildung



Berlin

Demokratisch kommunizieren und diskutieren –
in Gemeinden,
Gruppen und Vereinen



In Seminaren werden gesellschaftlich engagierten Berlinerinnen und Berlinern Grundlagen vermittelt, die zu einer besseren Diskussionskultur bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit beitragen sollen.

Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, findet nicht nur in Parteien und Parlamenten statt. Wie demokratisch unsere Gesellschaft in Deutschland ist, zeigt sich täglich in ca. 600.000 Vereinen, ca. 30.000 religiösen Gemeinden, Gewerkschaften, Verbänden und Initiativen. Hier setzt die Veranstaltung *Demokratisch kommunizieren und diskutieren in Gemeinden, Gruppen und Vereinen* an. Das Seminar gibt Menschen, die sich in unterschiedlichen Organisationen engagieren, kommunikationstheoretisches Wissen und praktische Übungen an die Hand, um ihr ehrenamtliches Engagement partizipativer und damit demokratischer gestalten zu können.

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind wichtige Erfahrungsräume, um Selbstwirksamkeit und Wertschätzung in demokratischen Aushandlungsprozessen nicht nur selbst zu erfahren, sondern auch gegenüber anderen zu zeigen. Bis April 2019 fanden elf Veranstaltungen mit insgesamt 211 Teilnehmenden statt. Die Veranstaltung wird nach Bedarf weiterhin alle zwei Monate angeboten.

Um die Vielfalt der Berliner Stadtgesellschaft zu erreichen, geht die Berliner Landeszentrale für politische Bildung seit einigen Jahren verstärkt auf zivilgesellschaftliche Akteure zu, die (noch) nicht zum etablierten Kreis der Träger politischer Bildung gehören. Dazu zählen zum Beispiel Vereine, in denen sich junge Musliminnen und Muslime engagieren, und andere Organisationen, die sich selbst als Migrantenselbstorganisationen (MSO) oder Neue deutsche Organisationen (NDO) verstehen.

Aus diesen Kontakten kam die Berliner Wirtschaftsingenieurin Fatma Erol-Kılıç auf die Landeszentrale zu. Sie war zwölf Jahre in der Kreativwirtschaft tätig, ehe sie sich als Kommunikationstrainerin selbstständig machte. In zwei Jahrzehnten des ehrenamt-

lichen Engagements in islamischen Gemeinden und Gruppen in Berlin hatte sie die Erfahrung gemacht, dass Kommunikationsstrukturen und Entscheidungsprozesse oft von Einzelnen oder kleinen Gruppen dominiert werden und insbesondere junge Frauen und Männer wenig Einflussmöglichkeiten haben, die Geschicke der Gemeinden mitzubestimmen. „Das war schon immer so ...“ und „Da kann ja jeder kommen ...“ sind Prämissen, die nicht nur am Stammtisch, sondern auch in Migrantenorganisationen und religiösen Gemeinden gelten können und damit das Engagement junger Menschen und neuer Mitglieder ausbremsen.

Fatma Erol-Kılıç schlug der Berliner Landeszentrale für politische Bildung ein Seminarkonzept mit dem Titel „Demokratische Kommunikationstechniken innerhalb von islamischen Gemeinden etablieren“ vor. In Gesprächen wurde deutlich, dass missglückte Moderationen, intransparente Entscheidungsprozesse, end- und ziellose Diskussionen und mangelnde Kommunikationskompetenzen nicht nur in islamischen Gemeinden, sondern auch in anderen religiösen Gemeinden, Sportvereinen, Stadtteilinitiativen und sonstigen Vereinen zu

Frustrationen und Rückzug führen. So entstand die Idee, das Seminar nicht nur für in islamischen Gemeinden Aktive, sondern für alle zivilgesellschaftlich Engagierten anzubieten.

BE



Gutes Diskutieren will gelernt sein – wie hier in Berlin.

Vor diesem Hintergrund wurde das Seminarformat *Demokratisch kommunizieren und diskutieren in Gemeinden, Gruppen und Vereinen* in das Veranstaltungsangebot der Landeszentrale aufgenommen.

Alle sechs bis acht Wochen wird das Veranstaltungsformat in der Berliner Landeszentrale angeboten, es nehmen jeweils 15 bis 20 Personen teil, für intensive Diskussionen eine gute Gruppengröße. Der Workshop dauert vier Stunden mit einer Pause und wird in der Regel von 16.00 Uhr bis 20.00 Uhr angesetzt, um berufstätigen Menschen die Teilnahme zu ermöglichen. Die Teilnehmenden kommen aus unterschiedlichen Kontexten. Meist handelt es sich um eine bunte Mischung von Menschen ab 30 Jahren aus Vereinen und Projekten, aber auch parteipolitisch Engagierte, eine ehemalige Richterin, die sich in einer Flüchtlingsinitiative engagiert, Vorstandsmitglieder muslimischer Vereine und ein Kurs der 11. Klassenstufe einer Schule haben schon teilgenommen. Gerade der Austausch mit Teilnehmenden, die in anderen Zusammenhängen aktiv sind, aber die gleichen Fragen aufwerfen, wird von allen als sehr bereichernd empfunden.

Reflexion des eigenen Kommunikationsverhaltens

Was macht eine Diskussion konstruktiv und demokratisch? Wie lassen sich Entscheidungsprozesse zugleich effizient und demokratisch gestalten?

Der erste Teil der Veranstaltung ist den kommunikationstheoretischen Grundlagen gewidmet.

„Die Ampel ist grün“, sagt der Beifahrer zum Fahrer und meint damit auf der Sachebene, der Beziehungs-, Appell- und Selbstoffenbarungsebene jeweils Unterschiedliches. Dies ist etlichen Teilnehmenden aus der eigenen Schulzeit in Erinnerung.

BE

**Was macht eine Diskussion konstruktiv und demokratisch?
Wie lassen sich Entscheidungsprozesse zugleich effizient und demokratisch gestalten?**

In dem Workshop werden kommunikationstheoretische Grundlagen anhand von Beispielen, die die Teilnehmenden zusammentragen, auf das kommunikative Handeln in Gemeinden, Gruppen und Vereinen bezogen.

Ehrenamtliche sind mitunter sehr engagiert, haben (vermeintlich) das gleiche Ziel vor Augen und versuchen genauso konkrete wie eilige Sachfragen zu lösen. Entscheidungen werden dabei aber oft kurzfristig und eher aus dem Bauch heraus getroffen. Was dabei aus dem Blick gerät, ist die gemeinsame Diskussion und Entscheidung – transparent und nachvollziehbar für alle, die an einem Projekt beteiligt sind. Dieses Verhalten ist zwar durchaus nachvollziehbar. Demokratisch und das Engagement der anderen wertschätzend ist es aber nicht.

Dementsprechend bildet die Reflexion des eigenen Kommunikationsverhaltens den Einstieg in die Diskussion. Dazu gehört auch, zu lernen, anderen in angemessener Form Feedback zu ihrer Kommunikation zu geben.

Viele Wege zur demokratischen Kommunikation

Im zweiten Teil des Seminars werden sechs verschiedene Methoden vorgestellt, die helfen können, die respektvolle, alle einbeziehende Kommunikation in Gruppen zu verbessern. Dabei werden Einsatzmöglichkeiten, Voraussetzungen, Vor- und Nachteile benannt. Im Anschluss haben die Teilnehmenden die Möglichkeit, in praktischen Übungen zwei der sechs Formate auszuprobieren. Welche dies sind, richtet sich nach den Interessen der Teilnehmenden. Gerade die Chance, Handwerkszeug für das Ehrenamt erproben zu können und von den anderen Teilnehmenden ein Feedback zu erhalten, wird als sehr bereichernd empfunden. Und der Spaß kommt dabei auch nicht zu kurz. Immer wieder wird der Wunsch nach mehr Übungen in den Auswertungsrunden geäußert. Dies ist aber nur möglich, wenn die Veranstaltungen länger als vier Stunden dauern, weshalb 2019 ergänzend auch Ganztagesseminare angeboten werden.

Neben der klassischen moderierten Diskussion im Plenum werden folgende Methoden vorgestellt:

→ Die Fishbowl-Diskussion

Es wird in einem inneren Stuhlkreis diskutiert, wobei ein bis zwei Stühle für wechselnde Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer frei bleiben, die aus den Außenkreisen hinzukommen.

→ Das Format „Atome – Moleküle“

Zwei Personen diskutieren eine Frage für ca. fünf Minuten und halten wichtige Punkte schriftlich fest. Anschließend diskutieren zwei Paare für fünf Minuten miteinander und halten wieder wichtige Punkte fest. Abschließend diskutieren zwei Vierergruppen das Thema weiter. Die Ergebnisse aller Gruppen werden im Plenum vorgestellt. Diese Methode eignet sich beispielsweise, um auch eher zurückhaltende Personen im Verein in die Diskussion einzubeziehen.

→ Die Methode „Eier legen statt Redeschlacht“

Der Ansatz eignet sich bei zwei konträren Positionen: Hier werden die Argumente beider Seiten hinterfragt und kommentiert, um die Perspektive zu wechseln und so ggf. eine Lösung finden zu können.

→ Die „Methode 66/Mauschelgruppe“

Hier bearbeiten Kleingruppen von jeweils sechs Personen Teilfragen eines größeren Themas. Die Ergebnisse werden im Plenum vorgestellt. So lassen sich komplexe Fragestellungen gut bearbeiten, zum Beispiel die Planung von Aktivitäten in unterschiedlichen Bereichen.

→ Das Format „Redekette“

Dieses Format eignet sich für den Beginn von Diskussionsprozessen, zum Beispiel, wenn größere Veränderungen im Verein anstehen. Die Moderation stellt einer Person im Stuhlkreis eine möglichst offene Frage. Die Person antwortet und gibt die Frage anschließend an eine weitere Person weiter. So entsteht eine Redekette, in der jede anwesende Person ihre Sicht einbringt, ohne dass es durch die Moderation Unterbrechungen gibt.

Erfahrungsaustausch und Vernetzung für eine starke Zivilgesellschaft

Die Veranstaltung bietet die Möglichkeit des Austausches und der Vernetzung mit Menschen, die in anderen Bereichen engagiert sind, aber vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Wie kann ich mein ehrenamtliches, zivilgesellschaftliches Engagement so gestalten, dass die Diskussionen und Entscheidungswege demokratisch und konstruktiv sind? Wie können Aufgaben während der Diskussionen verteilt werden? Wie begegne ich denen, die schon vor der Diskussion genau wissen, was die anderen denken und deren Prämisse „Das war schon immer so ...“ das Engagement anderer ausbremst?

Der Austausch führt auch zur Erkenntnis, dass die vielen Bereiche des Engagements, die durch das in Artikel 9 des Grundgesetzes garantierte Vereinigungs- und Koalitionsrecht geschützt sind, gemeinsam unsere Zivilgesellschaft ausmachen.

Der Austausch stärkt so im Kleinen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, indem sich die Teilnehmenden wechselseitig als aktive Akteure der Zivilgesellschaft anerkennen.

BE

Thomas Gill

Leiter der Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Reinhard Fischer

Projektverantwortlicher

Projektpartner:

Brandenburgische Landeszentrale für
politische Bildung, fabrik Potsdam

Laufzeit:

Start am 23.09.2014 im Land Brandenburg

Aktionsorte:

Brandenburg und andere neue Bundesländer

Zielgruppen:

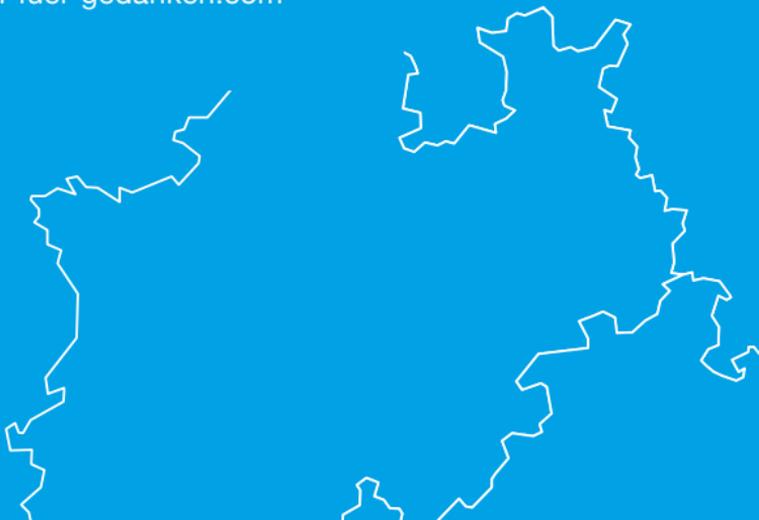
offenes Angebot für Menschen vor Ort

Methoden:

Gespräche, Publikationen, Lesungen,
Veranstaltungen, Website

Homepage:

www.raum-fuer-gedanken.com



Brandenburg

Raum für Gedanken –
ein gesellschaftspolitisches
Kunstprojekt auf Reisen



Ein Kunstprojekt erschafft in Brandenburg und anderen neuen Bundesländern Orte, an denen Menschen über gesellschaftliche Verhältnisse nachdenken und sich ihrer eigenen Rolle bewusst werden.

In Brandenburg ist seit nun fast 30 Jahren ein rasanter Transformationsprozess von einer geschlossenen, diktatorischen Gesellschaft zu einer offenen, globalisierten demokratischen Ordnung im Gange. Die außerschulische politische Bildung im Land Brandenburg hat die Aufgabe, diesen Prozess kommunikativ zu begleiten. Ziel ist es, die Menschen zum eigenverantwortlichen Einmischen und Handeln in gesellschaftlichen Prozessen zu ermutigen.

Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung verwendet hierfür einen Großteil ihrer finanziellen Mittel: Sie fördert freie Träger der politischen Bildung, damit sich eine aktive Zivilgesellschaft

bildet, die die Probleme vor Ort erkennt, problematisiert, kommuniziert und Lösungen entwickelt. Ähnlich wie bei Graswurzelinitiativen legen wir ausdrücklichen Wert darauf, dass sich die Initiativen aus der Gesellschaft heraus entwickeln und nicht „von oben“ verordnet werden. Unserer Erfahrung nach erhöht das die Akzeptanz der Projekte in der Bevölkerung enorm.

BB

Die Künstlerin Kathrin Ollroge hat eine mobile Wohnrauminszenierung entwickelt. Es handelt sich dabei um eine 2,30 Meter mal 2,30 Meter große überdachte, portable Holzraumkonstruktion. Diese beherbergt im Innenraum Sitzmöbel, Tisch, Lampe, Bild, Teppich, Zimmerpflanze sowie eine Schreibmaschine und Papier. Tageweise auf- und abgebaut, steht der Kubus auf unterschiedlichen öffentlichen Plätzen des Landes: vor Einkaufszentren, auf Parkplätzen, Schulhöfen, Bahnhöfen, Marktplätzen oder inmitten von Wohnsiedlungen.

Es sind Orte, die gesellschaftlichen Veränderungsprozessen ausgesetzt sind. Städte, Dörfer, Gemeinden, einzelne Viertel verändern sich aus den verschiedensten Gründen, sind aber gleichzeitig



Ein mobiler Holzkubus tourt durch Brandenburg und andere neue Bundesländer ...



... und wird in den Städten, Dörfern und Vierteln zum Raum für Gedanken ihrer Bewohnerinnen und Bewohner.

Heimat oder auch nur temporärer Aufenthaltsort für die unterschiedlichsten Menschen mit ihren ganz eigenen Gedanken. So das Konzept.

Der *Raum für Gedanken* entwickelte sich aus einem Kurzprojekt in Potsdam, in dessen Fokus ein vom Abriss bedrohtes Wohnhaus in der Potsdamer Stadtmitte mit seinen über 200 Bewohnerinnen und Bewohner stand. So entwickelte sich die Idee, in andere Bundesländer zu reisen und dort nach dem Stand *von* und der Beteiligung *an* gesellschaftlichen Veränderungen (und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung) zu fragen. Themenschwerpunkte waren unter anderem Flucht, Asyl, Nachbarschaften, Lebenswelten und Zukunftsperspektiven im ländlichen Raum, soziales Ungleichgewicht, Jugendbeteiligung.

Zuerst ging es, mit Förderung durch die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, 2014 für vier Monate durch Orte des Landes Brandenburg. Kathrin Ollroge hat die Menschen vor Ort eingeladen, Platz zu nehmen und auf der Schreibmaschine ihre Gedanken zu Papier zu bringen. Sie wurden ganz individuell angesprochen, mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Sie waren willkom-

men, ihre Meinung, ihre Gedanken waren gefragt. Wer wollte, konnte sich von der Künstlerin fotografisch porträtieren lassen. Die Aussagen wurden anonym verfasst (lediglich mit der Angabe des Ortes, des Geschlechtes und des Jahrgangs versehen) und es gab keine Zuordnung des geschriebenen Textes zum Porträt. Es entstanden ganz unterschiedliche Texte über Heimatverbundenheit, das Gefühl von Entwurzelung und der Angst oder der Freude über Neues, Unbekanntes.



Die Künstlerin Kathrin Ollroge hat mit ihrem Projekt mehr als 1.000 Einsichten gewonnen in diverse Lebenswelten – auch die junger Menschen.

» Wir sind hier sehr zufrieden. Der Bürgermeister ist seit 23 Jahren im Amt und ist sehr hinterher. Viele Geschäfte haben leider zugemacht, weil sie sich nicht halten konnten. Die kleinen Läden machen sie kaputt, die großen Supermärkte machen sie überall auf, das ist schon ein Thema hier, worüber man spricht.«

Bad Freienwalde, Brandenburg,
weiblich, Jg. 1936

» Ich bin hier geboren und aufgewachsen, war nur zwei Jahre zum Studium weg und habe es nicht lange woanders ausgehalten. Arbeitsmäßig ist es gerade für junge Mütter mit Kindern schwierig.

Ich hatte letzte Woche ein Vorstellungsgespräch und als Erstes wurde das Alter meiner Kinder aufgeschrieben. Ich war vor der Entbindung befristet eingestellt und jetzt suche ich wieder neu. Pendeln geht nicht wegen der Kita-Zeiten. Ich bin darauf angewiesen, vor Ort etwas zu finden.

Mein Mann ist auch sehr eingespannt. Wenn ich jetzt noch zwei Stunden Fahrzeit jeden Tag habe, fehlt die Zeit für die Kinder. Ansonsten bin ich hier zufrieden.«

Luckau, Brandenburg,
weiblich, Jg. 1987

» Der Arabische Frühling ist im deutschen Herbst angekommen. Wer den Menschen nicht zuhört und ihre Probleme nicht ernst nimmt, wie schon wiederholt in der deutschen Geschichte, in den dreißiger Jahren und in den 80er Jahren in der DDR ... immer dann, wenn keiner zuhört, wundert man sich später über das Ergebnis. Es wird eine Lawine ausgelöst, die unkontrollierbar wird, die keiner mehr stoppen kann, soll es in einer Reichskristallnacht enden? Muss es erst dazu kommen? Pegida, Magida sind der Anfang, aber man kann den Menschen in ihrer Einfachheit keinen Vorwurf machen. «

Haldensleben, Sachsen-Anhalt,
männlich, Jg. 1962

Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung gehörte zu den ersten Partnern, die die Idee der Künstlerin – in einer sehr intimen, zugewandten Art, Menschen anzuregen, sich persönlich auszudrücken – faszinierend und innovativ fanden. Das war ein Wagnis, das wir nicht bereut haben. Der *Raum für Gedanken* hat in seiner Einzigartigkeit die Menschen zuerst irritiert, wurde Gesprächsthema und dann Stück für Stück gut angenommen.

Das Projekt existiert nun seit fünf Jahren und konnte weitere Partner und Förderer überzeugen. Kathrin Ollroge reiste 2014 und 2015 durch Brandenburg und Thüringen und befragte die Menschen zum Leben mit Flüchtlingen Tür an Tür. 2016 führte sie ihr Weg nach Sachsen-Anhalt mit dem Fokus auf Nachbarschaft und Gemeinschaft und im Sommer 2016 sogar ins britische Yorkshire, um Porträts und Interviews nach dem Brexit-Votum anzufertigen. 2017 untersuchte sie Lebenswelten insbesondere junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. 2018 lag der Schwerpunkt auf dem Nordwesten Deutschlands und Polen. Dabei waren vorwiegend ländliche Gegenden und Stadtrandgebiete ihre Anlaufpunkte für Interviews und Porträts von Menschen vor Ort zu Themen des Alltags im Kontext gesellschaftlicher Veränderungsprozesse.

Es entstanden Momentaufnahmen diverser Gegenwartsbeschreibungen in Wort und Bild, die Lösungsansätze für kommunale Akteure enthalten können und auch über den regionalen Kontext hinaus das aktuelle Befinden unserer Gesellschaft dokumentieren.

Schloss Bellevue: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat Kathrin Ollroge am 2. Oktober 2018 den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen.





BB

Die Ergebnisse des Projekts können Hinweise für Kommunen und Verwaltungen geben, wie die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern ausgebaut werden kann.

Die Materialien wurden nach der Umsetzung einem breiten Publikum zugänglich gemacht, sowohl durch gedruckte Broschüren als auch durch eine Webseite. Die Dokumentationen werden in Veranstaltungen vor Ort aufgegriffen, in Ausstellungen, Lesungen, Podiumsdiskussionen eingebettet, im schulischen Rahmen, für wissenschaftliche Forschungen und Veröffentlichungen ausgewertet. Über die Webseite kann man den einmaligen Werdegang dieses Projekts nachvollziehen und weiter kommunizieren. Die Erkenntnisse sind bewusst öffentlich teilbar.

Kathrin Ollroge ist es nicht nur gelungen, Einheimische, Zugezogene, Migrantinnen und Migranten und Geflüchtete zu einer persönlichen Reflexion der

gesellschaftlichen Verhältnisse und zum Niederschreiben ihrer ganz persönlichen Gedanken zu bewegen, sondern sie konnte auch Kooperationspartner gewinnen und lokale Akteure und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vernetzen, die diese Arbeit in Informationsveranstaltungen eingebunden haben oder noch einbinden wollen. Die Ergebnisse können außerdem für Kommunen und Verwaltungen Hinweise geben, wie die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu den verschiedensten Themen des gesellschaftlichen Lebens gestaltet und ausgebaut werden kann.

Die große Akzeptanz gegenüber diesem Projekt zeigt, wie wichtig eine offene, tolerante Zivilgesellschaft ist, wo jede und jeder an gesellschaftlichen Veränderungen mitwirken und beteiligt werden kann.

Dr. Martina Weyrauch

*Leiterin der Brandenburgischen Landeszentrale
für politische Bildung*

Projektpartner:

Landeszentrale für politische
Bildung Bremen,
Initiative „Demokratie beginnt ...“,
Tu was! Zeig Zivilcourage! e. V.,
Bürgerstiftung Bremen u. a.

Laufzeit:

Juni 2018 bis Mai 2019

Aktionsorte:

unterschiedliche Stadtteile und
Quartiere des Landes Bremen

Zielgruppen:

hauptsächlich Erwachsene

Methode:

Positionierungsansatz

Homepage:

www.lzpb-bremen.de



Bremen

**Mein Herz für
Grundrechte –
ein Diskussionsangebot**

In strukturschwachen Vierteln und Quartieren vergeben Bürgerinnen und Bürger Bremens fünf Herzen an die Grundgesetzartikel, die ihnen persönlich am wichtigsten sind, und kommen dabei ins Gespräch über unsere Demokratie.

Demokratie lebt vom Vertrauen und der positiven Einstellung zu ihren Institutionen und Errungenschaften. Das Projekt *Mein Herz für Grundrechte* der Landeszentrale für politische Bildung Bremen ermöglicht auf eine niedrighschwellige Art und Weise die Auseinandersetzung mit unserem Grundgesetz und stärkt positive Assoziationen zu seinen manifestierten Rechten, insbesondere den Grundrechten aus Artikel 1–19. Neben der Visualisierung und Wissensvermittlung des im Grundgesetz festgehaltenen Wertekanons ist es das Ziel des Projekts, in vertiefenden Gesprächen mit den Teilneh-

merinnen und Teilnehmern konkrete Alltagsbezüge zum Grundgesetz herzustellen. Bereits durch eine individuelle Positionierung zu den Grundrechten unter der Fragestellung „Welche fünf Grundrechte liegen dir besonders am Herzen?“ wird eingangs eine vertiefende Wahrnehmung des Grundgesetzes angeregt.

Für das Projekt wurden auf zwei 185 x 185 cm großen Planen die Artikel 1–19 des Grundgesetzes verschlagwortet und jeweils neben einem freien weißen Feld aufgebracht. Unter dem Motto *Mein Herz für Grundrechte* werden Passantinnen und Passanten aufgefordert, fünf aufklebbare Herzen bei jenen Grundgesetzartikeln anzubringen, die sie selbst für besonders wichtig erachten. Mit der Fragestellung „Welche fünf Grundrechte liegen dir besonders am Herzen?“ und der Visualisierung durch Klebepunkte in Herzform an den bedruckten Planen wird also zunächst ein niedrighschwelliger Anreiz geschaffen, sich auf persönlicher und bildungsunabhängiger Ebene mit dem Grundgesetz auseinanderzusetzen.

Welche fünf Grundrechte liegen dir besonders am Herzen?

Die Zahl fünf ist dabei nicht zufällig gewählt, sie entspricht der Anzahl der Stimmen der Wählerinnen und Wähler bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft (Landesparlament in Bremen). Wie bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft auch können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre fünf „Stimmen“ bei einem der Grundgesetzartikel konzentrieren (kumulieren) oder auf mehrere Grundgesetzartikel verteilen (panaschieren). Die bewusste Anlehnung an das Bremer Wahlrecht soll einen zusätzlichen lokalen Bezug herstellen und übt mit Blick auf die anstehende Bürgerschaftswahl 2019 den Umgang mit fünf Stimmen ein.

Die persönliche Positionierung und Visualisierung schaffen die Ausgangsbasis dafür, Meinungen und Begründungszusammenhänge in vertiefenden Gesprächen offenzulegen. In einer solchen Reflexionsphase werden sowohl die individuellen „Lieblingsartikel“ besprochen als auch die prinzipielle Bedeutung des Grundgesetzes für unsere Demokratie diskutiert.

Neben aktuellen Ausgaben des Grundgesetzes in unterschiedlichen Sprachen werden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern begleitende Informationsmaterialien der Landeszentrale für politische Bildung zur Verfügung gestellt. Die Materialien beinhalten sowohl niedrigschwellige Angebote in Magazinform als auch anspruchsvollere Formate, z. B. umfangreiche Grundgesetzkommentare und vertiefende Publikationen zu einzelnen Artikeln.

HB

Das Grundgesetz mit seinen Grundrechten ist aktueller denn je und bietet zu den wesentlichen gesellschaftlichen Fragestellungen unserer Zeit nach wie vor alle relevanten Anknüpfungspunkte.



Projekteinsatz auf einem Bremer Stadtteilfest im September 2018.

Mein für Grundrechte!

Welche **fünf** Grundrechte liegen
Euch besonders am Herzen?

Art. 3 Grundgesetz:
Gleichheit vor dem Gesetz



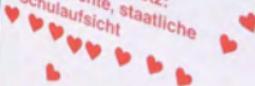
Art. 4 Grundgesetz:
Glaubens- und Gewissens-
freiheit



Art. 6 Grundgesetz:
Schutz der Ehe und Familie



Art. 7 Grundgesetz:
Elternrechte, staatliche
Schulaufsicht



Individuelle Zugänge zu unseren Grundrechten erarbeiten

In der Umsetzung des Projektes konnten bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern häufig erfreulich intensive Nachdenkphasen beobachtet werden, wenn es darum ging, „ihre“ fünf Grundrechte auszuwählen. Nicht selten entstanden in dieser Zeit Nachfragen nach der Bedeutung weniger bekannter Grundgesetzartikel. Viele Teilnehmer nahmen sich die Zeit, einzelne Artikel nachzuschlagen und in Gesprächen untereinander zu diskutieren. In diesem Zusammenhang erklärten viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass sie das Projekt als guten Anlass empfanden, sich wieder einmal fokussiert mit dem Grundgesetz auseinanderzusetzen und sich einzelne Grundrechte zu vergegenwärtigen.

Viele waren darüber hinaus überrascht, dass aktuelle Fragestellungen des modernen Zusammenlebens bereits im Grundgesetz aufgegriffen wurden. Als Beispiel hierfür kann das Verhältnis zwischen den individuellen Freiheiten des Einzelnen und dem Gesamtwohl der Gesellschaft genannt werden. Das gemeinschaftliche Lesen und Besprechen der mit-

unter sehr verdichteten und abstrakten Grundgesetz-artikel halfen vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern dabei, selbständig aktuelle Bezüge zu ihrem Alltag herzustellen. Teilnehmende mit Migrationshintergrund nahmen in den Gesprächen über die Grundrechte in Deutschland oft eine vergleichende Perspektive ein und erzählten von den politischen Rechten in anderen Ländern. Besondere Beachtung fanden in solchen Diskussionszusammenhängen die im Grundgesetz verankerten Rechte auf Versammlungs-, Meinungs- und Glaubensfreiheit.

Das Projekt *Mein Herz für Grundrechte* wurde auf unterschiedlichen Stadtteilstesten bzw. zu quartier-spezifischen Anlässen umgesetzt. Anliegen war es,

HB

Ziel ist es, einen individuellen Bezug zum Grundgesetz herzustellen und für eine positive, eigenverantwortliche und aktive Grundhaltung zur Demokratie zu werben.



Kinder und Jugendliche beim Stadtteilstift: Demokratie kennt kein Mindestalter.

ein niedrighschwelliges Diskussionsangebot in jenen Stadtteilen und Quartieren Bremens zu schaffen, die mit klassischen Angeboten politischer Bildung nicht erreicht werden. Als Hauptzielgruppe wurden im Vorfeld alle erwachsenen Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadtteile identifiziert. Die Erfahrungen der Projektmitarbeiter zeigten aber, dass das Projekt auch bei Kindern und Jugendlichen auf großes Interesse stieß.

Umgesetzt wurde das Projekt gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partnern, die sich neben der

Landeszentrale für politische Bildung in der Initiative „Demokratie beginnt ...“ in Bremen zusammengefasst haben. Das Projekt lief von Juni bis September 2018 in unterschiedlichen Stadtteilen und Quartieren des Landes Bremen, darunter u. a. im Stadtteil Obervieland (Mai 2018), in den Stadtteilen Tenever und Huchting (Juni 2018), im Stadtteil Gröpelingen und im Quartier Peterswerder (Juli 2018), im Stadtteil Horn-Lehe (August 2018) sowie in den Stadtteilen Neue Vahr und Stadtmitte (September 2018). Das Projekt richtete sich gezielt an Bewohnerinnen und Bewohner in unterschiedlich strukturierten, sozial und sozioökonomisch anspruchsvollen Stadtteilen und Quartieren im Land Bremen. Adressiert wurden in erster Linie Erwachsene.

Das Projekt *Mein Herz für Grundrechte* war darüber hinaus eingebunden in das Konzept eines „Demokratie-Marktplatzes“, der durch unterschiedliche Initiativen, Vereine und Verbände im Land Bremen realisiert wird. Gemeinsames Ziel der Kooperationspartner der Initiative ist es, auf die aktuelle Gefährdungslagen der demokratischen Grundordnung durch antidemokratische Kräfte in Deutschland und

Europa hinzuweisen und für eine positive, eigenverantwortliche und aktive Grundhaltung zur Demokratie zu werben.

Die Initiative „Demokratie beginnt ...“ wurde 2017 unter Schirmherrschaft des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft und des Präsidenten des Senates gegründet. Neben der Landeszentrale für politische Bildung Bremen wird die Initiative durch zwei weitere Kooperationspartner aktiv unterstützt: Der Verein „Tu was! Zeig Zivilcourage!“ trägt zur Durchsetzung der Ziele mit Erfahrungen aus sogenannten Demokratie-Picknicks bei. Die „Bürgerstiftung Bremen“ verfügt über Knowhow aus langjährigem zivilgesellschaftlichen Engagement und entsprechenden Netzwerken in Bremen.

Dr. Thomas Köcher

Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Bremen

Lisa Peyer

*Referentin für die Erhöhung der Demokratiefähigkeit,
der Wahlbeteiligung und für Partizipation*

Projektpartner:

Landeszentrale für politische Bildung Hamburg
mit diversen lokalen Akteuren

Laufzeit:

seit Beginn des Jahres 2018 – fortlaufend

Aktionsorte:

Pilotprojekt im Bezirk Harburg, Ausweitung auf
alle anderen Bezirke der Freien und Hansestadt
Hamburg im Verlauf des Jahres 2019

Zielgruppen:

Jugendliche aus unterschiedlichen Milieus,
ihre Eltern und Großeltern, vor Ort aktive
Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Methoden:

strukturierter Dialog mit Jugendlichen und
Erwachsenen, Planspiele, Ausstellungs-
entwicklung und -begleitung

Homepage:

www.hamburg.de/politische-bildung



Hamburg

#VielfältigeNachbarschaft
für ein multiperspektivi-
sches Miteinander



Demokratische Willensbildungsprozesse sind keine abstrakte Zumutung, sondern die Voraussetzung für eine friedvolle und vielfältige Nachbarschaft – ein multiperspektivisches Miteinander, an dem die Landeszentrale gemeinsam mit Akteurinnen und Multiplikatoren in den sieben Hamburger Bezirken arbeitet.

#VielfältigeNachbarschaft

Wie gelingt die gesellschaftliche Integration von Menschen unterschiedlichster nationaler, religiöser und ethnischer Herkunft in einer globalisierten Welt, die weltweit mit enormen Problemen und Unsicherheiten – Kriegen, Umweltkatastrophen, massiver sozialer Ungleichheit – konfrontiert ist? Nicht erst die vielfach als „Flüchtlingskrise“ wahrgenommene Situation in Deutschland seit dem

September 2015 ist Folge jener weltpolitischen Verwerfungen.

Zu bedenken ist, dass die Integration von Menschen, die neu sind in Deutschland, vor Ort in der eigenen Nachbarschaft, nämlich im städtischen bzw. ländlichen Raum, stattfindet. Im Hamburger Fall sind das die sieben Bezirke Hamburg-Mitte, Altona, Eimsbüttel, Hamburg-Nord, Wandsbek, Bergedorf und Harburg. Der Prozess des Hineinwachsens in die deutsche Gesellschaft gelingt vielfach – kann aber auch scheitern.

Dies ist der Hintergrund unseres Pilotprojekts *#VielfältigeNachbarschaft* im Bezirk Harburg. Unsere Fragen lauten: Welche Beiträge kann die politische Bildung in Hamburg leisten, um die Chancen und Probleme, die mit einer vielfältigen Nachbarschaft – im Bezirk Harburg sind dies Menschen aus fast 150 Nationen, mit großen türkeistämmigen und deutsch-russischsprachigen Gruppen – verbunden sind, produktiv zu bearbeiten respektive zu nutzen? Wie halten es alte und neue Harburgerinnen und Harburger mit dem Grundgesetz und der Demokratie in Deutschland, etwa der grundgesetzlich

verankerten Religionsfreiheit und der Gleichstellung von Mann und Frau? Welche Bedeutung haben globale Probleme gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Bezirken, etwa Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie und Rassismus? Wie nehmen sich die vielfältigen Nachbarschaften wechselseitig wahr, welche Bedeutung und Reichweite besitzen institutionelle Rahmungen und Angebote, um Integrationsprozesse, Respekt und Toleranz zu befördern?

Das Pilotprojekt läuft seit Januar 2018, ein Ende ist nicht absehbar. Im Laufe des Jahres 2019 soll es auf alle sieben Hamburger Bezirke erweitert werden. Es soll junge ebenso wie ältere Menschen vor Ort unterstützen, einerseits das Grundgesetz als rechtliche Basis von Demokratie in Deutschland kennenzulernen oder wiederzuentdecken, andererseits demokratische Willensbildungsprozesse nicht als abstrakte Zumutung, sondern als alltägliche Voraussetzung für ein friedvolles und vielfältiges Miteinander in der eigenen Nachbarschaft zu begreifen.

Hintergrund und Ziele

Den methodischen Anstoß bietet der „Strukturierte Dialog mit der Jugend“, der gemäß der Entschlie-ßung des Europäischen Rats im Jahr 2009 als Beteiligungsinstrument der verbindlichen EU-Jugendstrategie eine innovative Form für den Austausch zwischen Jugend und Politik vorschlägt. Die EU begegnet mit diesem Politikansatz der Frage, wie Jugendliche stärker und verbindlicher in die EU-Politik einbezogen werden können. Die Antwort: Junge Leute sollen mit ihren Anliegen, Ideen und Interessen nicht nur ernst genommen werden, sie sollten – wo immer dies möglich ist – bei der Entwicklung von Bildungsangeboten von Anfang an mitgenommen werden.

Der strukturierte Dialog ist aber auch anwendbar auf erwachsene Zielgruppen. Im Zentrum einer handlungsorientierten Institutionenbegegnung steht ein Dialog, der die vor Ort handelnden Akteure – Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wie auch ihre Zielgruppen – dazu motiviert, sich untereinander zu vernetzen, auch über digitale Medien. Auf diese Weise soll die Reichweite von Partizipationsange-

Entscheidend ist, dass der Alltag und die Lebenswelten der Menschen vor Ort ernst genommen werden.

boten erhöht und etablierte Projektformate weiter- oder neu entwickelt werden. Erfahrungen im Umgang mit Peer Education, der didaktische Befund, dass beim Einsatz jugendlicher Multiplikatorinnen und Multiplikatoren die Wirkung von Maßnahmen politischer Bildung maßgeblich erhöht wird, fließen ebenfalls mit ein: Jugendgerechte Sprache, die Nutzung digitaler Medien sowie alltagsnahe Ansatzpunkte schaffen eine Atmosphäre, die es Jugendlichen erleichtert, sich auf Politik einzulassen. Auch diese Erfahrungen sind für erwachsene Zielgruppen anwendbar.

Die Dialogformate beziehen sich somit vor allem auf den Austausch zwischen den jeweiligen Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Selbst wenn allein Jugendliche die eigentliche Zielgruppe sind, müs-

sen ihre Eltern oder auch Großeltern ebenfalls miteinbezogen werden. Entscheidend ist, dass der Alltag und die Lebenswelten der Menschen vor Ort ernst genommen werden.

Außerdem sind die Erfahrungen der Landeszentrale mit der Entwicklung und Umsetzung von Politiksimulationen für das Projekt attraktiv: Bei Planspielen werden die Teilnehmenden gebeten, sich in unterschiedliche politische Szenarien und Fragestellungen hineinzusetzen, um bestimmte Rollen zu verkörpern und nach vorgegebenen Regeln Positionen zu vertreten und für die jeweiligen Meinungen zu argumentieren – es müssen nicht zwingend die eigenen sein. Ziel ist stets, eine Lösung für die gestellte Kontroverse zu finden. Einblicke in konkrete Entscheidungsabläufe und Politikfelder werden so greifbarer und leichter zu durchschauen. Die Mitwirkenden begreifen, dass Politik nichts ist, was sich auf „die da oben“ beschränkt, sondern auch sie persönlich einschließt.

Bislang existieren zwei von der Landeszentrale entwickelte Planspiele („Jugend im Bezirk – Mitmachen, Einmischen, Ändern!“ und „Geflüchtete in Hamburg-

Elbstedt“ in Zusammenarbeit mit Prof. Stefan Rappenglück, Hochschule für angewandte Wissenschaften in München), die als Materialgrundlage und Anregung zur Vorbereitung und Durchführung von Dialogformaten in den Bezirken geeignet sind.

In der Kooperation mit dem Bezirksamt Harburg (Fachamt für Sozialraummanagement und Fachamt für Jugend- und Familienhilfe) als Pilotregion kann die EU-Jugendstrategie auf kommunaler Ebene verankert und etabliert werden, zugleich werden der strukturierte Dialog und die Politiksimulation gemeinsam von der Landeszentrale und dem Bezirksamt Harburg entwickelt.

Zwischenfazit: Wir setzen den strukturierten Dialog für regionale und lokale Politik- und Aktionsfelder politischer Bildung in Hamburg um. Wie sich am Beispiel des Bezirks Harburg schnell zeigte, ist die Erkundung der jeweiligen lokalen und teilweise stark voneinander abweichenden Verhältnisse und Rahmenbedingungen vor Ort unabdingbar, denn die Formate sollen den jeweiligen Bezirken keinesfalls einfach übergestülpt werden.

Individuelle Ausgangs- und Problemlagen: „Gemalte Freiheit“ – das Beispiel Harburg

Im Vergleich zeigen die sieben Hamburger Bezirke ein heterogenes Bild. Deshalb muss die Situation und Problemlage vor Ort jeweils ausführlich eruiert werden. Für den Bezirk Harburg mit seinen derzeit rund 165.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist die Aufgabenstellung, konstruktiv mit der Vielfalt der Herkunft, einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Menschen mit geringem Einkommen und der Konzentration von Haushalten mit größerem Unterstützungsbedarf umzugehen. Gleichzeitig hat der Bezirk in einem partizipativen Prozess einen „Harburger Integrationsrat“ und das Leitbild „Zusammenleben in Vielfalt“ entwickelt und konkrete Maßnahmen umgesetzt.

Die erste Anlaufstelle für uns war das Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit des Bezirksamts, unter dessen Dach zentrale lokale Akteure arbeiten. Dazu zählen etwa aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zwei „lokale Partnerschaften“ im Bezirk und der schon erwähnte Harburger Integrati-

onsrat. Diese werden im Dezernat vom Fachamt für Sozialraummanagement koordiniert und mit den vielen Akteuren und ehrenamtlichen Initiativen in Harburg vernetzt. Hinzu kommen weitere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die etwa in Einrichtungen der Jugendarbeit oder in Wohnunterkünften für geflüchtete Menschen aktiv sind. Weitere potenzielle Kooperationspartner sind die in Hamburg seit einigen Jahren etablierten regionalen Bildungskonferenzen wie auch in den Bezirksversammlungen engagierte Akteure.

Das Pilotprojekt setzt damit einerseits auf diverse Veranstaltungen, die im Sinne des strukturierten Dialogs im Jahr 2019 in Harburg stattfinden werden. Andererseits wird derzeit gemeinsam mit Professor Stefan Rappenglück und mit Akteuren vor Ort die Politiksimulation „Vielfältige Nachbarschaft: Jugendliche in Harburg“ entwickelt, die entsprechende Dialogformate anregen und unterstützen soll.

Weitere Partner konnten wir gewinnen, als die Landeszentrale dazu eingeladen wurde, das von der Harburger Rechtsanwältin und Mediatorin Ulrike Hinrichs und dem Bezirk entwickelte Projekt

„Gemalte Freiheit“ zu unterstützen. Es hat sich zur Aufgabe gemacht, mit Menschen unterschiedlicher Generationen, Herkunft und Milieus zusammenzuarbeiten und sich mit den im Grundgesetz verankerten Grundrechten aller Menschen in Deutschland persönlich und künstlerisch in historischer Perspektive auseinanderzusetzen. Der Ausgangsgedanke war, dass das Grundgesetz als wichtigster Ankerpunkt unserer gesellschaftlichen Grundwerte gerade in Zeiten neuer Problemlagen und polari-

HH

Kunst schafft Begegnung und respektiert Vielfalt.

sierender Wertekonflikte für die Zukunft der Demokratie eine überragende Bedeutung besitzt. Gleichzeitig zeigen empirische Untersuchungen quer durch die Republik, dass viele Menschen in Deutschland sich nicht mehr gehört fühlen und politik- bzw. demokratieverdrossen sind.



„Deutschlandherz“
 von Samera Al Khafage
 für das Projekt
 „Gemalte Freiheit“.



Beitrag „Überwachung“ von
 Sonja Alphonso
 für das Projekt
 „Gemalte Freiheit“.

Hier knüpfte das Projekt an: Mit dem experimentellen Kunstprojekt waren alle Harburger und Harburgerinnen aufgerufen, ihren Blick auf das Grundgesetz künstlerisch zu gestalten. Was etwa verstehen sie unter Meinungsfreiheit oder Gleichberechtigung? Wie halten sie es mit der Religionsfreiheit? Haben sie überhaupt Kontakt zueinander – oder leben sie trotz räumlicher Nähe innerhalb der eigenen Nachbarschaft in Distanz?

Deshalb wurden die Teilnehmenden gebeten, einen Artikel des Grundgesetzes aus ihrer jeweiligen individuellen Perspektive künstlerisch darzustellen. Entstanden ist eine kreative Mischung von Live-performance über Skulpturen, Gemälde und Collagen bis zu Fotografie, Film und Musik. An den Workshops haben Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten, Rentnerinnen und Rentner, Studentinnen und Studenten, Berufstätige, Erwerbslose, psychisch Erkrankte, Profikünstlerinnen und -künstler und künstlerische Laien teilgenommen.

Deutlich wurde: Kunst schafft Begegnung und respektiert Vielfalt. Schon während der begleitenden Workshops kamen die Beteiligten in einen

kontroversen Dialog über aktuelle grundrechtsrelevante Themen. Die Werke wurden anschließend in einer Ausstellung mit künstlerischer Führung der Öffentlichkeit präsentiert. Die Arbeiten sollen zukünftig auf Wanderschaft gehen und andere Menschen dazu anregen, sich auf ähnliche Weise mit dem Thema auseinanderzusetzen. Der gewählte Ansatz ist niedrighschwellig und benötigt nur geringe (aktive) sprachliche Fähigkeiten.

So zeigte das Auftaktprojekt, wie produktiv es sein kann, Kunst und politische Bildung miteinander zu verbinden, ganz im Sinne der Bedeutung von Kontroversität, Multiperspektivität und Teilnehmendenorientierung. Ganz im Sinne von Beutelsbach wird Demokratie auf diese Weise nicht nur als Gegenstand politischer Bildung, sondern auch als dessen Prinzip verstanden.

Ausblick

Alle Anstrengungen der Landeszentrale, in Harburg oder anderswo entsprechende Dialogformate zu entwickeln, etablierte Formate zu unterstützen und

zu fördern, würden ins Leere laufen, wenn nicht die ohnehin vor Ort aktiven Partner und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren einbezogen würden.

Die neu entstandenen Netzwerke sollen weiter wachsen. Die Landeszentrale für politische Bildung Hamburg wird die Harburger Erfahrungen mit Beginn des Jahres 2019 in allen Hamburger Bezirken zur Entwicklung und Umsetzung von Dialogformaten unter dem Motto *#VielfältigeNachbarschaft* einbringen. Das Projekt bietet ein Höchstmaß an konzeptioneller Offenheit – insofern sind wir darauf gespannt, wie es sich weiterentwickelt.

HH

Dr. Sabine Bamberger-Stemann

Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg

Dr. Jens Hüttmann

stellvertretender Direktor

Abut Can

Wissenschaftlicher Referent, Migration und Integration

Projektpartner:

Hessische Landeszentrale für politische Bildung,
Sozialstiftung des Hessischen Fußballs

Laufzeit:

unbefristet seit 2012

Aktionsorte:

dezentrale hessenweite Umsetzung

Zielgruppen:

alle Akteure, die im und rund um den
Fußball aktiv sind (Vorstand, Betreuerinnen
und Betreuer, Spielerinnen und Spieler, Eltern,
Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter)

Methoden:

Multiplikatorenschulungen, Workshops,
Kampagne, Vernetzung, Prävention, Konflikt-
management, Mediation

Homepage:

www.fairplay-hessen.de





Hessen

Fair Play Hessen
gegen Diskriminierung
und Gewalt im Fußball

***Fair Play Hessen* ist ein moderiertes Netzwerk gegen Diskriminierung und Gewalt und ermutigt die Akteure in Fußballvereinen zum Engagement für Integration und Respekt.**

Die Geschichte von *Fair Play Hessen* begann bereits im Jahr 2002, als der Hessische Fußballverband (HFV) gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern das Projekt „ballance 2006“ ins Leben rief und als „ballance-hessen“ bis 2011 fortsetzte. Der Hessische Fußballverband gründete parallel im Jahr 2007 die Sozialstiftung des Hessischen Fußballs, die Trägerin von *Fair Play Hessen* ist. Die Arbeit von „ballance-hessen“ wurde dann durch die Stiftung ab 2012 unter dem Namen „Fair Play Forum“ weitergeführt. Anfang 2019 wurde aus dem „Fair Play Forum“ schließlich *Fair Play Hessen*.

Mit der Gründung und Unterstützung dieser Stiftung trägt der HFV seiner sozialpolitischen Verant-

wortung Rechnung. Das Stiftungskapital stammt aus dem Erlös der FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2006, den der Deutsche Fußball-Bund auf seine 21 Landesverbände verteilte. Weitere Gelder fließen aus Strafen, die von den Rechtsinstanzen des HFV verhängt werden. Dies betrifft rund zehn Prozent der jährlichen Einnahmen in diesem Bereich. Damit soll ein sportpolitisches Zeichen gesetzt werden: Der Verband verwendet seine Einnahmen aus den Strafen zur Prävention von Gewalt. Die Sozialstiftung akquiriert Mittel auch von dritter Seite, möchte dies im Sinne ihres Stiftungszweckes ausbauen und setzt auf die Unterstützung aus der Wirtschaft, der öffentlichen Hand und von Privatpersonen mit einem besonderen Bezug zum Fußball. Treue Förderer sind das Hessische Ministerium des Innern und für Sport sowie die Hessische Landeszentrale für politische Bildung, die gesondert die Kampagne „Nein! zu Diskriminierung und Gewalt“ unterstützt. Die Unterstützung durch und die Kooperation mit der Politik sind enorm wichtig und sehr zielführend, da wir einen gemeinsamen gesellschaftspolitischen Auftrag haben.

Die Sozialstiftung hat sich die Durchführung und Förderung von sozialen Aktivitäten im Fußball, insbesondere Maßnahmen zur Gewaltprävention, Integration und für Fair Play, zum Ziel gesetzt und zu diesem Zweck *Fair Play Hessen* ins Leben gerufen. Unter dem Dach von *Fair Play Hessen* werden somit alle sozialen Aktivitäten der Sozialstiftung des Hessischen Fußballs und des Hessischen Fußballverbandes gebündelt. Darüber hinaus bündelt *Fair Play Hessen* auch alle Aktivitäten von Partnerinnen und Partnern in Hessen, die sich rund um das Thema Fair Play engagieren, und bietet eine Plattform zur Kommunikation.

Zielgruppe, Netzwerk und Themen

Das Angebot richtet sich insbesondere an die ungefähr 500.000 Mitglieder (Spielerinnen und Spieler, Trainerinnen und Trainer, Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter, Vorstände) des HFV, die in mehr als 2.100 Vereinen organisiert sind. Darüber hinaus sind aber auch andere Institutionen, die sich rund um Fair Play im Fußball engagieren, herzlich eingeladen, Teil des Netzwerks zu werden. Somit erreichen wir

eine sehr breite Zielgruppe aller gesellschaftlichen Schichten, jeden Alters, Geschlechts und jeder Herkunft – sowie Menschen mit und ohne Behinderung.

Die „Netzwerkarbeit“ ist eine Querschnittsaufgabe: Wir bieten ein Angebot und ein Dach für alle Akteurinnen und Akteure rund um den Fußball, die sich für Fair Play engagieren möchten. Wir bieten ihnen eine Plattform zum Austausch und tragen dazu bei, dass Win-win-Situationen im Sinne des Fair Play entstehen.

Die präventiven Maßnahmen und Angebote sind in die Bereiche „Gewaltprävention“ sowie „Bildung und Teilhabe“ gegliedert. Natürlich können auch mit Hilfe dieser Maßnahmen nicht alle Gewalt- und Diskriminierungssituationen verhindert werden. Darum gibt es das Feld „Intervention“, dessen Maßnahmen aber zeitgleich auch eine präventive Wirkung haben.

Neben diesen wenigen negativen Beispielen, die einer intervenierenden Maßnahme bedürfen, gibt es jedoch sehr viele positive. Diese ehren wir entsprechend und möchten sie als Good-Practice-Beispiele kommunizieren. Dies geschieht unter dem Themenkomplex „Auszeichnungen“.



Sportliche Integration von Flüchtlingen mit HFV-Präsident Stefan Reuß (stehend, 2. v. rechts) und dem DFB-Integrationsbeauftragten Cacau (stehend, 4. v. links).



HE



Der DFB-Integrationsbeauftragte Cacau (li.) mit Jürgen Kerwer von der Landeszentrale (re.) sowie Stefan Reuß, HFV-Präsident und Vorsitzender der Sozialstiftung des Hessischen Fußballs (2. v. re.), bei der Würdigung hessischer Fair-Play-Vorbilder in der Saison 2017/2018.

Methoden

Bei der Vorbereitung und Umsetzung der Maßnahmen vor Ort bieten wir unterschiedliche Unterstützungsleistungen an. Je nach Maßnahme kann es sich um die Schulung von Teamern handeln (Straßenfußball für Toleranz), um die Entsendung von Expertinnen und Experten (Konfliktmanagement) oder um die Vermittlung der Umsetzungs-



HE

Immer gut besucht: die Veranstaltung Straßenfußball für Toleranz.

konzeption (Fair Play am Spielfeldrand). Jährlicher Höhepunkt ist das Forum „Netzwerktreffen“, zu dem alle Partnerinnen und Partner zentral in die Sportschule Grünberg eingeladen werden. Dort wird im Plenum eine Übersicht zum Stand des Projekts und der hessenweiten Aktivitäten gegeben und werden Themenworkshops sowie Schnuppermodule angeboten. Außerdem findet in diesem Rahmen die Fair-Play-Ehrung statt. Natürlich stehen wir unseren Partnerinnen und Partnern bei individuellen Fragen auch beratend und unterstützend zur Seite.

Die aktuelle Konzeption wurde mit einer fachlichen Begleitung durch externe Expertinnen und Experten entwickelt und verfolgt das strategische Ziel, deutlich mehr Vereine zur Beteiligung am Projekt zu ermutigen. „Fair-Play-Partner“ wird, wer sich auf der Basis unserer Präambel öffentlich zu Respekt und Fair Play bekennt. Die Unterstützungsangebote zur Umsetzung geeigneter Maßnahmen und Themenfelder können je nach Bedarf im Rahmen der Partnerschaft in Anspruch genommen werden. Die aktuellen Entwicklungen und Neuerungen können auf der Webseite verfolgt werden.

Christine Kumpert

Geschäftsführerin der Sozialstiftung des Hessischen Fußballs

Jürgen Kerwer

*Referatsleiter bei der Hessischen Landeszentrale
für politische Bildung*

HE

Projektpartner:

Landeszentrale für politische Bildung
Mecklenburg-Vorpommern und Landes-
beauftragte für Mecklenburg-Vorpommern
für die Aufarbeitung der SED-Diktatur

Laufzeit:

seit 2008 fortlaufend

Aktionssorte:

alle Städte und Gemeinden des
Landes Mecklenburg-Vorpommern

Zielgruppen:

alle Bürgerinnen und Bürger des Landes,
insbesondere Einwohnerinnen und Einwohner der
kleineren Städte und Gemeinden, Schülerinnen
und Schüler, Auszubildende und Lehrkräfte

Methoden:

Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern,
spielerische Formate, Beratungen, Publikations-
bereitstellung, Durchführung von Planspielen

Homepage:

www.demokratie-auf-achse.de



Mecklenburg-Vorpommern

Demokratie auf Achse –
ein mobiles Projekt- und
Beratungsangebot



In dünn besiedelten Regionen erreicht die Landeszentrale Mecklenburg-Vorpommern die Menschen direkt in ihrem Lebensumfeld und schafft Gelegenheiten, über Themen zu diskutieren, die viele beschäftigen – wie etwa die DDR-Vergangenheit des Landes.

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Flächenland: Über die Hälfte der Bevölkerung lebt in Gemeinden, die weniger als 10.000 Einwohner haben. Das Land hat die mit Abstand geringste Bevölkerungsdichte aller deutschen Bundesländer. Nur 69 Menschen wohnen durchschnittlich auf einem Quadratkilometer. Politische Bildung kann sich deshalb nicht darauf beschränken, ihre Angebote nur in den Zentren zu verankern. Sie muss „hinaus zu den Leuten“. Deshalb ist die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern schon seit über zehn Jahren mit einem mobilen Projekt- und Beratungs-

angebot im Land unterwegs: Der Demokratiebus *Demokratie auf Achse* soll Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, sich vor Ort über Politik und Geschichte zu informieren und gemeinsam ins Gespräch zu kommen. Hierfür machen die beiden Projektbetreuer und der Busfahrer auf Schulhöfen und Marktplätzen im ganzen Land halt.

Demokratie auf Achse ist ein Angebot für all jene im ländlichen Raum, in deren Umfeld aus strukturellen Gründen sonst nur wenige Projekte und Veranstaltungen der politischen Bildung stattfinden. Insbesondere in kleineren Städten oder gar Dörfern erreicht das Bus-Team durch die öffentliche Präsenz sehr unterschiedliche Bevölkerungsschichten, vor allem aber Menschen, die üblicherweise kaum Berührungspunkte mit Politik oder der politischen Bildung haben. Die zahlreichen Gespräche vor Ort zeigen, wie wichtig es ist, ganz grundsätzlich „ins Gespräch“ zu kommen. Welche Themen den Menschen wichtig sind, welche Probleme sie haben, wie Politik und Demokratie wahrgenommen werden, erschließt sich hier ganz praktisch. In Kooperation mit der Landesbeauftragten für die



Der Demokratiebus „auf Achse“.

Aufarbeitung der SED-Diktatur berät das Bus-Team zudem bei der Antragstellung auf Einsichtnahmen in die Akten des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR. Die damit verbundenen Gespräche zur DDR-Geschichte eröffnen neben der historisch notwendigen Aufarbeitung der SED-Diktatur zu- meist Zugänge, um auch gegenwärtige Problemlagen zu diskutieren und das demokratische Bewusstsein zu schärfen.

Im Gespräch über Politik und Geschichte

Von großer Bedeutung ist, dass die Bürgerinnen und Bürger mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ins Gespräch über Politik kommen – dabei auch ihren Unmut abladen – und Fragen stellen. Das Zuhören ist genauso wichtig wie das Erklären. Die Anforderungen an das Bus-Team sind daher hoch. Neben dem fachlichen Wissen sind auch Einfühlungsvermögen und Geduld gefragt. Die Arbeit erfolgt zudem nach den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses und ist streng überparteilich ausgerichtet.

MV

An Bord des Busses befindet sich ein stetig aktualisierter Auszug des umfangreichen und kostenfreien Informations- und Publikationsangebots der Landeszentrale sowie der Landesbeauftragten. Das Bus-Team hat zudem stets kleinere Spiele parat (Quiz, Bodenpuzzle etc.), um einen ersten Zugang zu den Bürgern zu erreichen. Eine Besonderheit war im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 der Einsatz des analogen Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Das millionenfach gespielte interaktive Tool der BpB wurde nicht am



Bürgerinnen und Bürger im Gespräch über Politik, Neustrelitz 2017.

Bildschirm, sondern auf den Marktplätzen öffentlich gespielt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger konnten mit Hilfe von Aufklebern ihre Zustimmung oder Ablehnung zu insgesamt 38 Thesen an Plakatwänden zum Ausdruck bringen. Anschließend wurde das Ergebnis an Bord des Busses ausgedruckt. Der Wahl-O-Mat wurde rege genutzt und rief durchweg positive Reaktionen bei den Bürgerinnen und Bürgern hervor, die untereinander zu den verschiedenen Thesen zum Teil intensiv und

lange diskutierten. Ein überdimensionaler Briefkasten mit der Aufschrift „Ich bin eine Wahlurne!“ wies zudem unübersehbar auf die Möglichkeit der Briefwahl hin.

Politikunterricht mal anders: Projekttag an Schulen

Für Schulen und andere Bildungseinrichtungen bietet das Bus-Team Projekttag an, in denen vor allem Planspiele zu verschiedenen Themen umgesetzt werden. Im sehr häufig gebuchten Planspiel „Wahlen“ beispielsweise bekommen die Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit, in die Rolle einer Politikerin bzw. eines Politikers zu schlüpfen. Sie „gründen“ eigene Parteien und überlegen sich, wofür ihre Partei inhaltlich stehen soll. Hierzu gehören die Erstellung eines eigenen Wahlprogramms, eines Parteinamens und die Wahl einer Spitzenkandidatin oder eines Spitzenkandidaten. Außerdem überlegt sich jede Partei ein aussagekräftiges Wahlslogan, das vom *Demokratie-auf-Achse*-Team auf individuelle Wahlplakate gedruckt

wird. Danach stellen sich alle gegründeten Parteien mit ihrem Wahlprogramm vor, wobei jede Partei sich im Anschluss den kritischen Fragen der anderen stellen muss. Hier geht es um den politischen Wettstreit der Parteien, um die Gunst des Wählers. Die Schülerinnen und Schüler müssen darauf achten, sich inhaltlich mit den Argumenten der anderen Parteien auseinanderzusetzen. Dabei wird besonderer Wert auf eine sachliche und faire Diskussionskultur gelegt. Am Schluss wird im Klassenverband unter Berücksichtigung der klassischen Wahlgrundsätze gewählt. Einige Schulen haben dieses Planspiel mittlerweile fest in ihren Lehrplan aufgenommen und laden den Bus regelmäßig ein. Andere Lehrerinnen und Lehrer haben es selbständig adaptiert und verwenden es in ihrem Unterricht.

Das Bus-Team hat daneben weitere Planspiele im Angebot, die nach Absprache mit den Lehrkräften eingesetzt werden können. So werden zum Beispiel Sitzungen einer Gemeindevertretung oder des Landtages simuliert. Im Planspiel „Flüchtlinge willkommen?“ diskutieren Bürgerinnen und Bürger der fiktiven Gemeinde Seestadt in Rahmen einer Einwohnerversammlung über die Aufnahme von Flüchtlingen.

Politische Bildung muss „hinaus zu den Leuten“!

Beim Planspiel „Akronia“ beschäftigen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Frage, was passiert, wenn Macht ungerecht verteilt ist. Im fiktiven Land „Akronia“ haben sich die Machtverhältnisse zugunsten einer einzigen Partei verschoben. Die Schülerinnen und Schüler werden in fünf verschiedene gesellschaftliche Gruppen eingeteilt, die von Anfang an ungleiche Machtchancen besitzen. Die Schüler und Schülerinnen müssen sich in dieser Situation zurechtfinden und miteinander interagieren. Dabei liegt es in ihrer Hand, in welche Richtung sich das Land entwickelt. Oft zeigt sich hierbei, dass zu viel Macht automatisch zu Machtmissbrauch führt. Anhand der persönlich im Spiel gemachten Erfahrungen kann vermittelt werden, durch welche Wirkungsmechanismen ein politisches System von einer Demokratie in eine Diktatur kippen kann. Darauf aufbauend, kann im Anschluss mit den Schülerinnen

und Schülern über die Funktionsweisen von Diktaturen diskutiert werden. Hierbei wird insbesondere Bezug auf die DDR sowie auf die Rolle und Funktion des Ministeriums für Staatssicherheit genommen.

Diese Projektstage sind durch ihren besonderen didaktischen Ansatz eine Abwechslung und Bereicherung für die Schülerinnen und Schüler. Vor allem aber stellen sich erfahrungsgemäß sehr schnell erstaunliche Lerneffekte ein.

Demokratiebus auch künftig „auf Achse“

Im Jahr 2018 feierte *Demokratie auf Achse* den zehnten Geburtstag. Seit Bestehen hat der Demokratiebus weit mehr als 170.000 km zurückgelegt. Mit mehr als 500 Projekttagen an Schulen und Bildungseinrichtungen und über 300 besuchten öffentlichen Plätzen wurden fast 30.000 Schülerinnen und Schüler sowie 15.000 Bürgerinnen und Bürger erreicht. Allein im Jahr 2017 führte das Bus-Team 57 Projektstage durch, an denen über 2.100 Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende aus zehn Nationen im Alter zwischen 13 und 40 Jahren teilnahmen.

Für die Landeszentrale für politische Bildung ist das Projekt mittlerweile ein zentrales und nicht mehr wegzudenkendes Angebot der politischen Bildung im Land. Methodisch und inhaltlich wurde der Demokratiebus kontinuierlich weiterentwickelt. Das Projekt hat durch seine öffentliche Präsenz dazu beigetragen, die Auseinandersetzung mit Grundfragen der Demokratie stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rufen. In einigen Kommunen des Landes spielte besonders die Funktion des Projekts, Präsenz zu zeigen und öffentliche Räume zu „besetzen“, eine wichtige Rolle. Nach wie vor ist dieses Serviceangebot – neben den kostenfreien Publikationen – ein Magnet, der viele Interessierte an den Bus zieht. Die Landeszentrale ist daher sehr optimistisch, dass der Demokratiebus ihr auch die nächsten zehn Jahre als Außenstelle „auf Achse“ dienen wird.

MV

Jochen Schmidt

*Direktor der Landeszentrale für politische Bildung
Mecklenburg-Vorpommern*

Projektpartner:

Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, Landesjugendring Niedersachsen e. V., Zentrum Demokratische Bildung

Laufzeit:

September 2018 bis mindestens September 2020

Aktionsorte:

überall in Niedersachsen

Zielgruppen:

Jugendliche und junge Erwachsene, alle an Demokratie Interessierten

Methoden:

Peer-to-Peer, Entwicklung und Erkundung digitaler Bildungsrouten

Homepage:

www.spot-on-niedersachsen.de



A stylized map of Germany is shown in the background, with a white rectangular box overlaid on the northern part of the country. The box contains text and two horizontal lines. The map is rendered in a light blue color with white outlines for the state boundaries.

Niedersachsen

**Spot on –
Demokratie auf der Spur
eine Handy-App**

Mit der Handy-App *Spot on* können Gruppen in ganz Niedersachsen ihre eigenen digitalen Bildungsrouten entwickeln, die Userinnen und User zu politischen Stadtrundgängen einladen.

Was ist Demokratie für dich? Was fällt euch ein, wenn ihr das Wort „Demokratie“ hört? Dies sind Fragen, die häufig zu sich ähnelnden, noch viel öfter aber zu unerwarteten Antworten führen. Wahlen werden natürlich häufig genannt, auch Demonstrationen oder das Parlament. Überhaupt stellen die Möglichkeiten, am Zusammenleben mitzuwirken, Politik zu gestalten und mitzubestimmen, für viele Menschen wichtige Facetten von Demokratie dar. Doch zeigen sich bei manchen auch skeptische Reaktionen: Demokratie? Gibt's die überhaupt noch bei uns? Kann ich bei dieser oder jener Frage überhaupt mitentscheiden? Und gibt es denn Orte, an denen meine Stimme wirklich zählt?

Im Artikel 20 des Grundgesetzes ist festgehalten, dass „die Bundesrepublik Deutschland [...] ein demokratischer und sozialer Bundesstaat [ist]“. *Spot on* regt dazu an, gemeinsam zu überlegen, was Demokratie ausmacht und für alle Menschen bedeutet.

Themen und Orte der Demokratie sichtbar machen

Das Angebot *Spot on – Demokratie auf der Spur* lenkt den Blick auf die unterschiedlichsten Facetten von Demokratie. Menschen haben die Möglichkeit, ihre Themen und Orte der Demokratie sichtbar zu machen – und auch all jene, bei und an denen sie sich mehr Demokratie wünschen. *Spot on* hat dabei einen innovativen Ansatz: Eine kostenlose Handy-App ermöglicht Gruppen in ganz Niedersachsen digitale Bildungsrouten zu entwickeln. Diese können dann andere Userinnen und User mit der App im Rahmen digital geführter Stadtrundgänge erkunden.

In Kleingruppen lösen die Spielenden mit Hilfe ihrer GPS-Handys oder Tablets an jeder Station gemein-



Spot on: Station „Taxistand“ auf der Bildungsroute.

sam Quizfragen, erfüllen Aufgaben oder diskutieren über die gesetzten Themen. Rätsel und Aufgaben, Texte und Videos bieten spielerische Anreize, Meinungen zu diskutieren, eigene Einstellungen zu hinterfragen und Standpunkte zu beziehen. So hat beispielsweise eine Gruppe in Hannover einen Taxistand als Ort der Demokratie ausgewählt, da Taxis im Iran besonders gefragte Orte für Diskussio-

nen über Politik sind. Die Erkundenden erfahren mehr über die politische Lage im Iran und werden dann aufgefordert, zu besprechen, welche Fragen und Diskussionen sie gerade für besonders wichtig halten. Der gewählte Ort erfüllt so unterschiedliche Funktionen: Er überrascht, er informiert und er regt zum Nachdenken und Diskutieren über die eigene Situation bzw. die Politik vor Ort an.

Die Gruppen, die die Routen erstellen, wählen selbst aus, welchen Fokus sie setzen möchten. In Kooperation mit der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung werden beispielsweise inhaltliche Workshops rund um das Thema Beteiligung mit praktischer Unterstützung bei der Erstellung der Routen rund um diesen Schwerpunkt verbunden. Hier erarbeiten die Gruppen dann zunächst, was sie unter „echter“ Beteiligung verstehen, wo diese bei ihnen vor Ort bereits praktiziert wird und in welchen Bereichen und an welchen Orten sie sich mehr davon wünschen. Dabei entsteht eine „Beteiligungslandkarte“, die Grundlage für die spätere Umsetzung der digitalen Route wird.

Route entsteht in zweitägigem Workshop

Bereits 2017 und 2018 entstanden mit der gleichen Methode unter dem Titel „map the gap“ Routen entlang von Orten der Teilhabe und des Ausschlusses. Es handelte sich dabei um ein Pilotprojekt der Niedersächsischen Landeszentrale für politischen Bildung, umgesetzt wurde es vom Niedersächsischen Landesjugendring gemeinsam mit dem Zentrum Demokratische Bildung. Und auch viele weitere Themen sind je nach inhaltlichem Schwerpunkt und lokalen Besonderheiten möglich und denkbar. Infrage kommen zum Beispiel auch Rundgänge entlang von „Frauenorten“, demokratisch-historischen Erinnerungsorten oder Institutionen. Routen können in vielen Fällen von den Gruppen nach einer formalen Prüfung und inhaltlichen Abstimmung selbständig erstellt werden – oder aber in Kooperation mit der Landeszentrale.

Eine Route bei *Spot on* entsteht im Rahmen eines zweitägigen Workshops. Im Vorfeld muss sich die Gruppe dafür nicht nur ihren Themenschwerpunkt



NI

Workshop zur Entwicklung einer Route für Spot on, hier durch Cameo Kollektiv e. V., Hannover.

überlegen. Es geht auch darum, geeignete Orte zu identifizieren, diese mit interessanten Aufgaben und Informationen zu unterfüttern, eine spannende Route zu entwickeln und damit den späteren Erkundenden die eigene Perspektive zu zeigen (Peer-to-Peer-Ansatz). Hierbei ist nicht nur ein inhaltlicher Auseinandersetzungsprozess mit dem gewählten Themenschwerpunkt wichtig, sondern auch die diskursive Entwicklung der Route. Denn nicht alle in der Gruppe haben von Anfang an ähnliche Ideen und Vorstellungen davon, was Demokratie für sie ist und welche Orte gewählt werden sollen. Dies wird in Diskussionen ausgehandelt, bevor es an die praktische Umsetzung geht. Zuletzt gilt es, diese dann auch technisch umzusetzen und dabei Fragen rund um Urheber- und Nutzungsrechte, Medienerstellung und Barrierefreiheit mitzudenken. Teil des Entwicklungsprozesses ist es, die ausgewählten Orte und die damit verbundenen Aufgaben medial aufzubereiten. Gruppen können dies beispielsweise mit Hilfe selbst erstellter Kurzvideos oder Fotografien, mit eingesprochenen Texten oder selbst erstellten Quiz umsetzen.

Mit *Spot on* können Menschen in ganz Niedersachsen zeigen und erkunden, was Demokratie für sie bedeutet.

Je nach Perspektive kann derselbe Ort dann von verschiedenen Gruppen völlig unterschiedlich ausgefüllt und gedeutet werden. Er kann für die einen zum Beispiel Ort gelebter Demokratie sein – oder für eine andere Gruppe einer, an dem sie sich mehr Beteiligungsrechte wünscht. Denken wir nur an ein Rathaus, das mit seinen Stadtratssitzungen und offenen Sprechstunden für manche ein Sinnbild klassischer repräsentativer Demokratie sein kann – und für andere ein Ort, den sie in ihrem Alltag nie betreten würden. Für einige kann das Rathaus gar ein Ort großer Frustration sein, wenn sie sich von den politischen Prozessen vor Ort mangels Wahlrecht ausgeschlossen fühlen.

Und auch die Aufgaben, die an einer Station festgemacht werden, können völlig unterschiedlich ausfallen. Bleiben wir beim Beispiel des Rathauses: Eine Aufgabe könnte hier ein Quiz sein. Wie viele Abgeordnete sitzen hier im Stadtrat? Eine andere Aufgabe wiederum kann zum Diskutieren anregen: Welches Thema sollte bei der nächsten Stadtrats-sitzung auf die Tagesordnung? Was ist die Meinung der Userinnen und User? Oder auch ganz interaktiv: Rathäuser sollen Orte für alle Menschen sein. Mit einem Foto ließe sich dokumentieren, ob und wo es einen barrierefreien Zugang gibt. Dabei sind noch zahlreiche andere Varianten möglich. Damit liegt es in den Händen der erstellenden Gruppen, gemeinsam zu erarbeiten, welche Orte mit welcher Bedeutung und welche Aufgabe sie zur Diskussion stellen möchten.

Dabei stellen Rathäuser und andere Institutionen des öffentlichen Lebens, wie es das Beispiel des Taxistands gezeigt hat, nur einen kleinen Ausschnitt all der Orte dar, die Menschen mit Demokratie verbinden. So können auf dem Weg auch ein Parkplatz, ein WLAN-Hotspot, eine Schule oder ein Ver-

einsheim liegen. Der Transfer, was dieser Ort mit Demokratie zu tun hat, wird von den Erstellenden mit pädagogischer Unterstützung erarbeitet und regt alle, die die Route erkunden, zum Nachdenken an: Ist das auch für mich ein Ort der Demokratie? Welche Orte hätte ich ausgewählt? Warum ausgerechnet hier?

Vielfalt der Perspektiven

Diese Vielfalt der Perspektiven und Aufgabenstellungen macht die Erkundung einer Route für den pädagogischen Einsatz ebenso wertvoll wie die Erstellung von Routen. Besonders, wenn diese zum Beispiel von Jugendlichen für Jugendliche gemacht werden, ermöglicht es beiden Akteursgruppen – den Erstellerinnen und Erstellern und den Erkundenden – neue Perspektiven sowie ein kreatives Nachdenken über Demokratie. Lehrkräfte oder andere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können die während der Route erarbeiteten Inhalte für weitere Bildungszwecke nutzen und so in einen längeren Bildungsprozess einbetten.

Die App *Spot on – Demokratie auf der Spur* erlaubt eine spielerische, kreative und kritische Auseinandersetzung mit Demokratie vor Ort. Als niedersachsenweites Angebot ist es für unterschiedliche Zielgruppen anwendbar und kann in ganz unterschiedlichen Kontexten eingesetzt werden. Der Peer-to-Peer-Ansatz in Verbindung mit dem Einsatz von Smartphones oder Tablets machen es besonders für junge Nutzerinnen und Nutzer zu einer interessanten Möglichkeit, sich mit unterschiedlichen Facetten von Demokratie auseinanderzusetzen.

Ulrika Engler

*Direktorin der Niedersächsischen Landeszentrale
für politische Bildung*

Dr. Daniela Kallinich

Referentin

Projektpartner:

Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Arbeit und Leben NRW, Deutsches Institut für Community Organizing, die börse Wuppertal, Duisburger Werkkiste / aktuelles forum, Forum Eltern und Schule, Karl-Arnold-Stiftung, Nell-Breuning-Haus, Sportbund Bielefeld e. V., Willi-Eichler-Bildungswerk

Laufzeit:

seit 2017

Aktionsorte:

Bielefeld, Duisburg, Düsseldorf, Köln, Krefeld, Stolberg, Waldbröl, Wuppertal

Zielgruppen:

Bewohnerinnen und Bewohner der umliegenden Quartiere

Methoden:

Formate der Begegnung und des Austauschs, Visions- und Planungsinstrumente, Qualifizierung von Bürgerinnen und Bürgern als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Homepage:

www.politische-bildung.nrw.de



A white map of North Rhine-Westphalia is centered on a solid blue background. The map shows the state's irregular borders and internal district boundaries. The text is overlaid on a white rectangular box in the upper left quadrant of the map.

Nordrhein-Westfalen

**Demokratiewerkstätten
im Quartier –
jede Menge positive Energie**

In Stadtteilen, die von sozialen Problemen betroffen sind, entstehen an vielen Orten in NRW neue Beteiligungsstrukturen. Die Menschen sollen in den *Demokratiewerkstätten im Quartier* dazu ermutigt werden, Probleme und Bedürfnisse vor Ort zu erkennen, zu artikulieren und gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

Der Besuch einer Demokratiewerkstatt lässt aufatmen. Es gibt nicht nur negative Trends in problembelasteten Quartieren. Es gibt jede Menge positive Energie und Aufeinanderzugehen der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihren unterschiedlichen sozialen, ethnischen, religiösen und weltanschaulichen Hintergründen, die sich gemeinsam um ihren Stadtteil kümmern.

Der in den letzten Monaten so viel zitierten Sorge um eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft

wirken wir hier lebendig entgegen – in der Demokratiewerkstatt im Quartier. Denn gerade im eigenen Stadtteil, dem räumlichen Mittelpunkt des Lebens, werden Veränderungen – ob zum Guten oder zum Schlechten – unmittelbar wahrgenommen. Und auch nirgendwo sonst wirken sich Engagement und gemeinsames Handeln so unmittelbar aus.

Die *Demokratiewerkstätten im Quartier* verfolgen das Ziel der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf der Basis von Demokratie und Menschenrechten. Sie möchten Teilhabestrukturen etablieren, die der Vielfalt der Gesellschaft – und natürlich auch der Nachbarschaft – Rechnung tragen. Gemeinsam mit den bereits vorhandenen zivilgesellschaftlichen Akteuren soll Demokratie vor Ort erlebbar gemacht und der Austausch über sozialstrukturelle Grenzen hinweg gestärkt werden. Dabei ermöglicht politische Bildung zum Beispiel durch dialogische Spaziergänge, Bilder voneinander zu korrigieren und neue zu entwickeln. Der eigene Stadtteil soll als Handlungsfeld wahrgenommen werden. Dazu entwickeln die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen von Zukunftswerkstätten Visionen und Ideen, die anschließend gemeinsam umgesetzt werden.

Die derzeit neun Demokratiewerkstätten in Nordrhein-Westfalen sind initiiert von der Landeszentrale für politische Bildung NRW und werden gemeinsam mit anerkannten Weiterbildungseinrichtungen der politischen Bildung in acht Städten umgesetzt. Ausgewählt wurden genau solche Quartiere, die in der öffentlichen Wahrnehmung als Problemstadtteile gelten. Denn insbesondere in diesen Quartieren ist es wichtig, dass zivilgesellschaftliches Engagement durch politische Bildung unterstützt und gestärkt wird.

„Dafür-Impulse“ statt „Dagegen-Kulturen“

Die Demokratiewerkstätten veranschaulichen: Demokratie ist Staatsform und Haltung zugleich. Die Wahrung der Menschenwürde, gegenseitiger Respekt, gelebte Toleranz, die Wertschätzung von Vielfalt und friedlichen Konfliktlösungen – all das macht eine demokratische Haltung im Sinne unseres Grundgesetzes aus. Um diese Haltung zu fördern, wollen die Demokratiewerkstätten Menschen dabei unterstützen, Problemlagen und Be-

darfe im Stadtteil gemeinschaftlich zu erkennen und eigene Interessen zu artikulieren. Außerdem wollen sie Lust machen auf die Mitgestaltung eines liebens- und lebenswerten Quartiers, Beteiligungsformate langfristig etablieren und die Attraktivität und Sichtbarkeit des Stadtteils erhöhen. Die Menschen sollen dazu ermächtigt werden, ihre eigenen Interessen wahrnehmen und vertreten zu können.

→ **Das Motto lautet:**

Wir tun nichts, was die Menschen im Quartier selbst machen können – aber wir tun alles dafür, dass sie die Dinge selbst in die Hand nehmen.

Bei den Demokratiewerkstätten geht es darum, Aktivitäten zur politischen Bildung und Demokratiearbeit quartiersbezogen zu bündeln und nachhaltig zu betreiben. Es werden konkrete Probleme aufgegriffen und bearbeitet, Wirkungsweisen von Entscheidungen kennengelernt und eigenständig Lösungswege erarbeitet. Darüber hinaus bietet die Demokratiewerkstatt den Raum, Ärger und Ent-

täuschungen zu artikulieren. Der Wahrnehmung, „es ist ja eh egal, was ich sage“, soll erlebbar entgegengewirkt werden.

Die Demokratiewerkstätten veranschaulichen, dass Demokratie die Würde des Einzelnen schützt und dabei bunt, vielfältig, respektvoll, partizipativ, kontrovers und friedlich ist. Sie helfen dabei, sichtbar zu machen, dass Demokratie für jeden attraktiv ist.

Strukturen, Ideen und Partnerschaften entstehen

Um eine breite Wirkung zu erzielen, arbeitet die Landeszentrale für politische Bildung NRW mit engagierten Partnerinnen und Partnern in den Quartieren zusammen.

Bislang konnten Demokratiewerkstätten in folgenden Quartieren eingerichtet werden:

- Bielefeld-Ostmannurturmviertel
(Kooperation Sportjugend im Sportbund Bielefeld)
- Duisburg-Marxloh
(Kooperation Duisburger Werkkiste/aktuelles forum)

- Düsseldorf-Oberbilk
(Kooperation Arbeit und Leben)
- Kölner Norden
(Kooperation Karl-Arnold-Stiftung)
- Köln Porz / Kalk / Bickendorf
(Kooperation Willi-Eichler-Bildungswerk)
- Krefelder Süden
(Kooperation FESCH – Forum Eltern und Schule)
- Stolberg Unter- / Oberstolberg, Münsterbusch
(Kooperation Nell-Breuning-Haus)
- Waldbröl
(Kooperation Deutsches Institut für
Community Organizing)
- Wuppertal-Hesselberg und -Südstadt
(Kooperation die börse)

Zwischen den neun Demokratiewerkstätten findet ein regelmäßiger Austausch in Form von Tagungen statt, der dazu beitragen soll, dass Probleme diskutiert und erfolgreiche Lösungsansätze weiterverbreitet werden können.

*Schirmherr im doppelten Sinne: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ließ sich zum Start seiner Vor-Ort-Besuche der Reihe „**Demokratie ganz nah – Ideen für ein gelebtes Grundgesetz**“ am 2. Februar 2019 trotz Regen nicht von einem Stadtpaziergang durch Krefeld abhalten.*





NRW

Werkstatt-Tag „Demokratie im Quartier“: Auf Einladung von Maria Springenberg-Eich, Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung NRW, und Lars Meyer, Projektleiter der Demokratiewerkstatt in Krefeld-Süd, kamen der Bundespräsident und seine Frau Elke Büdenbender in der Alten Samtweberei mit Anwohnerinnen und Anwohnern sowie Engagierten ins Gespräch.





Der Bundespräsident dankte mit einer Gegeneinladung an die politischen Bildnerinnen und Bildner aller neun Demokratiewerkstätten in NRW und gab nach seiner Rede die Bühne frei für eine Podiums- und Saaldiskussion zum Thema: **„Demokratie ganz nah – wie gelingt aufsuchende politische Bildung?“**

Von links nach rechts: Maria Springenberg-Eich, Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung NRW; Barbara Menke, Vorsitzende des Bundesausschusses Politische Bildung e. V.; Dr. Jacqueline Boysen, Moderatorin; Lars Meyer, Projektleiter der Demokratiewerkstatt Krefeld; und Prof. Dr. Helmut Bremer, politische Erwachsenenbildung, Universität Duisburg-Essen.





NRW

*Auch beim anschließenden Empfang
der Gesprächsstoff nicht aus.*

Werkstattbericht aus dem Krefelder Süden

Welche Geschichten verbergen sich hinter dem Konzept der Demokratiewerkstätten? Dies soll das Beispiel der Demokratiewerkstatt in Krefeld aufzeigen. Die Landeszentrale für politische Bildung NRW und ihr Projektpartner, das Forum Eltern und Schule (FESCH), beziehen hier eine vielfältige zivilgesellschaftliche Struktur mit ein. So wird vor Ort beispielsweise mit der „UNS – Urbane Nachbarschaft Samtweberei“ kooperiert.

Aus dieser Kooperation sind Beteiligungsstrukturen entstanden, die nach dem Konzept des „Lernenden Stadtteils“ wachsen: Im Rahmen des Viertelsratschlags können Menschen aus dem Stadtteil ihre Wünsche und Ideen einbringen und diskutieren. Anschließend werden die Ideen, die eine breite Zustimmung finden und sich mit den vorhandenen Ressourcen umsetzen lassen – zum Beispiel die Kampagne „Null Müll“ oder die Formularhilfe für Migrantinnen und Migranten –, bei Projektstammtischen in konkrete Projekte gegossen. Der Viertelsrat ist als ein Entscheidungs- und Koordinations-

gremium aktiv, um die zur Verfügung stehenden Ressourcen nutzbar zu machen.

Die klassische Gemeinwesenarbeit, die soziale Arbeit und die lokale Verwaltungsstruktur werden als Partner gesehen und durch politische Bildung ergänzt. Ein zentrales Anliegen der Demokratiewerkstätten ist, dass Menschen lernen, ihre Wünsche und Meinungen offen zu artikulieren. Formate, die dies unterstützen, sind beispielsweise Zukunftswerkstätten, unterschiedlichste Dialogformen und Vier-Augen-Gespräche, Demokratie- und Future-Workshops und übergreifende niedrigschwellige Angebote. Dadurch werden Bilder voneinander verändert, Lernprozesse angestoßen, Begegnungen ermöglicht, gemeinsame Visionen entwickelt und das Miteinander in den Blick genommen. Antibias- und Betzavta-Workshops helfen zusätzlich dabei, sich der eigenen Vorurteile bewusst zu werden, und erhöhen die Bereitschaft, diese zu korrigieren.

Wichtig für einen nachhaltigen Erfolg dieser Formate ist, dass sie nicht nur von hauptamtlichen Pädagoginnen und Pädagogen, sondern von Menschen aus dem Stadtteil beworben und begleitet werden.

„Wir wollen Zukunft gestalten in demokratisch-solidarischer Verständigung: offen, beteiligungsorientiert und im Miteinander für die und mit den Menschen und dem Sozialraum. Dies ist die Voraussetzung für nachhaltige Demokratisierungsprozesse.“

*Lars Meyer, Projektleiter der Demokratiewerkstatt Krefeld,
Partnereinrichtung FES – Forum Eltern und Schule*

Dazu werden Stadtteil-Moderationsschulungen angeboten, die die Menschen in ihrer Rolle als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren des Stadtteils durch entsprechende Methodenkenntnisse dazu befähigen, Beteiligung in ihrem direkten Umfeld umzusetzen.

Dank der Begleitung von zivilgesellschaftlichem Engagement durch politische Bildung konnten bereits viele Ideen der Menschen im Krefelder Quartier erfolgreich umgesetzt werden. Beispiele sind

der Bau eines Bouleplatzes und die Etablierung regelmäßiger Bouletermine, die den Austausch zwischen Menschen mit und ohne Obdach fördern, der Aufbau und Betrieb eines Fahrrad-Repair-Cafés oder das Null-Müll-Projekt, bei dem kreative Pläne zur Müllvermeidung und -entsorgung, Straßenbegrünung und Verschönerung des öffentlichen Raumes entwickelt wurden.

Natürlich kommt es bei der Umsetzung dieser Ideen auch zu Konflikten – sowohl zwischen den Engagierten und externen Akteuren wie der Stadtverwaltung als auch innerhalb der Gruppe der Engagierten. Aber Rückschläge bieten genauso wie Erfolge die Möglichkeit, als Lernanlässe verstanden zu werden. Und immer ist eine Botschaft zentral: Das Grundgesetz ist mehr als eine Sammlung abstrakter Rechtsnormen – es ist die Basis für das alltägliche Miteinander der Menschen in diesem Land.

NRW

Maria Springenberg-Eich

*Leiterin der Landeszentrale für
politische Bildung Nordrhein-Westfalen*

Projektpartner:

Landeszentrale für politische Bildung
Rheinland-Pfalz, Staatstheater Mainz,
freie Theatermacherinnen und -macher

Laufzeit:

März bis Dezember 2019

Aktionssorte:

Stadtteile der Landeshauptstadt Mainz,
Staatstheater Mainz, Landeszentrale für
politische Bildung Rheinland-Pfalz

Zielgruppen:

eher „politikferne“ junge Erwachsene sowie
junge Menschen mit Lust am Theater oder auch
bereits mit Interesse an der Politik, aber auch
ohne Politik- und Theatererfahrung

Methoden:

niedrigschwelliges, lokales Theaterangebot
zum Mitmachen in den Stadtteilen,
Orientierungsworkshops, Theater sowie Ent-
wicklung einer interaktiven Performance über
das Grundgesetz und seine Artikel vor Ort

Homepage:

www.politische-bildung-rlp.de/home.html



A stylized map of Germany is shown in white outlines against a solid blue background. A white rectangular box is positioned in the upper left quadrant, partially overlapping the map's outline. The box contains text and two horizontal lines. The text is in a clean, sans-serif font. The top line is a thin blue horizontal line. The bottom line is a thin blue horizontal line.

Rheinland-Pfalz

**Theater in der
politischen Bildung.**
Mitmachen erlaubt!

Bei einer Zusammenarbeit mit dem Staatstheater Mainz spüren junge Menschen zunächst den Möglichkeiten nach, sich auf der Bühne mit dem Grundgesetz zu befassen, um dann die Ideen in Form eines interaktiven Stücks auf die Bühne zu bringen.

Alles Theater? Und die Politik? Alles politisch oder überhaupt gar nichts? Ist die Politik politisch und ist auch das Private politisch? Und was ist mit der Kunst? Ist die Kunst politisch? Und was ist mit dem Theater? Wobei wir wieder am Anfang wären. Das Theater ist politisch! Also alles auf Anfang: Die Antike und das Theater. Das antike Theater war Theater der freien Bürger und gesellschaftlich verpflichtend. Es war auch Komödie, also auch mit etwas Spaß und auch über Krieg und Frieden und über den Olymp. Ein Winzer fliegt auf einem

Mistkäfer in den Olymp, die Götter haben sich zurückgezogen, der Kriegslärm war zu laut, die Friedensgöttin wurde eingesperrt. Doch die Friedensgöttin – und mit ihr andere Göttinnen – werden gerettet und am Ende gibt es eine Hochzeitsfeier. Ist das Politik? „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig“ (Art. 26 GG). Also Frieden, kein Krieg – und das im Gesetz.

Wer darf mitmachen, in der Politik und im Theater? Die antike Polis, die Stadt, die Gesellschaft mit den Bürgern? Und heute (so das Grundgesetz) ist Politik nicht Männersache, sondern Politik von und für Frauen und Männer.

Und der Anfang? Die Würde des Menschen ist unantastbar. Als Artikel 1 verpflichtet dieser Artikel den Staat. Wie kommt nun dieser Artikel in das Grundgesetz? Am Anfang war das Wort, davor die Geschichte.



Diskussion: Weshalb? Warum? Wo kann es hingehen?

Neue Zielgruppen direkt in den Stadtteilen

Wir sehen, Politik und Theater sind verbunden. Das Grundgesetz bietet Beispiele an. Und alles ist auch mit der Geschichte verbunden. Wie nun kommen wir bei der politischen Bildungsarbeit an diejenigen heran, die eher „politikfern“ sind, sich aber sonst für andere Dinge als die Politik interessieren. Und das sind nicht nur diejenigen, die eher als „bildungsfern“ beschrieben werden. Es könnten auch diejenigen sein, die Lust am Spiel und am Theater haben, die sich aber weniger für Politik interessieren. Der Versuch ist, mit einem niedrighschwelligem Angebot direkt in den Stadtteilen junge Menschen für Theater und Politik zu aktivieren und zu begeistern oder zumindest für einige Zeit zum Austausch(en) und zum Miteinander in Verbindung zu bringen. Durch die Zusammenarbeit mit dem Theater wird die Reichweite erhöht. Neue Zielgruppen können in den Stadtteilen direkt angesprochen und erreicht werden.

Die Idee zu einem Projekt *Theater in der politischen Bildungsarbeit* entstand über ein Multiplikatorenprojekt der Landeszentrale für politische Bildung

Rheinland-Pfalz über neue Formen des Theaters in Form einer Reihe mit mehreren Workshops. Ziel hierbei war und ist es, das Theater für die politische Bildungsarbeit nutzbar zu machen – mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren als Zielgruppe.

Gemeinsame Sprache der Kultur weiterentwickeln

Mittel und Formen des Theaters sind längst Teil der Jugendarbeit und auch Bestandteil der Arbeit von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Und auch das Theater ist „nah bei den Menschen“, über die Beteiligung an Stadtteilprojekten oder etwa über die Beteiligung und Einbeziehung von Laien in Theaterprojekte. Natürlich sind Themen des Theaters oft auch Themen der Politik, die in die Kunst Eingang finden. „Kunst als Waffe“ war ein Impetus des Aufbruchs von 1968. Bei aller Kritik und tatsächlichen Übertreibungen stellt heute niemand das Politische auch in der Kunst infrage. Das Theater selbst ist eine öffentliche Inszenierung. Thomas Bernhard oder Milo Rau sind einem breiten Publikum bekannt. Und auch Schiller und Brecht



RP

Zusammenspiel in Bewegung. Theater!

können weiterhin zum Nachdenken über das Theater beitragen. Das heißt, das Theater hat eine lange politische Tradition und ist seit Jahrzehnten und Jahrhunderten immer auch mit der Reflexion über eine zeitgemäße Politikvermittlung und mögliche Aktivierung eines demokratischen Engagements verbunden.

**“It is forbidden to walk
on the grass. It is
not forbidden to fly
over the grass.”** *Augusto Boal*

Neu ist nun, sich auch im 21. Jahrhundert und im Angesicht des Megathemas der Digitalisierung von der Seite der politischen Bildung dem Theater in der politischen Bildungsarbeit verstärkt zu öffnen, beispielsweise im Hinblick auf die Zielgruppe junger Erwachsener.

Soll die Kunst nun die Sprache des Volkes sprechen oder das Volk die Sprache der Kunst? Die Binsen-

weisheit der Bildung, die Menschen dort abzuholen, wo sie stehen, kann mit Kunst und Kultur erfüllt werden. Durch den Dialog werden neue Freiräume und Sichtweisen geschaffen und wird eine gemeinsame Sprache der Kultur weiterentwickelt.

Das rheinland-pfälzische Projekt besteht aus zwei Teilen und beginnt im ersten Halbjahr 2019 mit einem Tagesworkshop zur Orientierung über Theater und Grundgesetz direkt im Stadtteil. Was sind aktuelle Theaterformen? Was kann Theater wie machen? Wie kann ich mich selbst mit den Mitteln des Theaters ausprobieren? Verbunden wird dies mit der Thematik des Grundgesetzes – und zwar mit Art. 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Nach einer kurzen Einführung darüber, was dieser Grundgesetzartikel bedeutet, bedeuten kann und warum dieser Satz im Grundgesetz steht, besteht die Möglichkeit, sich in praktischen Workshops mit dem Grundgesetzartikel auseinanderzusetzen und ihn näher zu verstehen, mit den Formen des Theaters. Dabei können verschiedene Theaterformen erfahren und ausprobiert werden. Mit einem „Theaterworkshop-Erkundungstag“ zum Grundgesetz wird Interesse geweckt,

an einem zweiten, längeren Teil im folgenden Halbjahr mitzumachen. Der erste Teil mit dem Theaterworkshop wird von freien Theatermacherinnen und Theatermachern zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung organisiert und begleitet.

Der zweite Teil des Projektes soll über das zweite Halbjahr 2019 mit regelmäßigen Treffen laufen. Ziel ist hierbei die Erarbeitung einer interaktiven Inszenierung zum Grundgesetz, die zum Mitspielen einlädt.

Zweiteilung des Projekts

Der zweite Teil wird vom Staatstheater Mainz mit Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung umgesetzt. Ausgangspunkt des Projekts ist der in der Auftaktveranstaltung näher beleuchtete Art. 1 GG. Hiervon ausgehend, wird mit den Teilnehmenden biografisch zu Fragen der Gleichheit entlang der Art. 2–19 GG gearbeitet. Dabei werden persönliche Erfahrungen an gesellschaftliche Entwicklungen angebunden und hinsichtlich normativer Perspektiven befragt. Erfahrungen von Gleich-



70 Jahre oder 7 Sekunden? Alles spielbar!

heit, Ungleichheit bzw. Diskriminierung werden zusammengetragen. Davon ausgehend, sollen die Voraussetzungen, Facetten und unterschiedlichen Ausformungen von Gleichheit erkundet werden. Im Anschluss an die Recherchephase können sich die Teilnehmenden, ihren Interessen und Bedürfnissen entsprechend, für einen Projektschwerpunkt entscheiden. Je nachdem, worauf die Wahl fällt, werden sie später als Performerinnen und Performer bzw. Spielerinnen und Spieler im Zuge einer der

Das Publikum erhält die Möglichkeit zum Perspektivwechsel und wird in der Show selbst zum Mitspielen eingeladen.

beiden Inszenierungsteile auf der Bühne agieren oder in der Kreativgruppe zusammen mit einer Bühnenbildnerin oder einem Bühnenbildner die Ausstattung des Projekts entwerfen und umsetzen. Das Publikum erhält die Möglichkeit zum Perspektivwechsel und wird in der Show selbst zum Mitspielen eingeladen.

„Frauen und Männer sind gleichberechtigt.“

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des

Volkes mit.“ Darüber und über viele andere Artikel des Grundgesetzes lohnt es sich zu streiten, auch eigene Erfahrungen einzubringen und dies mit den Mitteln des Theaters darzustellen.

Mit Kultur und Theater können Hemmschwellen und Grenzen überwunden werden. Zugleich kann das Grundgesetz als etwas, was auch den Alltag betrifft, vermittelt werden. Und man kann es mit seinen Möglichkeiten sogar (durch)spielen.

Bernhard Kukatzki

*Direktor der Landeszentrale für
politische Bildung Rheinland-Pfalz*

Projektpartner:

Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes, Landesjugendring Saar e. V., Netzwerk für Demokratie und Courage Saar e. V.

Laufzeit:

langfristig angelegte Netzwerk- und Kommunikationsinitiative, offizieller Start: 19. Mai 2017

Aktionsorte:

saarländische Städte und Gemeinden; die konkreten Veranstaltungsorte wählen die mitwirkenden Akteurinnen und Akteure während des jeweiligen Arbeitsprozesses spontan themen- und zielgruppenspezifisch aus

Zielgruppen:

alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der ehrenamtlichen Jugendarbeit im Saarland

Methoden:

Informations- und Dialogveranstaltungen, Fortbildungen sowie Vernetzungs- und Partizipationsangebote von Jugendlichen und jungen Erwachsenen für Jugendliche und junge Erwachsene

Internet:

www.facebook.com/JugendMischtAuf



Saarland

Demokratie? Ei Jo!
#JUGENDMISCHTAUF

Bei *Demokratie? Ei Jo!* vernetzen sich im Saarland junge Aktive und lernen voneinander, um bei ihrem gesellschaftlichen Engagement noch erfolgreicher zu arbeiten und neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen.

„Die Jugendlichen von heute interessieren sich nicht für Politik und gesellschaftliche Themen. Die kümmern sich doch nur um ihre privaten Angelegenheiten!“ Solche Bemerkungen fallen oft, wenn man in Diskussionen auf das politische und soziale Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu sprechen kommt. Da wir – der Landjugendring Saar e. V., das Netzwerk für Demokratie und Courage Saar e. V. und die Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes – in unserem Arbeitsalltag die gegenteilige Erfahrung machen und sehen, auf welcher vielfältigen Weise und mit welchem großem persönlichen Einsatz junge Menschen

im Saarland unser gesellschaftliches Leben mitgestalten und die Interessen von Gleichaltrigen vertreten, haben wir die saarländischen Jugendorganisationen im Winter 2016/2017 zu einem mehrmonatigen Informationsaustausch zum Thema „Jugend und Demokratie“ eingeladen. Uns interessierte, wie die jungen Akteurinnen und Akteure selbst die Situation einschätzen und wo ihrer Meinung nach hinsichtlich des jugendlichen Engagements der größte Handlungsbedarf besteht.

Der Austauschprozess mündete in die Gründung der Netzwerk- und Kommunikationsinitiative *Demokratie? Ei Jo! #JUGENDMISCHTAUF*. Die Initiative wurde von den jugendlichen Engagierten von der Wahl des Slogans über die Logogestaltung bis hin zur Erarbeitung des methodischen Ansatzes vollständig in Eigenregie entwickelt. Dabei arbeiteten auch Jugendorganisationen zusammen, die bisher noch wenig miteinander in Kontakt standen, so zum Beispiel die 25 Mitgliedsverbände des Landesjugendrings mit den Jungen Europäischen Föderalisten Saarland, der saarländischen Sportjugend oder den Jugendorganisationen der Parteien.

Zeitsparend informieren – effektiv kommunizieren – praxisnah unterstützen

Die Initiative setzt sich aus verschiedenen Informations- und Kommunikationsbausteinen zusammen. Ein wichtiges Ziel ist es, die Strukturen für einen dauerhaften fachlichen Austausch zwischen den Akteurinnen und Akteuren ehrenamtlicher Jugendarbeit zu stärken und auszubauen. Denn immer mehr Jugendorganisationen fällt es aus vielfältigen gesellschaftlichen und sozioökonomischen Gründen zunehmend schwer, neue Aktive zu gewinnen. Dies hat zur Folge, dass eine immer kleiner werdende Personengruppe den gesamten Arbeitsaufwand allein trägt. Diesen jugendlichen Engagierten fehlt dann wegen des fordernden Tagesgeschäfts häufig die Zeit, sich mit den komplexen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ehrenamtlicher Jugendarbeit intensiv auseinanderzusetzen und unter den zahlreichen und vielfältigen Unterstützungsangeboten und Fördermöglichkeiten auf kommunaler, Landes- und Bundesebene nach Anregungen und geeigneten Lösungsansätzen für

die eigene Arbeit zu suchen. Sie sind in besonderer Weise auf einen kontinuierlichen Erfahrungs- und „Best-Practice“-Austausch angewiesen, auf dessen fachliche Impulse sie bei Bedarf jederzeit schnell zurückgreifen können.

Demokratie? Ei Jo! #JUGENDMISCHTAUF unterstützt den praxisorientierten Austausch zwischen den jugendlichen Engagierten unter anderem im Rahmen von großen Netzwerktreffen, beispielsweise beim offiziellen Auftakt der Initiative am 19. Mai 2017 im Zentrum der Volkshochschule des Regionalverbandes Saarbrücken mit über 80 Aktiven

Wenn man als Jugendorganisation neue Zielgruppen zur Aufnahme persönlichen Engagements motiviert, benötigt man für die Arbeit mit ihnen ehrlich gemeinte Angebote zur Mitwirkung, damit sie auch engagiert bleiben.

SL



Zeit für Klartext: Der zielgruppenorientierte Dialog ist ein zentraler Baustein der Initiative.



Praxisnahe Anregungen: Jugendliche Engagierte präsentieren auf einer Veranstaltung der Initiative ihre partizipationsstärkenden Angebote.

aus unterschiedlichen Gesellschafts- und Tätigkeitsbereichen. Aber auch in Form zeitsparender digitaler Kommunikation wird der Austausch gefördert. So besitzen alle saarländischen Jugendorganisationen die Möglichkeit, ihre öffentlichen Veranstaltungen und Projekte mit demokratie- und partizipationsstärkendem Charakter über die offiziellen Internetauftritte der Initiative zusätzlich zu bewerben.

Einen weiteren zentralen Baustein der Initiative stellen die selbst organisierten Fortbildungen dar. Um den regionalspezifischen Ansprüchen der ehrenamtlichen Jugendarbeit in den saarländischen Städten und Gemeinden gerecht zu werden, werden für deren inhaltliche Ausgestaltung keine externen Referentinnen und Referenten, sondern ausschließlich erfahrene Vertreterinnen und Vertreter der ehrenamtlichen Jugendarbeit mit entsprechender Fachkenntnis engagiert.

Die erste Fortbildungsveranstaltung fand am 10. März 2018 im Tagungsgebäude der Saarbrücker Sporthochschule statt. Thema war die Kommunikation mit Zielgruppen außerhalb des Kreises der

aktuell Engagierten. Neben pointierten praxisnahen Einführungen in die klassische Pressearbeit und in die jugendgerechte Arbeit mit Social-Media-Formaten wie beispielsweise Instagram wurde auch für die weiterhin große Bedeutung direkter Kommunikation sensibilisiert. In ihrem Impulsvortrag gab Alex Groß, Mitarbeiterin von „juz united“, dem Verband der selbstverwalteten Jugendzentren im Saarland, den Fortbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern einfach anmutende, aber wirkungsvolle Tipps an die Hand: „Wenn wir bei den selbstverwalteten Jugendzentren neue Aktive gewinnen möchten, suchen wir diese in ihren Gemeinden oder Wohngebieten persönlich auf. Auf dem Dorf beispielsweise kann das auf dem Schulhof einer Grundschule oder am Marktbrunnen sein. Wenn man die Jugendlichen nicht findet, fragt man am besten die älteren Einwohnerinnen und Einwohner. Die wissen in der Regel immer, wo sich die nachmittäglichen Treffpunkte der Jugendlichen befinden.“

Groß warnte jedoch davor, sich nur auf eine professionelle multimediale und barrierefreie Kommunikationsarbeit zu verlassen: „Wenn man neue Ziel-

Die Projektmitarbeit von Jugendlichen sollte stets so geplant werden, dass sich alle mit ihren Kompetenzen und Interessen wiederfinden.

gruppen für die eigene Organisation gewinnen möchte, muss man auch von der inneren Einstellung her bereit sein, mit diesen Zielgruppen dauerhaft zu arbeiten. Da wird man gegebenenfalls mit anderen Werten und einem anderen Sprachgebrauch konfrontiert.“ Das bedeute auch, die Projektmitarbeit der Jugendlichen von der Methode her stets so zu planen, dass sich alle mit ihren Kompetenzen und Interessen wiederfinden. „Wenn man das nicht von Anfang an mitdenkt und sich nicht mit ehrlich gemeinten Angeboten zur Mitwirkung auf neue Personengruppen einlässt, hat man diese sehr schnell wohl nicht nur für die eigene Organisation, sondern vermutlich auch für die gesamte ehrenamtliche Jugendarbeit verloren“, fasste Groß zusammen.

SL

Zielgruppenorientierter Dialog

Bei *Demokratie? Ei Jo!* #JUGENDMISCHTAUF wird jedoch nicht nur über die Kommunikation und die Arbeit mit bestimmten Zielgruppen geredet. Die Initiative bezieht die Jugendlichen aktiv in die Vorbereitung ihrer Veranstaltungen ein. Der aktuellen Shell-Jugendstudie zufolge ist insbesondere unter den Schülerinnen und Schülern das persönliche Engagement rückläufig. Daher sucht die Initiative seit Herbst 2018 gezielt in saarländischen Schulen



Gesellschaftliche Herausforderungen gemeinsam angehen: Engagierte der ehrenamtlichen Jugendarbeit beim fachlichen Austausch.

nach möglichen Kooperationen. Sie lädt Schul-
klassen dazu ein, zusammen mit ihren Politik- und
Sozialkundelehrkräften lehrplanbezogen im Fach-
unterricht oder im Rahmen von Projekttagen und
-wochen Themen und Veranstaltungsformate, die
Jugendliche interessieren könnten, auszuloten
und in die Planung und Umsetzung konkreter lokaler
Veranstaltungen einfließen zu lassen.

Solch ein Veranstaltungskonzept entwickelte
Demokratie? Ei Jo! #JUGENDMISCHTAUF beispiels-
weise vom 1. bis 5. April 2019 mit Schülerinnen
und Schülern der Lothar-Kahn-Schule in der Gemein-
de Rehlingen-Siersburg. Das aktuelle Schuljahres-
thema der Schule „Verantwortung übernehmen“
aufgreifend, beschäftigten sich rund 100 Neunt- und
Zehntklässler in Zusammenarbeit mit Aktiven der
ehrenamtlichen Jugendarbeit im Rahmen einer Pro-
jektwoche mit verschiedenen selbst ausgewählten
Politik- und Gesellschaftsthemen wie zum Beispiel
Tierschutz oder Rassismus. Die Ergebnisse des
Arbeitsprozesses flossen in eine abschließende Dis-
kussionsveranstaltung mit Politikerinnen und Poli-
tikern der Gemeinde ein.

SL

Wie wertvoll die direkte Kommunikation mit politischen Entscheiderinnen und Entscheidern für den Meinungsbildungsprozess und die Interessenartikulation junger Menschen sein kann, wurde am 25. Mai 2018 deutlich, als auf Einladung von *Demokratie? Ei Jo! #JUGENDMISCHTAUF* – bestem Frühlingswetter zum Trotz – rund 100 Jugendliche und junge Erwachsene ins Jugendzentrum Försterstraße Saarbrücken kamen, um zwei Stunden lang mit 20 saarländischen Politikerinnen und Politikern aus Bundestag, Landtag sowie Landes- und Kommunalverwaltungen über jugendrelevante Themen zu diskutieren. Entsprechend dem Veranstaltungstitel „Zeit für Klartext“ haben die jungen Leute mit den Politikerinnen und Politikern auch kontroverse Standpunkte ausgetauscht, unter anderem bei den Fragen, warum man sich in einer alternden Gesellschaft als Jugendlicher überhaupt noch in einer Partei engagieren soll und was gegen das Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre spricht. Der multimedial aufbereitete Veranstaltungsablauf eröffnete auch eher zurückhaltenden Veranstaltungsteilnehmerinnen und -teilnehmern die Möglichkeit, ihre Meinung offen in den Diskussionsprozess einzubringen.

Zwischen den einzelnen Dialogrunden haben insgesamt rund 20 saarländische Jugendorganisationen ihre konkreten Projekte für mehr Demokratie und Teilhabe präsentiert. So informierte beispielsweise das Saarbrücker Café für Jugendkultur „Café Exodus“ über sein Musikprojekt „Arbeitskreis Rock“ und das Netzwerk Entwicklungspolitik Saar über sein „Paniknetzwerk“, das Jugendliche und junge Erwachsene zur Umsetzung von kreativen Aktionen wie zum Beispiel Straßentheaterauftritten und Flashmobs rund um umweltpolitische und soziale Themen motiviert. Und die Deutschen Pfadfinder St. Georg stellten am Beispiel ihres Amateurfunkprojektes JOTA-JOTI eindrucksvoll dar, wie sie Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Nationen und Kulturen miteinander in Kontakt bringen.

SL

Dr. Erik Harms-Immand

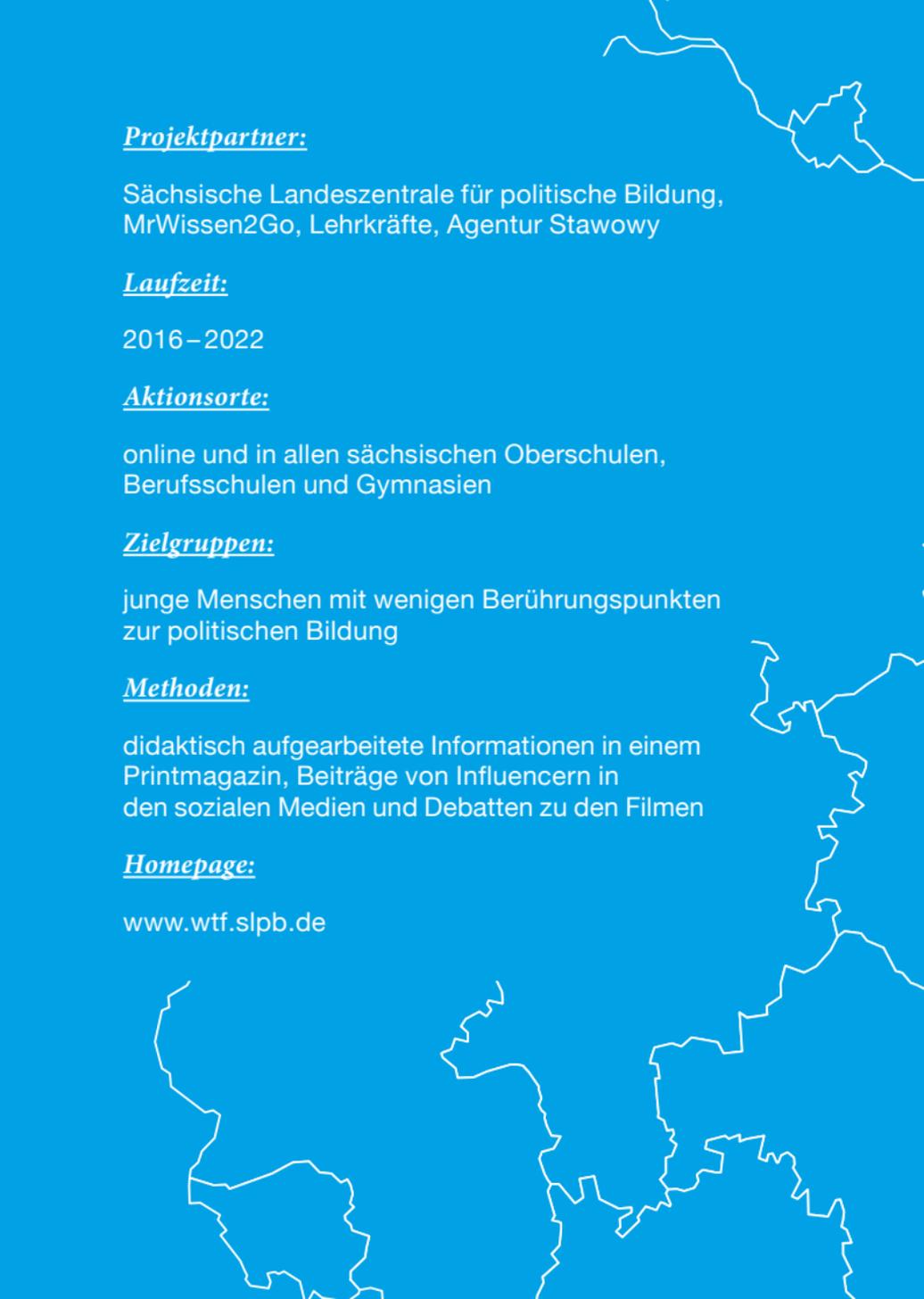
Leiter der Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes

Georg Vogel

Landesjugendring Saar e. V.

Hanne Wendorff

Netzwerk für Demokratie und Courage Saar e. V.



Projektpartner:

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung,
MrWissen2Go, Lehrkräfte, Agentur Stawowy

Laufzeit:

2016–2022

Aktionsorte:

online und in allen sächsischen Oberschulen,
Berufsschulen und Gymnasien

Zielgruppen:

junge Menschen mit wenigen Berührungspunkten
zur politischen Bildung

Methoden:

didaktisch aufgearbeitete Informationen in einem
Printmagazin, Beiträge von Influencern in
den sozialen Medien und Debatten zu den Filmen

Homepage:

www.wtf.slpb.de



Sachsen

#wtf?!

Wissen, Thesen, Fakten

Das crossmediale Projekt soll junge Leute mit bisher geringer Affinität zu Themen der politischen Bildung erreichen und Vorurteile gegenüber Politik und Medien entkräften.

Wenn der Berg nicht zum Propheten geht, muss der Prophet halt zum Berg gehen, lautet eine alte Lebensweisheit. Sie gilt auch für die sogenannte aufsuchende Jugend-, Sozialarbeit oder politische Bildung. Aufsuchende Angebote wenden sich an solche Menschen, die von herkömmlichen Institutionen und ihren Programmen nicht erreicht werden. Also braucht es eine andere Ansprache, die stark auf die jeweilige Lebenswelt abzielt und niedrigschwellig agiert. Dafür gibt es im Kontext der sozialen und pädagogischen Arbeit zahlreiche Angebote analoger Art. Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) hat sich für einen anderen Weg entschieden, nämlich die

Menschen dort aufzusuchen, wo sie sich in einer modernen Medienwelt am häufigsten aufhalten: im Internet.

Die Idee entstand nach den turbulenten Jahren 2015/2016, als wir mehr als 150 Debatten moderierten, die rund um das Thema Flucht und Migration kreisten. In dieser schwierigen Situation wurde uns von Politik und Gesellschaft eine hohe Moderationskompetenz zugesprochen. Nachdem die „Flüchtlingskrise“ etwas abgeflaut war, galt es, Bilanz zu ziehen und die zahlreichen Veranstaltungen auszuwerten. Die Landezentrale stellte fest, dass in der Bevölkerung neben einer hohen Erregung sehr viele Vorurteile über Politik, Politikerinnen und Politiker sowie Politikfelder existierten. Sie gipfelten nicht selten in Verschwörungstheorien und waren von Unkenntnis der Fakten gekennzeichnet. Diese Beobachtung traf nicht nur auf ältere, sondern auch auf jüngere Menschen zu. Gestützt wurde diese Erkenntnis durch den 2016 erstmals erschienenen Sachsen-Monitor, der einen Bedarf an mehr politischer Bildung offenbarte. Neben einer breiten Zustimmung zur Demokratie (83 %) zeigte diese Studie, dass sehr viele Bürgerinnen und Bürger

Sachsens autoritäre und gruppenbezogene menschenfeindliche Einstellungen besitzen. Das gilt in nicht unerheblichem Maße auch für junge Erwachsene.

Mit einer Konfrontationsstrategie zum Perspektivwechsel

Um die dialogische und moderative Kompetenz der Landeszentrale zu nutzen und zugleich neue Zielgruppen in größerer Zahl zu erreichen, entstand die Idee zweier Online-Angebote.

Zunächst baute ein Team den sogenannten Online-Dialog unter dem Motto „Lasst uns streiten!“ auf, in dem aktuelle Fragen anhand von vier Thesen über einige Wochen auf einer moderierten Plattform der Landeszentrale diskutiert werden. Hier sind eher Menschen der mittleren Alterskohorten mit Interesse an politischer Bildung im Blick. Dabei arbeiten wir mit einer Art Konfrontationsstrategie: Die Diskutantinnen und Diskutanten werden mit Thesen konfrontiert, die ihrer persönlichen Meinung widersprechen. Gleichzeitig folgt der Dialog bestimmten Regeln, über deren Einhaltung ein Moderationsteam wacht.

Dadurch wird ein ständiger Perspektivenwechsel eingeübt und zur argumentativen Mäßigung angehalten. Polemik und Aggression werden abgebaut.

Die Plattform bietet ein Forum, in dem Bürgerinnen und Bürger sich zu kontroversen aktuellen Themen austauschen können, ohne die auf anderen Kanälen häufigen Beschimpfungen oder unsachlichen Beiträge fürchten zu müssen. Das Konzept funktioniert gut. Die Besucherzahlen schwanken zwischen knapp 400 und über 2.000 Beiträgen pro Dialog. Je aktueller und kontroverser das Thema, desto größer die Zahl der Diskutantinnen und Diskutanten im Netz. 2018 ging es um Themen wie „Stadt, Land, Vorurteil“; „Netzpolitik und Demokratie“; „Sind die Sachsen so schlecht wie ihr Ruf?“; „Alles nur heiße Luft?“ (Klimawandel).

Gängige Stereotype kritisch beleuchten

Eine noch viel größere Breitenwirkung erzielt ein zweites, crossmediales Projekt: *#wtf!?! Wissen, Thesen, Fakten*, das sich eher an jüngere Zielgruppen

#wtf?!
wissen thesen



Der Verfassungsschützer

7 Reichsbürger können zur Bedrohung werden

Der YouTuber

8 NEU: Mirko Drotschmann befasst sich mit den #WTF-Themen!



wtf.epb.de

Deutscher Bundestag
19. Bundestag
19. Bundestag



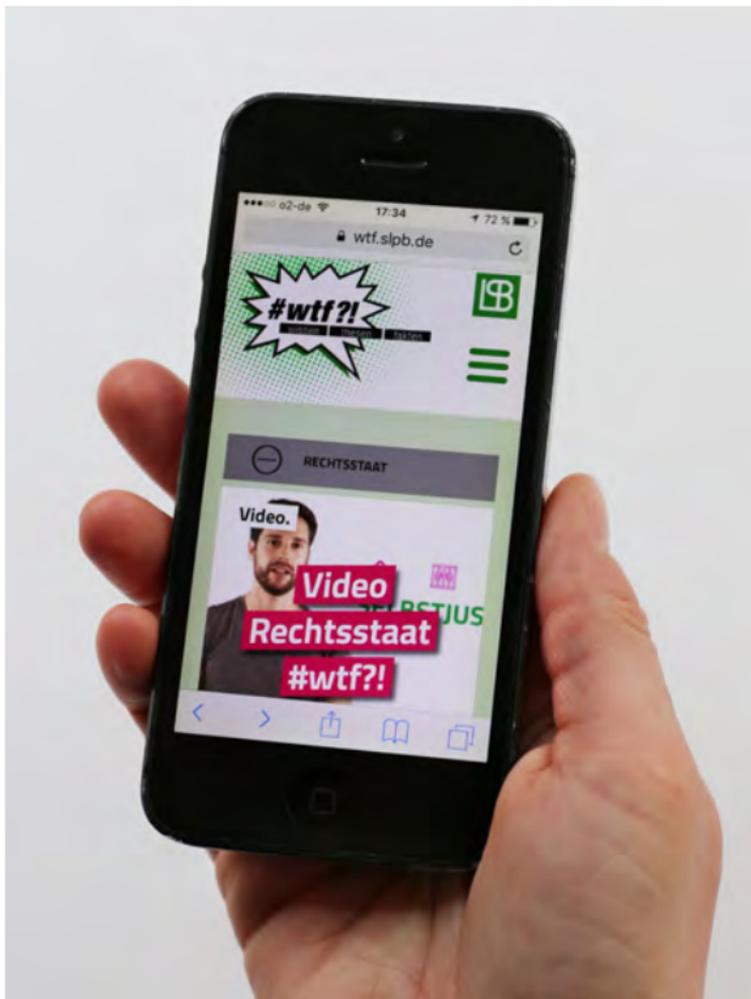
So entstehen
Verschwörungstheorien
Infografik
Seite 4/5

„Kriegen sie uns alle?“
Wieso Verschwörungstheorien gefährlich sind

+++ Die „Fakten“ der Reichsbürger hinterfragt +++ Wer mit der angeblichen Weltverschönerung Geld verdient! +++ Historische Verschwörungstheorien +++

Die Ausgabe von #wtf?! zum Thema Verschwörungstheorien.

richtet, die an politische Bildung herangeführt werden sollen und sich bisher mit diesen Fragen noch nicht auseinandergesetzt haben. #wtf!?! ist vom jugendsprachlichen „What the fuck?!“ abgeleitet, in die seriöse Umgangssprache einer öffentlichen Einrichtung übersetzt worden und bedeutet nun: „Wissen, Thesen, Fakten“. Die Anspielung wird von jungen Menschen trotzdem verstanden, zumal die mit dem ursprünglichen Ausspruch verbundene emotionale Erregung und inhaltliche Zuwendung weiterhin gemeint ist. #wtf!?!-Angebote gibt es viermal pro Jahr. Wir gewannen die auf junge Zielgruppen spezialisierte Dresdner Agentur Stawowy, die die Printprodukte in Absprache mit der SLpB erarbeitet. Das Projekt besteht aus Themenseiten, YouTube-Videos und einer Website mit Lehrmaterial und weiterführenden Informationen. Alle drei Elemente funktionieren auch unabhängig voneinander. Die ersten Themenhefte und Filme nahmen gängige Stereotype auf und wollten zur Auseinandersetzung anregen: „Lügenpresse“ (Auseinandersetzung mit Vorurteilen rund um die Presse); „Europa = Diktatur?“ (Wie funktioniert die EU und was bringt sie dem Bürger?); „Parteien =



Das Informationsangebot wird durch eine umfangreiche Webseite ergänzt, wo die Nutzerinnen und Nutzer beispielsweise Erklärvideos anschauen und Infografiken herunterladen können.

Wir wollen vor allem diejenigen erreichen, für die wir bisher viel zu weit weg waren – schnell und direkt im Internet.

Wahlversprecher?“ (Wozu sind Parteien gut?); „Politiker“, „Fragt mich einer?!“ (Welche Partizipationsmöglichkeiten gibt es?). Jüngst kreiste auch ein Heft rund um das Thema Reichsbürger unter dem Motto „Kriegen sie uns alle? Wieso Verschwörungstheorien gefährlich sind“.

Was ist dran an diesen mittlerweile gern gebrauchten Vorurteilen und Klischees? #wtf?! geht ran an die Lebenswelt der Jugendlichen. Das achtseitige Magazin erklärt etwa beim Thema „Lügenpresse“, auf welche Weise unglaubliche Meldungen entlarvt werden können, nennt Anhaltspunkte wie fehlende Quellen oder einseitige Stimmungsmache.

Auf den anderen Seiten wird die Frage nach der Macht der Medien diskutiert und darüber, welchen Einfluss die Politik auf die Berichterstattung nimmt. Eine ausführliche Infografik erklärt, wie aus Informationen Nachrichten werden. Von den 55.000 Exemplaren der Ausgabe wurden 37.800 Exemplare in Klassensätzen an alle sächsischen Oberschulen, Berufsschulen und Gymnasien verschickt. Die übrigen Exemplare konnten als Einzelexemplare oder Klassensätze über wtf.slpb.de und den Online-Shop der SLpB bestellt werden oder wurden bei Veranstaltungen der SLpB verteilt. Damit die *#wtf?!*-Videos und Magazine im Unterricht eingesetzt werden können, hat die Agentur, orientiert an den Lehrplänen des Freistaates, passende Unterrichtsmaterialien erarbeitet.

Wir wollen mit der *#wtf?!*-Kampagne vor allem diejenigen erreichen, für die wir bisher viel zu weit weg waren. Schneller und sehr direkt geht das im Internet und es funktioniert umso leichter, wenn man sich der Hilfe von Personen bedienen kann, die eine hohe Glaubwürdigkeit bei der potenziellen Zielgruppe im Netz haben (sogenannte Influencer

und Influencerinnen). 2018 gewann die Landeszentrale den Journalisten Mirko Drotschmann alias MrWissen2Go für eine Zusammenarbeit. Mit seinem ersten Video zum Thema Verschwörungstheorien und Reichsbürger setzte Drotschmann gleich Maßstäbe, nahm sein Stammpublikum für das neue Projekt mit und erreichte mit einem siebenminütigen Video über 50.000 Klicks. Die überwiegende Mehrheit der Zuschauerinnen und Zuschauer verweilte über fünf Minuten – die Ansprache funktionierte.

Hitzige, aber auch differenzierte Diskussionsbeiträge

Die Zuschauerinnen und Zuschauer kommentieren das #wtf?/-Video intensiv. Auffällig ist, dass sich in den Kommentaren rechte und linke Lagerbildungen sehr gut nachvollziehen lassen. Neben Nutzerinnen und Nutzern, die zum Teil mit rüden Ausfällen und wilder Polemik auffallen, finden sich immer auch Menschen, die mäßigend einwirken. Andernfalls greift unser Online-Referat moderierend ein.

Was aktuell noch ein wenig fehlt, sind Userinnen und User aus der Mitte der Gesellschaft. Sicher ist jedoch: *#wtf?!* hat sich bewährt – die Landeszentrale kommt quantitativ und soziologisch an Gruppen der Gesellschaft heran, die sich nie oder selten durch klassische Veranstaltungen ansprechen lassen. Sukzessive wird sich das Projekt von der reinen Auseinandersetzung mit Vorurteilen hin zu einem Informationsmedium für Grundfragen der Demokratie weiterentwickeln – in einer Sprache und mit einer Bildwelt, die einfach ist und trotzdem solide recherchiert, die mitten im Leben ansetzt und niedrigschwellig komplizierte Zusammenhänge erklärt. Perspektivisch hat *#wtf?!* das Potenzial, zur Gesamtmarke für junge Projekte der Landeszentrale zu werden.

Entwicklungsbedarf hat das Projekt noch an den Schnittpunkten zwischen YouTube-Video, Zeitung und Lehrmaterialien. Hier gibt es mediale Grenzen, die nicht leichthin überschritten werden. Jedes Medium hat seine eigenen Nutzerinnen und Nutzer. Wir sind uns bewusst, dass unsere Zeitung und Lehrmaterialien Zeit brauchen, um in Schule und

Aufsuchende politische Bildung heißt: hingehen, wo die Menschen sind, auch die mit Zweifeln und Kritik an der Demokratie. Heute finden wir diese Menschen im Internet. Also: mehr politische Bildung online und crossmedial anbieten – mit einer einfachen Sprache und starken Erklärfilmen.

Unterricht, in Jugendarbeit und soziokulturellen Zentren anzukommen. Alle Arbeitselemente werden kontinuierlich evaluiert, um einen ständigen Lernprozess intern wie extern zu internalisieren. Neue Partner und Vertriebswege sollen ab 2019 mit ins Boot – wie die sächsischen Arbeitsagenturen und die Volkshochschulen. Die SLpB ist davon überzeugt, auf diesem Wege Demokratiezweifler erreichen zu können, um eine neue Art des politischen Austauschs zu initiieren.

SN

Art. 5 GG garantiert die freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift – und unterbindet die Zensur. Zugleich weist Art. 5.2 GG in Verbindung mit Art. 18 GG auf die Schranken der Meinungsfreiheit hin, die mit allgemeinen Gesetzen, dem Schutz der Jugend, der persönlichen Ehre und mit dem Missbrauch der Freiheit im Sinne eines Kampfes gegen die Demokratie begründet werden. Unser #wtf?!-Projekt bewegt sich genau auf dieser Grenze: hier Freiheit der Meinungsbildung und Meinungsvielfalt durch Informationen, Analysen und Hintergrundberichte – dort eine freie, zuweilen scharfe Diskussion über deren Deutung. Die meisten Userinnen und User sind friedlich und tragen Kontroversen fair und sachbezogen aus. Einige wenige aber verletzen in diesen Debatten Maß und Anstand, greifen die persönliche Ehre Andersdenkender an oder verbreiten Verschwörungstheorien, rassistische Beleidigungen und demokratiefeindliche Einstellungen. Wir – und mit uns alle in der politischen Bildung – sind hier gefragt, zur Sachlichkeit, Mäßigung und zu demokratischen Anstandsregeln zu mahnen. Unser Job ist es, Debatten entsprechend zu initiieren, zu moderieren, Perspektivwechsel anzustoßen,

aber auch manchen Beitrag zu löschen. Kein einfaches Geschäft – doch das sind die lohnenden Herausforderungen aufsuchender politische Bildung im Internet.

Dr. Annette Rehfeld-Staudt

Referatsleiterin politische Bildung online

Thomas Platz

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Roland Löffler

Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung

Projektpartner:

Landeszentrale für politische Bildung
Sachsen-Anhalt, AWO SPI Soziale Stadt
und Land Entwicklungsgesellschaft mbH
sowie lokale Akteure und Initiativen

Laufzeit:

Oktober 2018 bis Mai 2019

Aktionsorte:

Halle-Neustadt (Stadtteile)

Zielgruppen:

bildungsbenachteiligte Personen,
Menschen mit und ohne Arbeit,
aus prekären Beschäftigungsverhältnissen
und einkommensschwachen Milieus

Methoden:

Arbeitskreise, informelle Begegnungen,
Aktionen, Gruppenarbeit, Interviews,
lokale Exkursionen, Stadtteildialog

Homepage:

lpb.sachsen-anhalt.de



Sachsen-Anhalt

**Säulen des
Grundgesetzes –
Engagement mit Wirkung**



Ob Stadtteildialog, Elterncafé, Lesekreis, alternativer Stadtrundgang, politischer Runder Tisch oder Kinderfest: In der halleschen Neustadt wird gelebte Demokratie praktiziert.

Halle-Neustadt ist von Beginn an etwas Besonderes. Schon bei der Gründung in den 1960er Jahren gilt der Stadtteil als sozialistisches Musterwohnprojekt. Zu Beginn der 2000er Jahre ist die hallesche Neustadt wiederum beispielhaft für das Phänomen der „schrumpfenden Stadt“. Heute steht fest, in Halle-Neustadt spiegeln sich auch die globalen Entwicklungen unserer Zeit als komplexer werdende lokale, nationale und transnationale gesellschaftliche Zusammenhänge wider. Damit einher gehen immer noch wechselnde, teils prekäre Lebens- und Einkommensverhältnisse sowie ein gefühlter Mangel an sozialem Zusammenhalt oder politischer Repräsentanz der Milieus. Trotz dieser Tatbestände zeichnet

sich Halle-Neustadt durch einen bemerkenswerten Lokalbezug wie auch ein dichtes zivilgesellschaftliches Netzwerk aus: von der Gartengemeinschaft über die Seniorentreffs, Sportvereine, Kirchengemeinden, Familieninitiativen bis hin zum Kunst- und Integrationsprojekt. Sie alle sind Säulen einer lebendigen Demokratie, die durch das hier vorgestellte Projekt auch im öffentlichen Raum sichtbar werden.

Unser gesellschaftlicher Alltag ist allerdings widersprüchlich. Neben dem gefühlten Mangel an Zusammenhalt gibt es auch starke Momente des Wir-



ST

Graue Plattenbaumetropole? In Halle-Neustadt sind zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen in einem bunten Netzwerk aktiv.

gefühls. Woher rührt dennoch die Wahrnehmung, dass unsere Gesellschaft gespalten sei? Es liegt unter anderem an einer unzureichend ausgeprägten Sichtbarkeit dieser lokalen Säulen der Gesellschaft. Erfolgreiche Kommunalpolitik wird unzureichend wahrgenommen. Mängel, Spannungen und Konflikte bekommen indes größere Aufmerksamkeit. Und genau hier setzt unser Projekt an.

„Sozialconcierges“ in den Milieus

Mit im öffentlichen Raum errichteten Säulen weisen wir auf die oft unbewusste, aber stetige Präsenz unseres Grundgesetzes und der darin verankerten demokratischen Prinzipien hin. Die einzelnen Artikel sind auszugsweise in großen Lettern auf den Säulen zu lesen. Sie stellen ein verbindendes Element zwischen dem öffentlichen Raum und dem Wirken der unterschiedlichen lokalen Kooperationspartner dar. Mit Formaten wie Stadtteildialog, Elterncafé, Lesekreis, alternativer Stadtrundgang, politischer Runder Tisch oder Kinderfest wirken unsere

Akteurinnen und Akteure als „Sozialconcierges“ in den Milieus. Partner vom Internationalen Bund, der Evangelischen Gemeinde, dem Mehrgenerationenhaus „Pustebblume“ und dem Quartiersmanagement sind unsere Moderatorinnen und Moderatoren im Lokalen.

Unsere Säulen im öffentlichen Raum stehen symbolisch dafür, dass zivilgesellschaftliches Engagement, egal in welcher Form, Ausübung lebendiger und lebenswerter Demokratie darstellt. Mit dem Engagement entstehen immer wieder diskursive Begegnungen zwischen Menschen mit unterschiedlichen Meinungen und Standpunkten. Auf Augenhöhe soll ihr Streben nach Austausch, Verständigung und Veränderung Potenziale eröffnen, die für Selbstwirksamkeitserfahrungen und Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns im Sozialraum unabdingbar sind. Dieser Prozess soll permanent sein, interessierten Menschen Zugang ermöglichen und mit wechselnden Formaten Beteiligung ohne Vorgaben sichern. Diesem Anspruch an aufsuchende politische Bildung wollen wir uns im Projekt stellen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei seiner Ankunft am 25. Februar 2019 in Halle.



„Du bist Politik“: Dieses Motto der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt machten sich offenbar nicht nur die Auszubildenden des Ausbildungszentrums Bau Holleben gern zu eigen.



ST

Der Bundespräsident und seine Frau Elke Büdenbender gemeinsam mit den jungen Erbauern der ersten „Säule des Grundgesetzes“ unmittelbar nach deren Enthüllung. Sie trägt den Text von Art. 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Besuch des Bundespräsidenten im KulturTreff Halle-Neustadt zur Diskussionsrunde „Lassen Sie uns reden! Wie gelingt der Dialog zwischen Politik und Bürgern?“ auf Einladung der Landeszentrale für politische Bildung und der AWO SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH. Neben Anwohnerinnen und Anwohnern waren auch Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff und Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand zu Gast.





ST

Was hat das Grundgesetz eigentlich mit uns hier in Halle-Neustadt zu tun?

Die im Zusammenhang mit dem Projekt initiierten Formate sind für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich, pädagogisch niedrighschwellig und auf die gesellschaftlichen Wandlungs- und Aushandlungsprozesse in den Milieus gerichtet. Im Verlauf der Veranstaltungen werden lokale Bedarfe, Veränderungen und Herausforderungen aus dem Wohnquartier heraus thematisiert, analysiert und lösungsorientiert bearbeitet. Jede dieser Begegnungen eröffnet neue Perspektiven, gewinnt neue Mitwirkende und entwickelt neue Synergien. Jede Debatte fordert und fördert Kompromissbereitschaft sowie politische Mündigkeit. So entstehen im Projekt Bildungsprozesse zu Demokratie und Grundgesetz. Wir bearbeiten die grundsätzlich bedeutsame Frage, wie sich das staatstragende Grundgesetz auf den eigenen, individuellen Lebensalltag der Menschen unserer Stadt auswirkt. Wenn sich Letzteres übersetzen lässt, dann in die Frage: „Was hat das eigentlich mit uns hier in Halle-Neustadt zu tun?“ Und wenn sich auch Antworten auf diese Frage gemeinsam finden lassen, dann war das Projekt in unserem Sinne wirksam.

Die erste Säule wurde öffentlichkeitswirksam am 25. Februar 2019 unter Teilnahme von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am Standort Am Stadion 6 gesetzt. Dieser Ort stellt eine Schnittstelle zwischen dem KulturTreff und einem Verwaltungszentrum der Stadt dar. Hier bündeln sich einerseits Anliegen und Erwartungen der Bürgerschaft an Verwaltungsabläufe und -verfahren und andererseits die kulturellen Interessen der Menschen von Halle-Neustadt, denen sie im KulturTreff nachgehen können. Die Auszüge aus den Artikeln des Grundgesetzes auf den Säulen finden nun die Aufmerksamkeit der Menschen, die an ihnen vorbeigehen. Es bleibt nicht verborgen, dass diese Säulen ihnen etwas fundamental Wichtiges zu sagen haben: nämlich, dass das Grundgesetz ihrem Leben einen unumstößlich wichtigen demokratischen und rechtlichen Rahmen setzt.

Jana Paulsen

Geschäftsführerin, AWO SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH

Mario Bialek

Projektmitarbeiter, AWO SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH

Projektpartner:

Landesbeauftragter für politische Bildung
Schleswig-Holstein, Zentrale Bildungs-
und Beratungsstelle für Migrantinnen und
Migranten e. V., zusätzlich am Projektstandort
Neumünster: Quartiersmanagement im
Vicelinviertel, Diakonie Altholstein

Laufzeit:

seit Mai 2016,
in Neumünster seit Oktober 2018

Aktionsorte:

Neumünster und weitere Städte
in Schleswig-Holstein

Zielgruppen:

Geflüchtete

Methoden:

Erfahrungsaustausch und Diskussions-
formate, multimediale Materialien

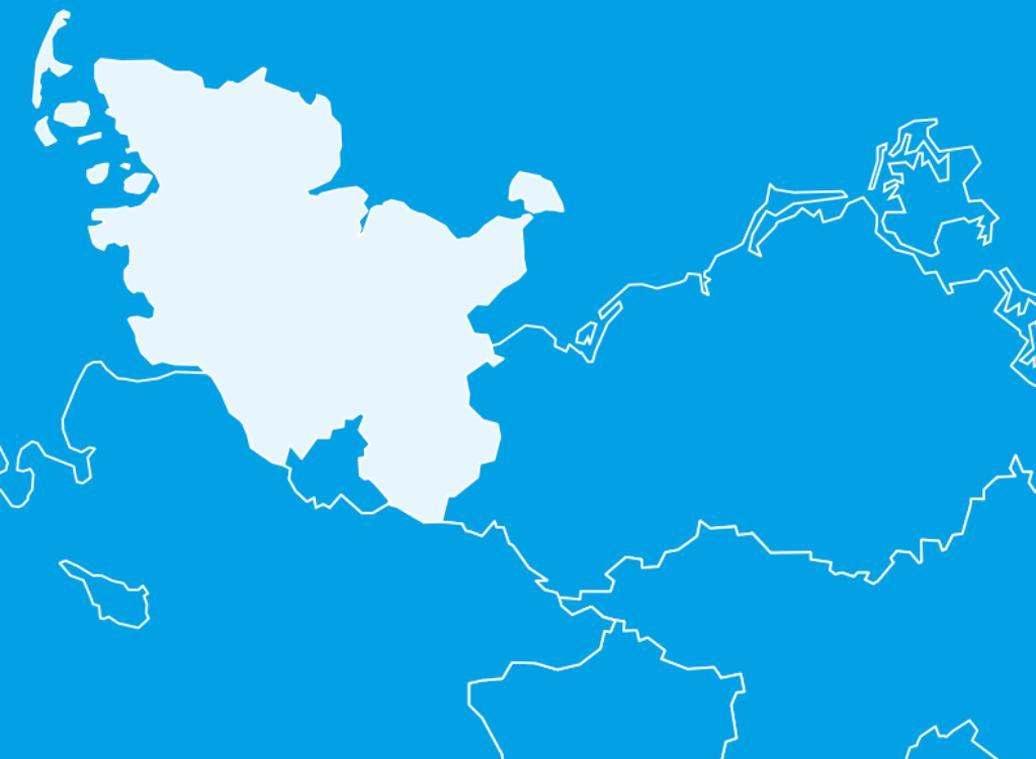
Homepage:

www.politische-bildung.sh



Schleswig-Holstein

**New Ways for
Newcomers –**
Integration ab der
ersten Stunde



Geflüchtete, die schon länger in Deutschland sind, helfen Neuankommenden dabei, in Deutschland Fuß zu fassen – durch gemeinsame Gesprächsabende und Diskussionen über Grundrechte.

New Ways for Newcomers wurde von Geflüchteten für Geflüchtete konzipiert. Initiator des Projekts ist Ehsan Abri, der 2013 größtenteils zu Fuß aus dem Iran über Ungarn nach Deutschland geflohen ist. Mit Unterstützung des Landesbeauftragten für politische Bildung und in Kooperation mit der Zentralen Bildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten e. V. (ZBBS) bietet Abri mit weiteren Kursleiterinnen und Kursleitern muttersprachliche Integrationskurse an verschiedenen Standorten in Schleswig-Holstein erfolgreich an.

Fragt man Ehsan Abri nach seiner Motivation, Integrationskurse für andere Geflüchtete zu entwickeln

und anzubieten, antwortet er: „Die vielen Fehler, die ich am Anfang selbst gemacht habe“. Fehler, das waren für ihn z. B. das Gehen auf dem Radweg, was Abri einige unfreundliche Kommentare eingebracht hat, oder Zugfahrten ohne Fahrschein, die ihn teuer zu stehen kamen. „Bei uns gibt es keine Radwege!“, erklärt der 31-Jährige. Ihm fallen noch zahlreiche weitere Beispiele ein, die in Deutschland selbstverständlich erscheinen, aber für Menschen aus einem anderen Land in ihrem neuen Alltag schnell eine Hürde darstellen. Viele Verhaltensweisen wirken zunächst befremdlich, manche Gepflogenheiten werden zur Herausforderung.

Aber nicht nur Alltagsdinge sind zunächst schwierig zu bewältigen, es bestehen auch Herausforderungen auf einer grundsätzlicheren Ebene. Werteverständnisse und soziale Normen weichen teilweise erheblich von denen in den Herkunftsländern der Geflüchteten ab, da die Menschen größtenteils aus diktatorischen Regimen geflohen sind. Offenkundig ist dies vor allem in Bezug auf das Rollenverständnis von Männern und Frauen. „Aber auch in Hinblick auf Toleranz und Respekt gegenüber anderen Meinungen und Religionen bestehen große

Unterschiede“, beobachtet Ehsan Abri: „Sie kennen keine Menschenrechte, keine Freiheit, keine Gleichheit von Mann und Frau. Viele denken, dass diese Regime vom Himmel kommen, dass sie unveränderlich sind.“

Niedrigschwelliges politisches Bildungsangebot im Vicelinviertel

Das Vicelinviertel in Neumünster erfährt kurz nach Wahlen regelmäßig landesweite Aufmerksamkeit. „Ein Viertel voller Nichtwähler“ oder „Nichtwählerhochburg“ heißt es dann, wenn die Wahlbeteiligung im Viertel mal wieder nur die Hälfte des Landeschnitts erreicht. Zirka 35 Prozent Wahlbeteiligung bei Bundestags- und Landtagswahlen, keine 20 Prozent bei der Kommunalwahl – das sind in Schleswig-Holstein Tiefstwerte. Auch sonst dominieren negative Nachrichten die Berichterstattung über das Vicelinviertel: Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Drogen und Alkohol, leerstehende Geschäfte, zerfallende Wohnhäuser sowie Gewalt und Kriminalität sind die Themen des Viertels.

Gemeinsam mit der Diakonie Altholstein und dem Quartiersmanagement des Vicelinviertels sind wir seit Oktober 2018 vor Ort aktiv. Im Bildungszentrum in der Kieler Straße heißt es seitdem wöchentlich *New Ways for Newcomers*. Gegenüber der Moschee und zwischen der Stadtteilschule, der Kita „Zwergenland“ und deren Sport- und Spielplätzen treffen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dienstags um 16 Uhr. Um im Vicelinviertel ein möglichst niedrigschwelliges Angebot zu unterbreiten, verknüpfen wir die Termine von *New Ways for Newcomers* jeweils mit einem Abendessen, das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gemeinsam zubereiten und dessen Zutaten sie im Vorfeld der Kurstreffen auch gemeinsam einkaufen. Beim Abendessen wird dann in ungezwungener Atmosphäre diskutiert.

Thematisch geht es nicht allein um praktische Orientierungshilfen im Alltag. Unsere Kursleiterinnen unterhalten sich mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über Menschenbilder, menschliche Bedürfnisse und diskutieren eine menschenwürdige Form des Zusammenlebens. Recht und Gesetz sowie Religions- und Meinungsfreiheit werden hier lebens-

nah und entlang von Alltagssituationen veranschaulicht. Die Gleichstellung von Mann und Frau sowie die Rechte von Frauen in der Bundesrepublik sind ebenso Thema wie die Entstehung des Frauenwahlrechts, die Frauenbewegung, aber auch Sexismus und weitere aktuelle Fragen der Gleichstellungspolitik. Auch der Umgang mit körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt wird thematisiert.

Gesprächsangebote erleichtern das Ankommen in der Gesellschaft

Die Gesprächsangebote am zweiten Standort finden nur wenige Gehminuten von der Erstaufnahmeeinrichtung Neumünster in dem von der Diakonie Altholstein betriebenen Haart-Café statt. Die Gespräche greifen die Erfahrungen der ebenfalls geflüchteten Kursleiterinnen und Kursleiter auf, die zum Teil selbst ihre ersten Wochen in Deutschland in dieser Erstaufnahmeeinrichtung verbracht haben. Die Themen stammen direkt aus dem Leben und Alltag der Neuangekommenen und können auf Augenhöhe besprochen werden. Die Teil-

Wir ermöglichen Integration ab der ersten Stunde – und das als Angebot von Geflüchteten für Geflüchtete!

nehmerinnen und Teilnehmer erfahren, wie Ticketautomaten für Bus und Bahn funktionieren, wie sie Geld abheben können oder welche Farbe die verschiedenen Mülltonnen haben. Bereits während dieser allerersten Integrationsschritte kommen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aber auch mit grundlegenden Dingen wie dem Recht auf Gleichbehandlung von Frauen und Männern und der Bedeutung von Rechtsstaat, Religions- und Meinungsfreiheit in Berührung. „Das Gesprächsangebot *Integration ab der ersten Stunde* erleichtert ganz praktisch das Ankommen in der deutschen Gesellschaft“, sagt Projektleiter Ehsan Abri. „Wir machen aber auch grundlegende Prinzipien unseres alltäglichen Zusammenlebens deutlich und diskutieren die dahinter stehenden Werte und Normen.“





SH



Fröhlicher Auftakt für „Demokratie ganz nah“ am 8. März 2019 in Neumünster: Eleonore Kawlath freute sich über die persönliche Begegnung mit dem Bundespräsidenten am Marktstand von Arne Petersen.

Im Vicelinviertel begann das Fachprogramm auf Einladung des Landesbeauftragten für politische Bildung Schleswig-Holstein, Dr. Christian Meyer-Heidemann (rechts oben im Bild), mit dem Thema „Grundgesetz und Integration – neue Ansätze der politischen Bildung“.





An der Gesprächsrunde mit Expertinnen und Experten aus der Region nahmen teil (von links außen nach rechts außen): Elisabeth Dannenmann, Leiterin der multikulturellen Demokratie-Kita „Zwergenland“, Neumünster; Özgürcañ Bař, Vorsitzender des „Jungen Rates Kiel“; Idun Hübner, hauptamtlich im geschäftsführenden Team der Zentralen Bildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten e. V., Kiel; Monika Peters, ehemalige Direktorin des Landesverbandes der Volkshochschulen, Kiel.

SH

Aus dem Programm „New Ways for Newcomers“ standen niedrigschwellige Begegnungsformate im Mittelpunkt, hier exemplarisch der Integrationskurs, bei dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kochen. Neben dem Bundespräsidenten half auch Ministerpräsident Daniel Günther (links im Bild) beim Auftragen der Speisen.





SH

Die jüngste Teilnehmerin beim Mittagessen am 8. März, dem nicht zufällig gewählten Datum des Internationalen Frauentages. Das Gesprächsthema der paritätisch besetzten Gesprächsrunde lautete: „Gleichstellung? – Für alle!“



Ehsan Abri, Projektleiter von „New Ways for Newcomers“ (links neben dem Bundespräsidenten), und Parinaz Mehranfar, Leiterin des Kurses in Neumünster (zwischen Bundespräsident und Landtagspräsident Klaus Schlie), erzählten von ihrem Engagement für Geflüchtete, die gerade erst in Deutschland angekommen sind.



SH

Zusammenfinden! In der Kurswelt „New Ways for Newcomers“ wird dieses Versprechen sicher noch oft eingelöst werden.



Barrieren im Alltag lassen sich gemeinsam überwinden

Sowohl im Vicelinviertel als auch in der Erstaufnahmeeinrichtung achten wir darauf, dass die Gesprächsrunden in einer angenehmen und respektvollen Atmosphäre stattfinden. Die Kurse sind nicht als Frontalunterricht konzipiert, sondern als Angebot, miteinander ins Gespräch zu kommen. Wir haben Räumlichkeiten gewählt, die den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bekannt sind und deren Besuch für sie keine Hürde darstellt. Im Bildungszentrum im Vicelinviertel halten sich viele Einwohnerinnen und Einwohner des Viertels gern auf, da hier neben vielen Bildungs- und Beratungsangeboten auch Möglichkeiten bestehen, gemeinsam zu musizieren und Sport zu treiben. Auch das Stadtteilcafé ist hier untergebracht, das von den Menschen aus der Nachbarschaft gern besucht wird. Kinder dürfen selbstverständlich gern mitgebracht werden. Das Haart-Café wiederum kennen die Geflüchteten durch die Beratungsangebote der Diakonie.

Besonders wichtig ist uns die Begegnung zwischen denjenigen, die unsere Kurse anbieten, und den-

Wir wollen Begegnungen auf Augenhöhe ermöglichen.

jenigen, die sie besuchen. Unsere Kursleiter und Kursleiterinnen haben einen Migrationshintergrund, manche haben selbst Fluchterfahrungen gemacht. Sie wissen um die Sorgen ihrer Teilnehmerinnen und Teilnehmer und kennen deren Situation. Außerdem sprechen sie ihre Sprache, so dass die Gesprächsrunden in den verschiedenen Muttersprachen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer stattfinden können. Denn auch im Vicelinviertel wächst die Zahl derer stetig, die über keine Grundkenntnisse der deutschen Sprache verfügen. Selbst bei einigen Einwohnerinnen und Einwohnern, die eine deutsche Staatsbürgerschaft haben, bestehen gravierende Sprachbarrieren. *New Ways for Newcomers* wird je nach Teilnehmerkreis auf Arabisch, Farsi,

Paschtu und Tigrinisch angeboten. Trotz des muttersprachlichen Angebots weisen unsere Kursleiterinnen und Kursleiter darauf hin, dass Integration nur durch das Lernen der deutschen Sprache gelingen kann, und vermitteln auf Wunsch auch Deutschkurse.

Mit dem aufsuchenden Bildungsangebot *New Ways for Newcomers* wollen wir Geflüchteten Begegnungen auf Augenhöhe ermöglichen, um den Alltag in der deutschen Gesellschaft kennenzulernen und sich über deren Werte und Normen auszutauschen. Wir möchten das Ankommen in Deutschland erleichtern und einen Beitrag zu Verständigung und Integration auf dem Boden des Grundgesetzes leisten.

Dr. Christian Meyer-Heidemann

*Landesbeauftragter für politische Bildung
Schleswig-Holstein*

Projektpartner:

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen,
Evangelische Akademie Thüringen und
der Förderverein Demokratisch Handeln e. V.

Laufzeit:

Mai 2018 – Ende 2019, Verlängerung bis
mindestens 2022 angestrebt, *DemokratieDialog*
als Teilprojekt 2019 in zwei Zeiträumen

Aktionsorte:

kleine Orte und ländliche Räume in Thüringen

Zielgruppen:

pädagogische Fachkräfte, Menschen jeden Alters,
aller Bildungsschichten oder sozialen Milieus,
Engagierte, Enttäuschte, Besorgte, Entscheidungs-
träger aus Politik und Verwaltung

Methoden:

Fort- und Weiterbildungsprozesse, Gesprächs-
runden an ungewöhnlichen Orten, Kneipen
oder Cafés, frühere Fabrikgebäude, Geschäfte oder
Orte, an denen sich Menschen täglich aufhalten

Homepage:

www.thueringen19-19.de





Thüringen

**Thüringen 19_19 und
DemokratieDialog:
70 Jahre Grundgesetz**

Mit dem Projekt *DemokratieDialog* sucht das Netzwerk *Thüringen 19_19* im großen Jubiläumsjahr 2019 das Gespräch mit den Menschen abseits angestammter Pfade der politischen Bildung.

Das Vorhaben *DemokratieDialog: 70 Jahre Grundgesetz* versucht die demokratiepolitischen Fragestellungen mit der neuen Debatte um ostdeutsche Identitäten zu verbinden. Das Gespräch miteinander ist selten geworden, es scheint fast verloren gegangen zu sein. Es ist dringend notwendig, den Dialog zwischen Menschen, die hier zusammenleben, zu initiieren. Es muss über die Zukunft unserer Demokratie und die Frage „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ gesprochen werden. Im öffentlichen wie halböffentlichen Gespräch wird von guten Erfahrungen erzählt und auch ein Raum geboten, um Enttäuschungen anzusprechen, die das Ankommen in der Demokratie behindert haben.

Im Frühjahr und Herbst 2019 wurden und werden jeweils fünf Veranstaltungen umgesetzt. Dieser *DemokratieDialog* findet abseits klassischer staatsbürgerlicher Belehrungen statt. Im Mittelpunkt stehen Fragen, die zum offenen Gespräch anregen. Es geht um Lebensgeschichten von Menschen, die in der DDR geboren und aufgewachsen sind und bis heute in Thüringen leben. Und auch von Menschen, die neu nach Thüringen gekommen sind und jetzt hier leben: als Zugezogene mit westdeutscher Lebensgeschichte oder als Zugewanderte aus der ganzen Welt.

Die Gespräche finden an für politische Bildung ungewöhnlichen Orten statt: Kneipen oder Cafés, frühere Fabrikgebäude, leer stehende Bahnhofsgebäude und Geschäfte oder Orte, an denen sich Menschen sowieso aufhalten. Der *DemokratieDialog* wurde für *Thüringen19_19* als Lernort entwickelt und ist thüringenweit unterwegs. So entsteht ein zivilgesellschaftlicher Lernort, der sich räumlich nicht festlegt. Vielmehr ist er Ort der Gelegenheit, der Kommunikation und der Zeit. Er ist unbegrenzt und übertragbar. Er kann fortsetzungsfähig oder offen verstanden werden. Das gegenseitige Zu-



*Ein demokratisches Netzwerk in Thüringen aufbauen,
dazu regt der DemokratieDialog an.*

hören und aufeinander Einlassen im Sinne der Demokratie als Lebensform stehen im Mittelpunkt, ohne die Perspektive auf die Demokratie als Gesellschafts- und Regierungsform (John Dewey) aus dem Blick zu verlieren.

Eingeladen sind alle: Menschen jeden Alters, aller Bildungs- oder sozialen Milieus, Engagierte, Enttäuschte, Besorgte, Entscheidungsverantwortliche aus Politik und Verwaltung. Basis der Gespräche sind Meinungsfreiheit und Schutz der Menschenwürde – über alles soll und darf geredet werden, und zwar so, dass es andere Menschen in ihrer Würde nicht verletzt.

Das Netzwerk *Thüringen19_19*

Auf Initiative der Landeszentrale für politische Bildung und der Evangelischen Akademie Thüringen begann bereits 2012 ein Prozess der Verständigung und landesweiten Vernetzung der Bildungsträger mit dem Ziel, sich regelmäßig über strategische Fragen der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus auszutauschen. Schon bald erfolgte eine thematische Ausweitung der Debatte auf allgemeine demokratiepädagogische und -politische Fragen. Von Anfang an wurde der Theorie-Praxis-Dialog mit der Wissenschaft, aber auch mit der Politik gesucht.

Diese Diskussionen mündeten bereits 2014 in die gemeinsame Idee, aus Anlass des 100. Jahrestages des Inkrafttretens der Weimarer Verfassung vielfältige Bildungsprojekte anzuregen und zusammenzuführen, die auf die Stärkung der demokratischen Potenziale in der Zivilgesellschaft abzielen. Grundprinzip des Projekts ist die dezentrale Initiierung von Maßnahmen, die selbständig vorbereitet, aber gemeinsam in der politischen Öffentlichkeit in Szene gesetzt werden sollen. Denn es



Demokratie im Dialog.

gibt bereits viele gute Projekte, doch ihre Reichweite umfasst häufig noch nicht einmal lokalpolitische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger.

Seitdem wurden auf regelmäßigen Treffen historische, aktuellpolitische und demokratierelevante Perspektiven auf die drei Jahrestage von 2019 hin diskutiert: 100 Jahre Weimarer Verfassung, 70 Jahre Grundgesetz und 30 Jahre Friedliche Revolution in der DDR. Sie stehen für positive Demokratietraditionen in Deutschland, an die die historisch-politische Bildungsarbeit anknüpfen kann, um Fragen der Gegenwart und Zukunft zu diskutieren. Mit Unterstützung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit „DenkBunt“ sowie des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gelang es, eine Projektförderung zu erreichen, sodass *Thüringen19_19* im Mai 2018 ein eigenes Projektbüro in Trägerschaft des Fördervereins Demokratisch Handeln e. V. eröffnen konnte. Als inhaltliche Basis fungiert das gemeinsame Grundsatzpapier „Demokratie stärken, demokratisches Lernen vorbereiten. Ein tätiges Jubiläum der Weimarer Republik 2019“, das breit getragen wurde.

Die ungehörten Bürgerinnen und Bürger?

Das Jubiläum der Proklamation der Weimarer Republik traf auf herausfordernde Gegenwartsbedingungen: Wie tickt der Osten? Wird die Bundesrepublik „unregierbar“, weil alte Parteienkonstellationen keine Mehrheiten mehr finden? Diese und weitergehende Fragen beschäftigen derzeit nicht nur Deutschland. Auch im europäischen Ausland werden diese Tendenzen mit großer Besorgnis wahrgenommen. Fremdenfeindliche, rassistische und rechtsextreme Vorfälle bestimmen erneut Nachrichten, Talkshows und Stammtische. Es gibt viele Parallelen zum Beginn der 1990er Jahre, als Ausbrüche rechter Gewalt in Hoyerswerda oder Rostock-Lichtenhagen weltweit für Schlagzeilen sorgten. Rechtsextremismus hat im Osten seine eigene lange und gewaltträchtige Geschichte – und einen erweiterten gesellschaftlichen Resonanzraum. Durch den bundesweiten Aufstieg des Rechtspopulismus und seine besondere Verankerung in den östlichen Bundesländern stellen sich neue Fragen demokratischer Mehrheitsbildung. 30 Jahre nach der 1989er Revolution, die sich einer einma-



Im Rahmen des DemokratieDialogs wird auch über Lösungsansätze nachgedacht.

ligen demokratischen Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger verdankt, steckt die Demokratie in der Krise. Dabei werden die demokratischen und machtkritischen Parolen von einst – „Wir sind das Volk“ – zu einem antipluralistischen und rassistischen Programm der Ausgrenzung umcodiert.

Wer über die aktuellen Gefährdungen der demokratischen Kultur reden will, darf über die Sozialgeschichte des deutschen Vereinigungsprozesses nicht schweigen. Dabei schien doch alles gut zu

Wir wollen demokratiepolitische Fragestellungen mit einer neuen Debatte um ostdeutsche Identitäten verbinden.

werden: Seit der Vereinigung der so unterschiedlichen deutschen Staaten wurde viel geleistet. Zwar hat der wirtschaftliche Aufschwung viel länger auf sich warten lassen als erhofft, nachdem 1990 in zwei kurz nacheinander stattgefundenen Wahlkämpfen „blühende Landschaften“ in Aussicht gestellt worden waren. Es hat sich aber sehr viel positiv verändert zwischen dem Thüringer Wald und der Ostseeküste – und gleichwohl bleiben die sozialen Spaltungen spürbar.

Die Ursachen für die heutige Situation liegen auch in dieser Zeit: Die Chance eines gesamtdeutschen verfassungsgebenden Prozesses wurde nicht genutzt. Damit wäre auch mehr Beteiligung der Menschen möglich und notwendig gewesen. Die westdeutsche Demokratie schien so stark zu

sein, dass es keine Veranlassung gab, etwas zu verändern. Die demokratischen Institutionen der alten Bundesrepublik wurden direkt auf den Osten übertragen – und durch diesen Transfer sollte sich die demokratische Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik auf nunmehr erweitertem Terrain wiederholen. Dass damit nicht alle Menschen mitgenommen worden sind, zeigte sich Jahre später, zum Beispiel an den Montagsdemonstrationen gegen zunehmende soziale Ungerechtigkeit im Jahr 2004. Die Brisanz und aufgestaute Wut, die hinter dem neuerlichen Protest steckten, wurden nicht ernst genommen.

Die politische Debatte (und auch weite Teile der politischen Bildung) waren auf die Erfolgsgeschichte des Institutionentransfers orientiert. Die Sozialgeschichte des Verlusts, die mit der Vereinigung auch verbunden war, wurde nur im privaten Raum erzählt und fand lange Zeit keine politische Öffentlichkeit. Die alten Lebensgewissheiten und alltäglichen Handlungssicherheiten zerbrachen. Massenarbeitslosigkeit, unsichere Zukunftsperspektiven und die Geringschätzung der Lebensleistungen bis hin zu Abwertungen ostdeutscher Identitäten –

auch das sind Folgen, die bis heute wirken. Kurz vor dem 30. Jahrestag der demokratischen Revolution spricht alles dafür, eine neue Debatte über die Bilanz des Vereinigungsprozesses zu führen, die unterschiedliche soziale Erfahrungen und Ambivalenzen nicht durch Erfolgsgeschichten zudeckt.

Positionierung einer prodemokratischen Zivilgesellschaft

Wenn in den letzten Jahren zwischen Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern genauer hingesehen und zugehört wurde, offenbarte sich, dass es wieder zu brodeln beginnt. Der Protest wird lauter und deutlicher – ohne an die möglichen Folgen zu denken. Immer, wenn Hetze und Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung legitimiert werden, wird es gefährlich für die Demokratie in Deutschland. Alle diese Vorkommnisse erschüttern, egal, wo sie geschehen, aber sie alarmieren auch. Vor allem zeigen sie die dringende Notwendigkeit, dass sich die prodemokratische Zivilgesellschaft positionieren muss.

Thüringen19_19 will ein Netzwerk aus Bildungseinrichtungen schaffen und demokratiepädagogisch stärken. Kindertagesstätten, Schulen und außerschulische Bildungseinrichtungen – Gedenkstätten, Vereine, Universitäten, Verbände, Kulturschaffende und viele weitere – setzen sich mit Demokratie-, Toleranz- und Menschenrechtsbildung auseinander. Bislang sind sie meist auf sich selbst gestellt, spüren Misstrauen und erleben Gegenwind. Für die Stärkung des demokratischen Engagements ist es jedoch unumgänglich, miteinander zu arbeiten und ein Netzwerk von Lernorten zu etablieren, das im Idealfall zu einer demokratieorientierten Bildungslandschaft in ganz Thüringen führt. Dies reicht von der Qualifizierung pädagogisch tätiger Fachkräfte bis hin zu Veranstaltungen im öffentlichen Raum. In allen Bereichen sollen demokratische Lernkulturen gestärkt werden. Und das Entscheidende dabei ist: Wir wollen eine aktive, gegenwartsbezogene Form der Auseinandersetzung mit den historischen Erfahrungen.

TH

Dr. Wolfgang Beutel

Geschäftsführer bei Demokratisch Handeln e. V.

Bildnachweis

Titelbild/Umschlag

© picture alliance, SZ Photo/Lukas Barth

Vorwort Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

Seite 4 © Bundesregierung/Steffen Kugler

Seite 6/7 © Bundesregierung/Carsten Koall

Seite 10/11 © AWO SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH/Thomas Nauhaus

Beitrag Thomas Krüger

Seite 14 © bpb/Martin Scherag

Seite 20/21 © bpb/Jan Kulke

Beitrag Baden-Württemberg

Seiten 44–47 © Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Beitrag Bayern

Seite 60/61 © Grundschule und Mittelschule Mühlhausen

Beitrag Berlin

Seite 69 © Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Beitrag Brandenburg

Seite 82 © Kathrin Ollroge

Seite 84 © Barbara Thieme

Seite 88/89 © Bundesregierung/Gero Breloer

Beitrag Bremen

Seiten 98/99, 102 © Landeszentrale für politische Bildung Bremen

Beitrag Hamburg

Seite 118 © Landeszentrale für politische Bildung Hamburg

Beitrag Hessen

Seiten 128/129, 130, 131 © A2 Bildagentur

Beitrag Mecklenburg-Vorpommern

Seiten 138, 148 © Landeszentrale für politische Bildung
Mecklenburg-Vorpommern

Beitrag Niedersachsen

Seite 150 © Supertrampmedia/Crone

Seite 153 © Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung

Beitrag Nordrhein-Westfalen

Seiten 168/169, 171, 172, 173 © Bundesregierung/
Jesco Denzel

Seite 170 © Landeszentrale für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen

Beitrag Rheinland-Pfalz

Seiten 182, 185 und 189 © Staatstheater Mainz/Andreas Etter

Beitrag Saarland

Seite 198 © Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes

Seite 202 © Hanne-Clara Wendorff

Beitrag Sachsen

Seite 212 © Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Seite 221 © Leitwerk

Beitrag Sachsen-Anhalt

Seite 225 © AWO SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH/Mario Bialek

Seiten 228, 229, 230/231 © Bundesregierung/Carsten Koall

Beitrag Schleswig-Holstein

Seiten 242/243, 244/245, 246, 247, 250

© Bundesregierung/Christian Irrgang

Seite 248/249 © Landesbeauftragter für politische Bildung/
Christian Kniese

Beitrag Thüringen

Seite 258 © Förderverein Demokratisch Handeln e. V./

Grit Hiersemann

Seiten 260, 262 © Förderverein Demokratisch Handeln e. V./
Anna Schroll

Notizen



Demokratie ganz nah: Wie erreicht ein solches Motto möglichst viele Menschen in unserer Gesellschaft, auch jene, die sich nicht gehört, nicht verstanden, vielleicht sogar abgehängt fühlen?

Zum 70. Geburtstag des Grundgesetzes hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier einen Ideenwettbewerb für alle 16 Landeszentralen bzw. Landesbeauftragten für politische Bildung ausgerufen. Im Mittelpunkt stehen sogenannte aufsuchende Initiativen, die unterschiedliche Diskussions- und Beteiligungsformate anbieten. Vor allem dort, wo Menschen bisher selten mit „der Politik“ in Berührung kommen können oder wollen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung stellt in diesem Band alle Projekte vor – und lädt ein, den Erfahrungsaustausch über neue Methoden zu vertiefen.